

Handwritten note: 10.000.000

Montag, 23. Juli 1984 - D * * *

Genscher hofft auf baldige Öffnung Irans zum Westen

Regierung in Teheran gibt unterschiedliche Auffassung über Menschenrechte zu

BERT CONRAD, Teheran
Die iranische Führung hat nach dem Eindruck von Bundesaußenminister Genscher die Grundsatzentscheidung getroffen, sich stärker als bisher nach Westen zu öffnen. Der Wunsch nach mehr Zusammenarbeit ist allen Gesprächen Genschers in Teheran, vor allem aber beim Treffen mit dem zweitwichtigsten Mann Irans, dem Parlamentspräsidenten Rafsanjani, zum Ausdruck gekommen. Genscher's Schlussfolgerung vor seinem Rückflug nach Bonn: „Der Besuch hat sich in jeder Beziehung gelohnt, nicht nur im Interesse der Bundesrepublik.“

Der Bundesaußenminister mußte allerdings erkennen, daß an eine rasche Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak derzeit nicht zu denken ist. Denn die Führung in Teheran stellt unverändert die Bedingung, daß zunächst der irakische Staatschef Saddam Hussein abtreten muß. Rafsanjani verlangte sogar, Saddam Hussein müsse vor ein Gericht gestellt werden, denn er habe den Krieg begonnen. Solange dieser Mann aktiv sei, könne es keine Sicherheit geben. Trotz dieser Haltung scheint sich in der Führung Irans aber die Bereitschaft zu engeren Kontakten mit Saudi-Arabien und anderen Golf-Staaten durchzusetzen. Rafsanjani schloß vor deutschen Journalisten die Annahme einer saudischen Einladung zu einer Pilgerfahrt nach Mekka nicht aus.

In der iranischen Presse kam eine vermutete Zeit politischen Umdenkens allerdings kaum zum Ausdruck. Im Gegenteil, der Bundesaußenminister wurde mit äußerst kritischen Kommentaren begrüßt. So äußerte sich die „Teheran Times“ überrascht darüber, daß mit Genscher der Außenminister eines Landes eingeladen worden sei, das niemals die Islamische Revolution, sondern deren Feinde unterstützt habe. Das Blatt bezeichnete die Bundesregierung in Bonn als „Satelliten der amerikanischen Imperialisten“. Das Parteiblatt „Jomhuri-e Eslami“ nannte die Europäer pauschal „Handlanger Amerikas“.

Von solchen pauschalen Vorwürfen war in den Unterredungen Genscher's mit Außenminister Ali Akbar Velayati, Ministerpräsident Hossein Musavi, Finanzminister Hossein Namazi, Parlamentspräsident Rafsanjani und gestern auch Staatspräsident Ali Musavi Khomeini keine Rede. Kritik an der Bundesrepublik Deutschland gab es nicht. Bonner Diplomaten registrierten mit Erstaunen, daß die öffentlich immer wieder scharf attackierten Amerikaner und Israelis von den iranischen Gesprächspartnern überhaupt nicht erwähnt wurden. Das Klima der Unterhaltungen war nach deutschen Angaben offen und freundlich; der Außen- und der Finanzminister nahmen eine Einladung nach Bonn an.

Daß es in Iran noch Differenzen über den Kurs der Öffnung gibt, erwähnte Rafsanjani im Gespräch mit Genscher ganz unverblümt. Er verwies auf die Pressestimmen, die den Besuch auf Bonn kritisierten. Doch er ließ keinen Zweifel daran, daß die Entscheidung für eine solche Öffnung gefallen sei.

Moskau: Chiffrier- und Funkgeräte

Zöllner registrierten 207 Gepäckstücke in sowjetischem Lastwagen

MANFRED SCHELL, Bonn
Das Rätsel um die tatsächliche Ladung des sowjetischen Lastwagens ist auch nach einer Inspektion durch deutsche Zollbeamte ungeklärt. Die Beamten registrierten insgesamt 207 Gepäckstücke, die sie jedoch aufgrund der Wiener Konvention über die Behandlung von „Diplomatengepäck“ nicht öffnen und näher untersuchen konnten. Möglicherweise bringen noch Blitzlichtbilder, die von den Zöllnern angefertigt wurden, weitere Aufschlüsse, wenn sie von Sicherheitsexperten analysiert werden. Der Verdacht, der Wagen diene zum verbotenen Technologietransfer oder zu Spionagezwecken, konnte somit nicht bewiesen werden. Die Sowjetunion erklärte gegenüber Bonn, in den Gepäckstücken befänden sich eine Sendeleuchte, Chiffrier-Geräte und elektronische Materialien. Sie seien für die sowjetische UNO-Mission in Genf bestimmt gewesen.

Die Bundesregierung hatte in den zurückliegenden Tagen Spekulationen, wonach das Fahrzeug kein „normales Diplomatengepäck“ enthalte, durch verschiedene Informationen genährt. Regierungssprecher Boenisch hatte gesagt, der Transporter sei schon in der Schweiz „Umwegen“ gefahren und in der Nähe des Militärflughafens Dübendorf gesichtet worden. Die Schweiz erklärte, sie könne diese Angaben nicht bestätigen. Von solchen Vorgängen wisse sie nichts.

Gegenüber den Schweizer Behörden hatten sich die Sowjets beharrlich geweigert, das Fahrzeug zu öffnen. Auf dem Rückweg in die Sowjetunion war es dann vom deutschen Zoll in Helmstedt gestoppt worden.

Seite 3:
Die Ladung bleibt im dunkeln

Es gab ein tagelanges diplomatisches Tauziehen zwischen Bonn und Moskau. Die Bundesregierung beharrte auf einer „Nachschau“, Moskau erhob offiziellen Protest. Am Sonntag kam es dann zu einer Übereinkunft. Kurz nach 6 Uhr fuhr der Lastwagen von Helmstedt in Richtung Bonn, eskortiert von Wagen des Zolls und der sowjetischen Botschaft. Am Mittag kam er auf dem Gelände der sowjetischen Botschaft an.

Zollbeamte vergewisserten sich über den Inhalt des Lastwagens. Die Inspektion dauerte rund eine halbe Stunde. Die sowjetische Botschaft erklärte anschließend, für sie sei die Angelegenheit erledigt. Aus Regierungskreisen in Bonn war zu hören, das Fahrzeug werde alsbald die Bundesrepublik in Richtung „DDR“ verlassen. Moskau denke offenbar nicht daran, es wieder in die Schweiz zu schicken. Bonn sei aus prinzipiellen Gründen in dieser Sache „hart“ geblieben, um Moskau gegenüber zu demonstrieren, daß es auch künftig nicht bereit sei, Container-Fahrzeuge als „Diplomatengepäck“ zu akzeptieren. Allerdings wurde auch eingeräumt, daß das Ergebnis der Inspektion unbefriedigend sei, und zwar deshalb, weil man keinen Aufschluß über das tatsächliche Ladegut habe erreichen können. Eine Öffnung der Kisten und Säcke, die teils kyrillische Aufschriften trugen und mit sowjetischen Plomben versehen waren, ist nach den bestehenden Rechtsvorschriften nicht gestattet.

Warschau: Amnestie auf „Bewährung“

Jaruzelski will Wohlverhalten der Opposition erzwingen / Attacken gegen Bonn

DW, Warschau
Die zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Polen verkündete Amnestie für politische Häftlinge zielt offensichtlich darauf ab, über eine Wohlverhaltensklausel die Opposition zum Schweigen zu bringen. Wer bis Ende 1986 in ähnlicher Weise wieder straffällig wird, dessen Strafverfahren wird wieder aufgenommen beziehungsweise er muß den Rest der Strafe verbüßen. Dann allerdings wird er als Rückfälliger eingestuft.

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski ließ in einer Rede vor den Sejm-Mitgliedern keinen Zweifel an der Entschlossenheit Warschaus, in Zukunft hart vorzugehen. Jaruzelski: „Es kann und wird keine Rückkehr zur Anarchie geben.“ Die Wohlverhaltensklausel, verbunden mit der Drohung als Rückfälliger eingestuft zu werden, ist vor allem auf die oppositionellen Intellektuellen gerichtet. Mitglieder des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR), die in der Hauptstadt vor Gericht stehen, haben wiederholt gesagt, sie wollten nicht amnestiert werden, sondern in einem Gerichtsverfahren ihre Unschuld beweisen. Jacek Kuron, der Hauptangeklagte, hat bereits angekündigt, daß er seine als Verteidigungsrede geplante Anklage gegen das Regime veröffentlichen wolle. Wird ihm das als Verbreitung falscher Nachrichten ausgelegt werden? Wird er als Rückfälliger wieder hinter Gitter wandern?

Politische Beobachter sind auch gespannt, wie im Fall der beiden Priester Jerzy Popieluszko und Henryk Jankowski verfahren wird. Die Anklagen wegen Mißbrauchs der Bekennnistheorie wird offenbar fallengelassen. Wird man es ihnen als Rückfälliger ankreiden, wenn sie weiter das Regime von der Kanzel herab kritisieren? Auf diese Aspekte der Amnestie wies Arbeiterführer Walesa hin. Der Gnadenruf, sagte er, sei nicht akzeptabel, wenn die Gefangenen nach ihrer Befreiung zur Einschränkung ihrer Aktivitäten gezwungen würden. Und Kardinal Glemp trat in einem Brief an die Regierung dafür ein, daß wieder freie Gewerkschaften zugelassen werden.

Bogdan Lis, führendes Mitglied der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“, bleibt auch nach der jetzt verkündeten Amnestie in Haft. Er wird des Landesverrats angeklagt werden. Im Falle eines Prozesses droht ihm und seinem Mitstreiter Piotr Mierzejewski eine Strafe von mindestens zehn Jahren Gefängnis. Es kann aber auch die Todesstrafe verhängt werden.

Jaruzelski nutzte seine Sejm-Rede zu einer scharfen Kritik an der Bundesrepublik Deutschland. Eine der wichtigsten Voraussetzungen des Friedens, so der General, sei es, sich dem „größtenteils imperialistischen Expansionsismus unter dem Vorwand der sogenannten Wiedervereinigung entgegenzustellen“. Die Beschlüsse von Jalta und Potsdam sowie die Bonner Ost-Verträge seien die Grundlagen für den Frieden in Europa. In der „Strömung des antipolitischen Revisionismus“ finde man in Deutschland auch „katholische kirchliche Kreise, die die Fiktion der Diözesen-Einteilung aus der Vorkriegszeit aufrechterhalten“.

Seite 2: Wenn Jaruzelski warnt

Arbeiterpartei liegt in Israel vorne

DW, Jerusalem

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kann bei den Wahlen an diesem Montag mit einem klaren Sieg rechnen, jedoch nicht mit einer ausreichenden Mehrheit für die Regierungsbildung. Drei verschiedene Umfrage-Ergebnisse, die gestern von der unabhängigen Zeitung „Jediot Acharonot“ veröffentlicht wurden, sagen für die Arbeiterpartei 46 bis 49 der 120 Sitze des Parlaments vorher. Der Parteienblock Likud, der seit 1977 die Regierung führt, kam bei den Umfragen (unter jeweils rund 1200 Israelis) auf 37 bis 40 Sitze. Die Prognose deutet auf langwierige Verhandlungen mit möglichen Koalitionspartnern hin: An den Wahlen beteiligten sich insgesamt 27 Listen, von denen bis zu 16 in das Parlament in Jerusalem, einzeln könnten.

Kampfflugzeuge für Iran

DW, London

Amerikanische Kampfflugzeuge des Typs F 5 sollen nach einem Bericht der jüngsten Ausgabe der britischen Sonntagszeitung „Observer“ von den Vereinigten Staaten über die Türkei nach Iran gebracht worden sein. Ein Makler der Londoner Versicherungsgesellschaft Lloyd sei mit der Versicherung des Transports von 25 F 5 von den USA in die Türkei beauftragt worden, berichtet das Blatt. Nach „Berichten verschiedener anderer Informanten“ seien die Maschinen letztlich für Iran bestimmt, heißt es. „Aber niemand will das Geschäft zugeben.“

Lockern USA die Sanktionen?

DW, New York

Nach der von der polnischen Regierung verfügten Amnestie für politische Häftlinge werde US-Präsident Ronald Reagan wahrscheinlich in Kürze eine weitere Lockerung der Sanktionen gegen Polen genehmigen, berichtete gestern die „New York Times“. Als wahrscheinlich gilt, daß der polnischen Luftverkehrsgesellschaft LOT wieder Linienflüge in die USA gestattet werden und daß Beschränkungen bei dem von den USA finanzierten wissenschaftlichen Austauschprogramm aufgehoben werden. Beamte des US-Außenministeriums erklärten, daß wegen Polens bereits Konsultationen der USA mit anderen NATO-Partnern stattgefunden hätten, sei es wahrscheinlich, daß auch andere Staaten ähnlich auf die Amnestie reagierten.

DER KOMMENTAR

Unterhaltungen

HERBERT KREMP

Wer die Berichte über die Reise des Bundesaußenministers nach Teheran aufmerksam verfolgt, findet keine schlüssige Erklärung für den Sinn dieser Ortsveränderung. Man sprach über Handelsbeziehungen, den Golfkrieg und die Menschenrechte. Genscher unterhielt sich mit dem mächtigen Parlamentspräsidenten Rafsanjani, dem Mann der berüchtigten „Revolutionen“, der den Krieg bis zur Kapitulation Saddam Husseins fortsetzen will, und er redete mit Außenminister Velayati, dem der Krieg offenbar zu heiß wird und der sich deshalb bemühen darf, durch orientalische Diplomatie einen Keil zwischen den Golfstaaten und den Irak zu treiben. Der Minister konfertierte auch mit anderen Führern und wurde darüber belehrt, daß die Schützen einen anderen Begriff von Menschenrechten hätten als die Westler.

Westen. Es scheint angezeigt, diese These als ungläubig zu bezeichnen. Der Iran öffnet sich nicht, er befindet sich vielmehr in argen Schwierigkeiten: Die Islamische Republik ist isoliert - nicht nur von Seiten der USA, sondern ebenso von Seiten der Sowjetunion. Irak ist militärisch stärker, er führt einen sehr erfolgreichen Tankerkrieg. Der iranische Rohölexport ist um zwei Drittel gefallen, das Geld wird knapp. Zwischen der Armee und den Mullahs herrscht Unfrieden wegen des Kriegs.

Das alles hätte der deutsche Botschafter in Teheran am Rande eines Urlaubs in der Heimat im Auswärtigen Amt berichten können. Da Ministerreisen aber erfolgreich sein müssen, wird in tüchtigen Analysen der Eindruck vermittelt, in den Köpfen der Mullahs sei ein „Umdenken“ in Gang gekommen (daran kann Genscher nicht schuldlos sein), man habe sogar den Eindruck gewonnen, der Iran öffne sich gegenüber dem Westen.

Dies ist ein glücklicher Augenblick, die deutsche Autorität zur Geltung zu bringen und den Iranern nicht nur eine Verbesserung der Handelsbilanz zu versprechen. Vor dem Führer von Qom sind seit 1979 anderthalb Millionen Bürger - überwiegend qualifiziert Gebildete und Spezialisten davongelaufen. Ob die Zahl von 20 000 politischen Hinrichtungen stimmt - die Opposition nennt diese Zahl - steht dahin; es sind jedenfalls so viele, daß die Organisation Amnesty International aufmerkt. Es gibt Folter und geheime Gefängnisse, die kein Koran rechtfertigt. Das Regime ist in der Welle anti-westlich gefärbt, es unterstützt den Terrorismus bis Beirut.

Tschernenko im Politbüro entbehrlich

DW, Moskau

Das Politbüro der sowjetischen KP ist in dieser Woche zu einer Sitzung zusammengetreten, obwohl Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko wegen seines Urlaubs absendend war. Nach einem Bericht der Parteizeitung „Pravda“ wurden auf der Sitzung die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen behandelt sowie die Ergebnisse der Gespräche, die Tschernenko und Außenminister Andrej Gromyko in der vergangenen Woche in Moskau mit UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar führten. Über den Zeitpunkt der Politbürositzung verlautete nichts. Wahrscheinlich fand sie aber bereits am Donnerstag statt.

„Kohl bot 1983 Strauß den Vizekanzler an“

ms. Bonn

In dem - einstweilen noch theoretischen - Streit zwischen FDP und CSU, ob der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß das Amt des Vizekanzlers in Bonn beanspruchen kann, ist von CSU-Seite auf ein Faktum aus dem Jahre 1983 hingewiesen worden. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, erklärte gestern der WELT, Bundeskanzler Helmut Kohl habe nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 Strauß das Amt des Bundesministers der Verteidigung, verbunden mit dem Posten des Vizekanzlers, angeboten. Bisher war diese Offerte so konkret nicht dargestellt worden.

FDP-Generalsekretär Haussmann hatte in den vergangenen Tagen erklärt, solange CDU und CSU in Bonn eine Fraktion seien, könne aus ihren Reihen heraus die Vizekanzlerschaft - sie liegt derzeit bei Genscher - nicht beansprucht werden. Waigel: Haussmann „irrt“. Die Koalitionsvereinbarung sei nicht von den Bundestagsfraktionen, sondern zwischen den drei Parteien CDU, CSU und FDP abgeschlossen worden. Zudem habe der Kanzler bereits nach der Bundestagswahl ein entsprechendes Angebot an Strauß unterbreitet.

Im übrigen rief Waigel den Freien Demokraten, ihre „Berührungsängste“ gegenüber der CSU und deren Vorsitzendem im Interesse einer geordneten Zusammenarbeit in der Koalition abzubauen“. Die CSU jedenfalls sei nicht daran interessiert, das „Spektakel“, von dem Haussmann gesprochen habe, fortzusetzen.

Nach „Schnitzer“ brach Duarte Portugal-Besuch ab

Den Premier mit „Präsident“ angeredet / Eanes verärgert

DW, Lissabon

Der Präsident von El Salvador, José Napoleon Duarte, hat bei seinem offiziellen Besuch in Portugal einen diplomatischen „Schnitzer“ begangen und seine Visite vorzeitig abgebrochen. Er zog am Sonntag ohne Begründung seiner Absage eines noch vorgesehenen Treffens mit dem portugiesischen Staatspräsidenten General Antonio Ramalho Eanes nach Washington ab, wo er heute mit Präsident Ronald Reagan zusammentreffen soll.

verwirrt Duarte setzte seine Erklärung fort.

Duarte hatte bei seiner Ankunft in Portugal am Samstag auf den Lissabonner Flughafen den sozialistischen Ministerpräsidenten Mario Soares gelobt und ihn vor Journalisten mit „Präsident“ angesprochen. Den ganz in der Nähe stehenden wirklichen Staatspräsidenten Eanes erwähnte Duarte nicht. Eanes wandte sich deshalb ärgerlich ab und stellte sich hinter eine Gruppe von Journalisten. Der sich als unabhängig verstehende Eanes und der Sozialist Soares gelten als erbitterte politische Gegner. Der

Lissabon war die letzte Station der Europareise Duartes, die ihn zuvor nach Bonn, Paris, Brüssel und London geführt hatte. In Portugal hatten die oppositionellen Christdemokraten Duartes Besuch begrüßt. Die Parteien der Regierungskoalition - Sozialisten und Sozialdemokraten - hatten keine Stellungnahme abgegeben. Die kommunistische Partei Portugals und die portugiesische Sektion der für die Wahrung der Menschenrechte eintretenden Organisation „amnesty international“ hatten den Besuch des salvadorianischen Präsidenten negativ kommentiert.

POLITIK

Kritik an „DDR“: Im Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen, in Genf sind die Verletzungen der Menschenrechte durch die „DDR“-Regierung nicht nur von Vertretern westlicher Staaten sondern auch von Blockfreien mißbilligt worden. Versuche des „DDR“-Vertreters, die Praktiken im SED-Staat mit einem anders gearteten sozialistischen Menschenrechtsverständnis zu begründen, wies der Ausschuß zurück. (S. 8)

CSU zur Familienpolitik: Die Familienpolitik der Bundesregierung kommt nach Ansicht der CSU zu langsam voran. „Wir müssen die Drängenden und Unbequemen sein“, sagte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf dem „Familienpolitischen Kongreß“ seiner Partei am Wochenende in München. (S. 4)

Deutschlandfunk: Das „Institut für Internationale Politik“ in Ost-Berlin hat dem Deutschlandfunk in Köln „Subversion gegen die DDR“ vorgelesen. Der Sender versuche, „Mißtrauen gegen die Politik der SED zu säen“. (S. 8)

Sacharow: Der sowjetische Regimekritiker werde in Gorki „irgendeiner Art von Gehirnwäsche“ unterzogen, erklärte sein Stiefsohn Semjonow.

Nicaragua: Die Opposition droht mit Boykott der Wahlen. Man sei nicht bereit, an einer Wahl-Parce teilzunehmen, deren einziges Ziel sei, das Links-Regime in Managua zu legitimieren. (S. 8)

FDP: Die FDP müsse das „Rechts-Links-Schema“ verlassen und sich als „vorn“ verstehen, erklärt Generalsekretär Haussmann.

Heute: Parlamentswahlen in Israel. - EG-Außenministerrat befaßt sich mit Beitritt Spaniens und Portugals.

Honecker-Besuch - unverdientes Glück?

Günter Diehl, ehemaliger Staatssekretär und deutscher Botschafter in Neu Delhi und Tokio äußert sich in einer kritischen Analyse zu dem im September geplanten Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. (S. 7) - Der frühere Heeresinspektor Hans Poepel fordert für die Bundeswehr neue Wege der Rüstungsplanung. In einem WELT-Gespräch legt er sein Konzept dar. S. 6

WIRTSCHAFT

Technologie-Rückstand: Die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) werden trotz massiver Käufe von westlichen Geräten und Patenten ihren technologischen Rückstand, der in manchen Sektoren mehr als ein Jahrzehnt beträgt, nicht wesentlich verringern können, heißt es in einer Studie der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD). (S. 9)

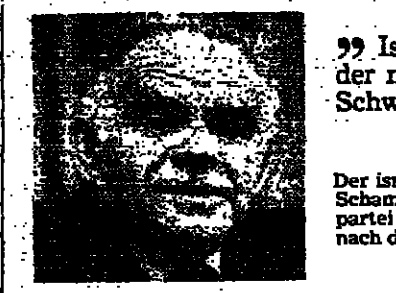
Öl-Nachfrage: Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris befürchtet, daß die weltweite Nachfrage nach Erdöl wieder stärker zunehmen könnte, wenn die westlichen Industrieländer nicht ihre Bemühungen zur Entwicklung anderer Energiequellen - vor allem Kohle und Kernkraft - vorantreiben und den Wirkungsgrad des Energieeinsatzes weiter verbessern. (S. 9)

KULTUR

FDA-Kongreß: Rund 100 Autoren und Künstler haben sich auf dem „Gesamtdutschen Kongreß des „Freien deutschen Autorenverbandes“ (FDA) mit den Verhältnissen in Mitteleuropa und den Gefahren befleißt, die in einer „Verniedlichung jenes auf Gewalt beruhenden Gebildes“ liegen, wie FDA-Präsident Prinz Löwenstein formulierte. (S. 15)

Günter de Bruyns: Der Roman „Neue Herrlichkeit“ von Günter de Bruyns, der bereits im Frühjahr in der Bundesrepublik Deutschland als Lizenzausgabe des Mitteldeutschen Verlages herausgegeben ist, darf in der „DDR“ nicht erscheinen. Der Vertrag zwischen dem Ost-Berliner Autor und dem „DDR“-Verlag ist inzwischen gelöst worden.

ZITAT DES TAGES



99 Israel braucht eine Regierung der nationalen Einheit, um seine Schwierigkeiten zu lösen 99

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir in einem Appell an die Arbeitspartei zur Bildung einer großen Koalition nach den heutigen Parlamentswahlen. FOTO: POLY-PRESS

SPORT

Tennis: Der 21 Jahre alte Franzose Henri Leconte gewann das 68. Weissenhof-Turnier in Stuttgart. Im Finale besiegte er den Amerikaner Gene Mayer klar mit 7:6, 6:0, 1:6, 6:1. Der Franzose, der in der ersten Runde Björn Borg ausgeschaltete, erhielt eine Siegesprämie von 53 000 Mark. (S. 13)

Olympia: Moskau ist seiner Pflicht nicht nachgekommen, die olympische Fahne dem Bürgermeister von Los Angeles zu übergeben. Stattdessen ließen die Gastgeber der letzten Spiele die Fahne formlos dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zukommen. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Wasser-Streit: Der neue Wasser-Vertrag zwischen Indien und Pakistan, der die Ganges-Becken umschließt, soll langfristig Trinkwasser bester Qualität liefern - so wollen es die 14 Gesellschaften des Wasserverbundes und die Landesregierung. Die Gegner des Projekts vermuten nur Korruptionsmaßnahmen für Grundwasser-Spiegel-Anhebungen als Spätfolgen des Stauwerks. (S. 16)

Monsun: Mindestens 200 000 Menschen sind am Wochenende durch schwere Überschwemmungen aufgrund der seit Wochen andauernden Monsun-Regenfälle in Indien obdachlos geworden. Allein in Westbengalen wurden 300 Quadratkilometer überflutet.

Wetter: Im Norden wechselnd wolkig, sonst heiter. 19 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Ost-Berlin: Der Schießbefehl wird beschönigt, aber nicht bestritten S. 2
- Deutsch-deutsch:** Erwidert Helmut Kohl schon nächstes Jahr den Besuch Honeckers? S. 7
- 48 Jahre Polen:** Ein Jahrestag der Widersprüche - Von Carl Gustaf Ströhm S. 7
- Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
- Erdöl:** Internationale Energie-Agentur: Westliche Importabhängigkeit steigt S. 9
- Emil Jannings:** Vor 100 Jahren wurde er geboren - Schwerer Junge, zerbrechliche Seele S. 15

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende durch Arbeiterdruck

Von Wilhelm Furler

Das Ende des britischen Hafenarbeiterstreiks kam nach elf Tagen genauso überraschend, wie der Ausstand begonnen hatte. Weder die Überredungskunst der Schlichter, noch etwa eine besondere Generosität der Arbeitgeber oder verstärkter Druck einer besorgten Regierung haben zum Einlenken der Docker geführt. Letztlich waren es die aufgebrachtsten Lkw-Fahrer in Dover und Calais.

Ihr wachsender Zorn über einen Arbeitskampf, von dem sie selbst zunächst als einzige unmittelbar betroffen waren – und ihre Entschlossenheit, nicht nur den Reiseverkehr, sondern auch die Hafenanlagen zu treffen – jagte den Gewerkschaftsfunktionären in Dover blanke Angst ein. Nachdem aber Dover erst einmal aus der Streikfront ausgebrochen war, blieb den Gewerkschaftsführern nicht viel anderes übrig, als den schon längst vorliegenden Kompromißvorschlag zu akzeptieren.

Wurde hiermit auch der Anfang vom Ende beim zwanzigwöchigen Ausstand der Bergleute eingeleitet? Es könnte gut sein. Der Docker-Streik war vom linksradikalen Chef der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Scargill, und seinen streikbesessenen Genossen ausgeschaltet worden. Seit die Hafenarbeiter wieder an die Kais zurückgekehrt sind, ist Scargill tiefer in die Isolation geraten als je zuvor.

Wie es ein führender Politiker formulierte: Der militante Gewerkschaftspräsident kämpft jetzt allein mit seiner fanatischen Bergarbeitertruppe nicht nur gegen die staatliche Kohlebehörde und gegen die Regierung, sondern auch gegen tausende eigener Gewerkschaftsmitglieder, die Steuerzahler, die Arbeitslosen und schließlich gegen das Gesetz. Es ist ein aufreibendes Gefecht an sechs Fronten.

Denn nicht nur kann sich die Regierung jetzt auf Gegenpropaganda ausschließlich gegen den Kohlestreik konzentrieren – womit sie am Wochenende bereits intensiv begonnen hat. Sondern nach der kurzen und weitgehend politisch motivierten Streikperiode der Hafenarbeiter muß eigentlich auch dem letzten Briten klargeworden sein, daß privilegierte Gruppen auf seinem Rücken ein makaberes Spielchen treiben. Das allerdings mit gebührender Entschlossenheit auch rasch beendet werden kann.

Nicht zu langsam

Von Enno v. Loewenstern

Strauß und seine Partei haben recht und können nicht genug darin bestärkt werden, daß Familienpolitik eine unserer wichtigsten Aufgaben ist. Natürlich wird es immer Zweifel geben, ob ein paar tausend Mark mehr oder weniger den Unterschied zwischen einem aufblühenden und einem austerbenden Volk bilden. Doch mag das dahingestellt bleiben, wenn die Koalition die Mittel für eine neue Familienpolitik aus dem Sozialhaushalt herauschneidet. Daß dieser Horror dimensionsangemessen hat, weil von 750 Milliarden DM jährlicher Steuereinnahmen 550 Milliarden für Sozialzwecke verbraucht werden, darauf weist gerade die CSU immer wieder hin.

Nun hört man gleichzeitig, daß einer „Verlangsamung“ der Stollenberg'schen Haushaltskonsolidierung das Wort geredet wird, teilweise sogar mit der Bemerkung, der Wählerfrage eh nicht mehr nach diesem Thema, um dessentwillen er doch 1983 die Wende mit dieser Koalition wählte. Das wäre verfehlt. Des Wählers Gedächtnis reicht sehr wohl über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinaus. Mehr Steuergerechtigkeit würde er begrüßen und dafür vielleicht auch eine gewisse „Verlangsamung“ hinnehmen; ein Wachsen der Transferleistungen würde er nicht schlucken. Aber die CSU selber warnt ja davor, verlassen wir uns hier auf sie, daß sie den guten Neubeginn richtig anpackt.

Ein Weg, die Sozialbelastungen zu senken und die geistig-moralische Wende zu stärken, wäre die Abschaffung der Abtreibung auf Krankenschein. Dies aber wurde nur „langfristig“ gefordert; zunächst will man allenfalls beim Bundesverfassungsgericht klären, ob diese Praxis gerechtfertigt sei. Das wäre eine kuriose Variante des Instituts der Verfassungsklage, wenn eine Regierung beim Gericht anfragt, ob etwas verfassungswidrig ist, was sie zwar macht, aber im Grunde mißbilligt. Gewiß, die Mehrheitsverhältnisse in der Regierung, sie sind nicht so. Aber draußen hat sich einiges gewandelt. Wer furchtlos fragt, was alle Familiengeschenke nützen sollen, wenn zugleich die Familienreduzierung subventioniert wird, wer gar die Frage nach der Moral stellt – der könnte ein überraschend starkes Echo erhalten.

Überfordert in Genf

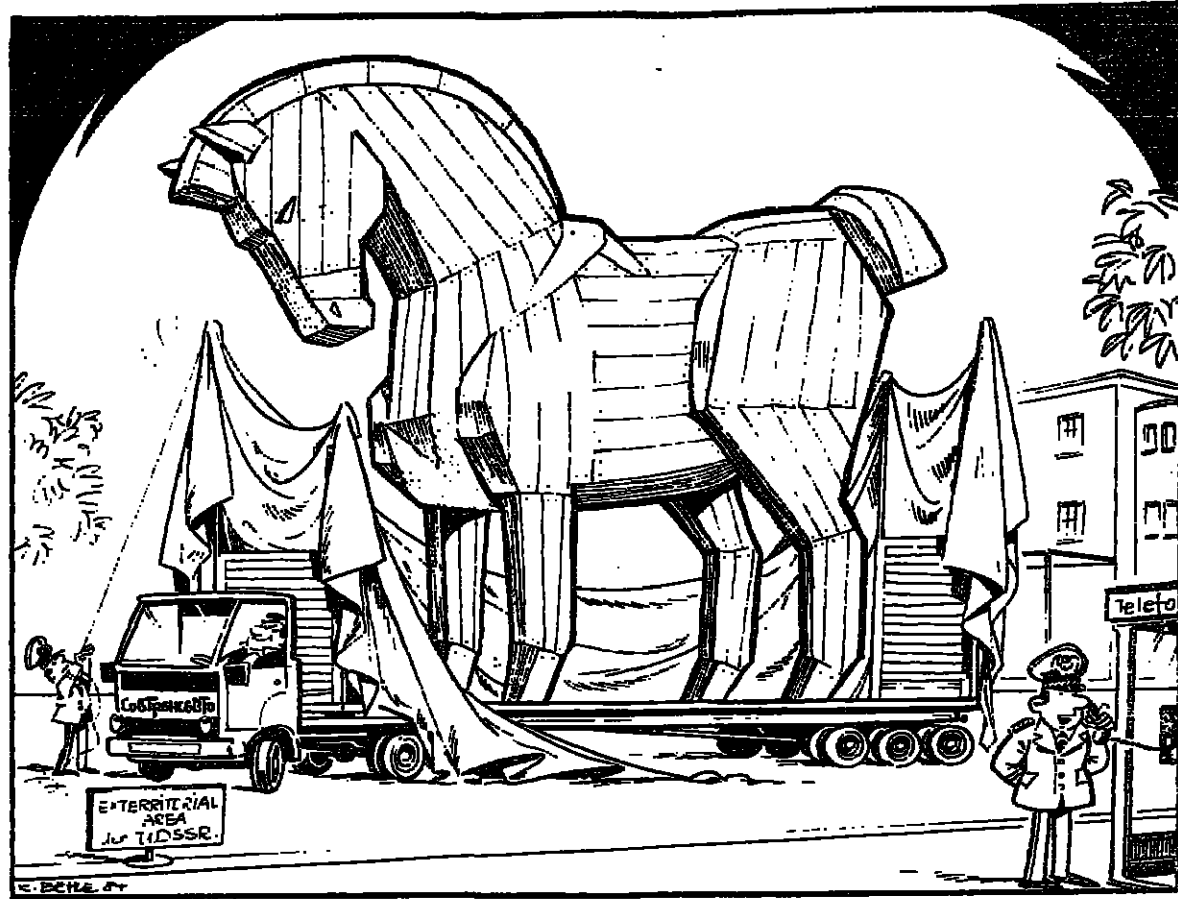
Von Fritz Wirth

Wer nach vorübergehender Lähmung wieder die ersten Gehversuche startet, nimmt nicht gleich zu Beginn anlauf zu einem Hochsprungrekord. Die britisch-argentinischen Beziehungen sind seit dem Falkland-Krieg paralysiert. Daß die ersten tastenden Wiederherstellungsversuche in Bern zusammenbrachen, hat genau diesen Grund: Die Argentinier legten sogleich die Latte in Rekordhöhe, indem sie darauf bestanden, die Souveränitätsfrage über die Falklands zu diskutieren.

Die neugewählte argentinische Regierung hat mit dem törichten Krieg der Generalsjunta vor ihr nichts zu tun. Das enthebt sie nicht dem Zwang zur Einsicht, daß sie London mit dem Verlangen überfordert, bereits zwei Jahre nach diesem Krieg, der mehr als 250 britische Soldaten das Leben kostete, die neuen Realitäten, die dieser Krieg schuf, am grünen Tisch zu revidieren. Der britische Weg der kleinen Schritte, der das Realistische und zunächst Notwendige anstrebt, ist mit Sicherheit der vernünftige.

Das soll und kann nicht heißen, daß die Souveränitätsfrage endgültig vom Tisch ist. Es gibt langfristig für die Briten keinen überzeugenden Grund, dieser Diskussion auszuweichen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sie dies auch wissen und einsehen. Die argentinische Regierung ist gut beraten, die Äußerungen des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe zu diesem Thema in den letzten zwölf Monaten genau zu studieren. Sie wird nicht entdecken, daß Howe die Diskussion dieser Frage grundsätzlich und für alle Zeit ausgeschlossen hat.

Der Zusammenbruch der Berner Gespräche ist ein schwerer Rückschlag für beide Seiten. Ohne unhöflich zu sein gegenüber jenen, die dieses Treffen so mühsam arrangierten – es bleibt zu fragen, ob sie sich mit dieser Aufgabe nicht übernommen hatten. Es gibt gute Gründe für die Empfehlung, daß der nächste Annäherungsversuch von einem Schlichter inszeniert wird, der auf beiden Seiten mehr Autorität genießt und mehr Durchsetzungsvermögen besitzt. Beispielsweise den Vereinigten Staaten.



„Nichts Verdächtiges – nur ein Pferdetransport!“

KLAUS BOHLE

Wenn Jaruzelski warnt

Von Carl Gustaf Ströhm

Nach der Amnestie, die der Warschauer Sejm am Wochenende verkündete, wird Polen demnächst wieder ein Land ohne, oder genauer gesagt: fast ohne politische Gefangene sein. Nicht amnestiert werden nämlich jene politischen Häftlinge, denen man „Spionage“ und „Verrat“ vorwirft, unter ihnen der aus dem Untergrund verhaftete „Solidaritäts“-Funktionär Bogdan Lis.

Immerhin, viele gehen frei. Beginnend damit die von vielen Seiten immer wieder beschworene nationale Versöhnung der Polen? Offenbar hat sich Jaruzelski in dieser Phase sowohl gegen die Scharfmacher im Partei- und Polizeiapparat als auch gegen die Sowjets durchgesetzt. Weder dem Kreni noch der polnischen Geheimpolizei kann es besonders angenehm sein, daß etwa die sogenannten „Umstürzler“ aus der Untergrund-„Solidarität“ und aus dem „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR) wieder frei herumlaufen. Die meisten dieser bisherigen Gefangenen – man denke etwa an Jacek Kuron oder Adam Michnik – sind unschrockene Männer, die sich ihre Scheid nicht abkaufen ließen. Selbst wenn es gelingen sollte, den Widerstandswillen der Amnestierten zu bremsen und sie unter eine totale Polizeikontrolle zu stellen, kann doch niemand dafür garantieren, daß ihr Beispiel nicht bei anderen Schule macht.

Jaruzelski mag es als Raison betrachten, „Schlimmeres“ durch Schlimmes zu verhüten. Die geographische und geistige Lage Polens vermag auch er nicht zu ändern. Die Polen haben seit 1945 immer wieder den Versuch unternommen, das sowjetische System abzuschütteln oder wenigstens – wie etwa 1956 beim berühmten „Frühling im Oktober“ – abzumildern. Alle Hoffnungen zerschellten bisher an den machtpolitischen Realitäten. Hinzu kommt, daß die kommunistische Wirtschaftspolitik diesen an Rohstoffen, Industrie und Landwirtschaft reichen Staat in einen hochverschuldeten Almosenempfänger verwandelt hat.

General Jaruzelski steht also vor der Frage, was er seinem Volk an Zukunftsperspektiven zu bieten vermag. Eine „Polonisierung“ des von den Sowjets übertragenen Herrschaftssystems scheitert am

Widerspruch Moskaus, am Mißtrauen der kommunistischen Nachbarn und an der Furcht der etablierten polnischen KP-Kader vor dem Verlust der Macht. Eine Wirtschaftsreform ist bisher nicht zustande gekommen, weil das Vertrauen und damit die „Motivation“ der Bevölkerung fehlt. Die Verhängung des Kriegsrechts und das Ende des sechzehnmonatigen Traums von Freiheit – die „Solidarität“ hatte immerhin zehn Millionen Mitglieder – haben ein Trauma hinterlassen, dessen Fernwirkungen heute nicht abzuschätzen sind.

Ein Blick auf die Landkarte muß aber dem General in Warschau die Gefahren drastisch vor Augen führen. Im Corps der mit Moskau verbündeten Staaten hat Polen seine Rolle als Primus inter pares, die es etwa noch in den fünfziger Jahren spielte (man denke an den damaligen Außenminister Adam Rapacki und seine Europa-Pläne) längst eingebüßt. Die westlichen, nicht zuletzt westdeutschen Kredite, die in den siebziger Jahren zu einer Scheinblüte der polnischen Wirtschaft (und damit des Regimes) führten, sind versiegt. An ihre Stelle treten schwierige, manchmal auch demütigende Schuldenregulierungshandlungen. Mit großem Mißtrauen sieht man in Warschau, daß die Bundesrepublik ihre Milliardenkredite jetzt in Richtung „DDR“ lenkt – ja, daß es so etwas wie ein subtiles politisches Zusammenspiel zwischen Bonn

und Ost-Berlin zu geben scheint. Es ist deshalb mehr als ein Zufall, wenn Jaruzelski die Amnestie mit einem Angriff gegen den angeblichen „großgermanischen Expansionismus“ verknüpft. Jaruzelski will damit wohl nicht nur die einzige politische Pseudolegitimation reaktivieren, über welche die polnischen Kommunisten seit 1945 gegenüber ihrem eigenen Volk verfügen: Die These nämlich, daß Polen das sowjetisch oktroyierte System und die Moskauer Hegemonie schlucken müsse, weil sonst die deutschen Ostland-Reiter sich wieder in Marsch setzten. Anscheinend möchte er auch im Gesamtblock etwas bewirken.

Allerdings ist eine solche Welt-sicht am Ende des 20. Jahrhunderts so veraltet, daß sie vor allem bei den Polen der jüngeren Generation nicht ernstgenommen wird. Denn jene „Germanen“, mit denen es Polen heute in erster Linie zu tun hat, sind nicht die Deutschen jenseits der Elbe, sondern die SED-Funktionäre jenseits der Oder. In der „DDR“ aber herrscht nicht die allgemeine Polen-Freundlichkeit, wie sie im deutschen Westen sogar bei schlesischen Heimatvertriebenen üblich ist. Während wiederum die Aufstellung der Statue Friedrichs des Großen unter den Linden zu Protesten und heftigen ideologischen Qualen in Warschau geführt hat.

Die Frage, die Jaruzelski sich bis heute nicht zu beantworten vermag, lautet nämlich: Ist das gesamtdeutsche Zusammenspiel zwischen Bundesrepublik und „DDR“ ein Alleingang Honeckers ohne Moskaus Segen? Dann ist es angebracht, die völlig unmarxistische und unkommunistische Formel vom „germanischen Expansionismus“ einzusetzen, um vor allem Ost-Berlin in Moskau zu denunzieren. Oder aber – ist Honeckers Politik gegenüber Bonn mit den Sowjets abgesprochen? Dann könnte das kommunistische Regime Polens in der Sowjetunion westkonzeptionell geraten, die für Warschau nicht ohne Gefahren wäre. Denn eines weiß der polnische General genau: In Moskau sind alle Polen von Grund auf suspekt – die Roten ebenso wie die Weißen.



Amnestie, keine nationale Versöhnung: Jaruzelski FOTO: AP

Der Schießbefehl wird beschönigt, aber nicht bestritten

Die Ostberliner Diplomatie im UN-Menschenrechtsausschuß / Von Heinz Barth

Knappe zwei Monate vor dem als Verheißungsvolle Wende der innerdeutschen Beziehungen angekündigten Besuch, den Erich Honecker Ende September der Bundesrepublik abstatte, hat die „DDR“ vor der Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen, was die mörderischen Zustände an der Zonengrenze betrifft, die Maske fallen lassen. Offenbar hielt sie diesen Zeitpunkt für besonders geeignet, Schießbefehl und Todesautomaten als normale Maßnahmen mit einer Eiseshälte zu rechtfertigen, die im voraus bestätigt, daß sie zwar gern Milliardenkredite nimmt, aber nicht daran denkt, an den bestehenden Zuständen etwas zu ändern.

Wie alle Unterorganisationen der UNO wird auch ihr aus 43 Mitgliedern bestehender Menschenrechts-Ausschuß seit langem von einer Mehrheit der Länder beherrscht, die man in Ost-Berlin gern als „demokratisch“ bezeichnet. Es war nicht das erste Mal, daß sich die Genfer „DDR“-Vertreter

bei den Delegationen des sozialistischen und blockfreien Lagers ein Alibi für die kriminellen Verhältnisse an der Grenze im geteilten Deutschland zu verschaffen suchten. Auch in anderen demokratischen Ländern, so beehrte sie die übrigen Mitglieder der Kommission, gebe es Grenzbestimmungen, die denen an der Zonengrenze in etwa entsprächen.

Dieser unzumutbare Vergleich dürfte nicht allen jenen Ländern geschmeckt haben, die in der Regel vor dem Genfer Gremium auf der Seite der „DDR“ zu finden sind. Immerhin hält von den nicht zum Sowjetblock gehörenden Staaten keiner seine Bevölkerung hinter Mauern und Stacheldraht gefangen. Und keiner ist so tief gesunken, diejenigen mit dem Tod zu bedrohen, die ihm entfliehen möchten. Dennoch konnte das „DDR“-Regime auch diesmal wieder mit der Unterstützung, die es im Menschenrechts-Ausschuß fand, zufrieden sein. Bei der ideologischen Einseitigkeit, die der Leit-

gedanke der Weltorganisation geworden ist, war es nicht besonders erstaunlich, daß auf der letzten Tagung der Kommission die meisten der mehr als sechzig angestammten Entschuldigungen ein ausgeprägtes anti-westliches Vorzeichen hatten. Wie gewöhnlich saßen wieder Israel, Südafrika und die übrigen Staaten des „imperialistischen“ Blocks neben den Vereinten Staaten auf der Anklagebank, während sich der Ausschuß auch im sechsten Jahr des im Iran herrschenden Terrors noch immer nicht zu einer Untersuchung, geschweige denn Verurteilung des unmenschlichen Khomeini-Regimes aufraffen konnte. Rudolf Frambach, der stellvertretende Chef der Genfer „DDR“-Vertreter, rühmte öffentlich den „maßgeblichen Anteil“, den Ost-Berlin an dem Genfer „positiven Gesamt-ergebnis“ gehabt habe. Als positiv im Sinne der „DDR“ darf verstanden werden, daß es ihr gelang, durch langatmige Diskussionen des Ost-West-Konfliktes von dem

IM GESPRÄCH Gisela Rheker

Unsere Dame in Belgrad

Von Evi Keil

Das zweitälteste Gewerbe der Welt, das auch einen schlechten Ruf hat – Charakterisierung der Diplomatie durch den ehemaligen britischen Botschafter in Bonn, Sir Frank Roberts – galt seit je als männliche Domäne, trotz des berühmten Spruches, daß Frauen doch bessere Diplomaten seien. Beide Einschätzungen sind überholt: einmal ist der Kontakt zwischen den Regierungen heute zu eng, als daß man die Schuld an irgendwelchen Schwierigkeiten noch grundsätzlich den Diplomaten anlasten könnte, und zweitens, wie Gisela Rheker treffend bemerkt: „So ein seltenes Exemplar bin ich ja auch nicht mehr im Auswärtigen Amt.“ Es gebe immerhin noch einen weiteren weiblichen Botschafter, Dorothea von Rossum in Malawi.

Malawi ist weit, Belgrad ist nahe, und dort löst die erfahrene Diplomatin einen unserer umstrittensten Vertreter ab, Horst Grabert, vormals Willy Brandts Kanzleramtschef, der jetzt nach Dublin geht. Frau Rheker leitete zuletzt die Unterabteilung für Personalangelegenheiten in der Zentrale in Bonn. Sie wurde 1923 in Lintfort, Moers, geboren und trat mit einem Dr. phil. versehen 1952 in den Auswärtigen Dienst ein. Das Besondere ihrer Karriere: Sie gehörte mehrfach zu den Pioniersmannschaften in deutschen Auslandsvertretungen.

1955 bis 1957 war sie in Rom, zunächst in der Kulturbotschaft, 1965 nahm sie der erste deutsche Botschafter in Israel, Rolf Pauls, mit nach Tel Aviv, wieder als Kulturreferentin. Immerhin handelte es sich „um eine riesige Aufgabe mit psychologischer Belastung“. Man habe sich dort oft im Kontakt mit aus Deutschland stammenden Israelis gefragt: „Warum sind diese Menschen nicht mehr bei uns?“ Gerade im Bereich der Kultur waren die Beziehungen zunächst sehr schwierig; hier bewährte sich ein mehr als diplomatischer Takt gegenüber den Gefühlen der Überlebenden. Immerhin konnte man dazu beitragen, daß deutsche Jugendliche Israel besuchten, um den Aufbau des



Erfahrung auf schwierigen Posten: Gisela Rheker FOTO: POLY-PRESS

Staates kennenzulernen. Daneben gab es wissenschaftliche Kontakte. Dann gehörte Gisela Rheker zur ersten Botschaftsmannschaft in Warschau. Dort, von 1973 bis 1977, war sie Gesandtin und Ständige Vertreterin des Botschafters. Hier gab es große Schwierigkeiten anderer Art: Neben dem schweren Leid, das die Polen im Krieg erlitten, „mußten wir jetzt auch immer wieder die Nöte der Deutschen sehen, die heraus wollten“. Nach schwierigen Jahren, es war anders zu machen, hatte sich Gisela Rheker gewünscht. Sie ging 1977 in die Kulturbotschaft des AA und zog sich den Hausstiel „Goethe-Tante“ zu, weil sie für die deutschen Goethe-Institute im Ausland zuständig wurde.

Jugoslawien wurde jetzt ihr „Wunschposten“. Die faszinierende Nahtstelle Ost-West, die Rolle Jugoslawiens als blockfreies Land und seine Bedeutung hierin – auch für die Dritte Welt, hat mich gepackt“, Frau Rheker nimmt zur Zeit in Bonn serbischen und kroatischen Sprachunterricht. „Nach jeder Unterrichtsstunde komme ich wie ein neuer Mensch heraus.“ Die Botschafterin wandert übrigens in ihrer Freizeit gern im Hochgebirge, außerdem ist sie passionierte Hobbygärtnerin.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Zum Sowjet-Lkw heißt es in der Bielefelder Zeitung:

Mit „Diplomatengepäck“ haben wir ja nun schon die tollsten Überraschungen erlebt... Die Kugelspritze im Geigenkasten, der Entförter in der Luftfrachtkiste – kleine Fische, wo die (Neun-)Touren-Ideologen gleich mit Lkw-Ladungen kommen. Sage keiner, es gehe um Prinzip. War's doch ein Fressen, die Verdachtschöpfer zu blamieren. Ein Fressen für den sowjetrussischen Bären, den man uns wohl gern aufgebunden hätte.

Schwabinger Bote

Was aber, wenn der geheimnisvolle Transporter auf ebenso geheimnisvolle Weise im Sommerloch politischer Ferienstille verschwindet, ohne sein Geheimnis preiszugeben? Wahrscheinlich ein Stoff für Satiriker, so es sie noch gibt.

Die Presse

Zum Ende des Döckerstreiks in Großbritannien heißt es in der österreichischen Tageszeitung:

Zieht man allerdings die gegen die Gewerkschaftsführung aufgebrachte Öffentlichkeit in Betracht, dann möchte man meinen, daß weniger ein „vernünftiger Kompromiß“ die Dokke zum Streikabbruch bewegte als vielmehr doch, wenn auch gelegentlich, die massiven Drohungen der noch aufgetragenen Lastwagenfahrer. Erinnert man sich schließlich an die keineswegs vergessenen deutschen

Streiks, dann verbindet die „Streikfront“, daß da wie dort ihre offenbare Unpopularität ein ernstzunehmendes Novum war.

KURIER

Zur neuen französischen Regierung meldet das österreichische Massenblatt:

Die Regierungsumbildung und der Austritt der Kommunisten aus der französischen Regierung haben zweierlei bewiesen: erstens die politische Klugheit und Entschlußkraft von Präsident Mitterrand. Und zweitens, daß man heute in (West-)Europa nicht mehr einen betont linken Kurs steuern kann.

BERLINER MORGENPOST

Es heißt, es zum UN-Menschenrechtsausschuß:

Der „DDR“-Vertreter in Genf versuchte die Ungeheuerlichkeit des Schießbefehls zu verharmlosen, indem er behauptete, dieses barbarische Vorgehen habe in „anderen demokratischen Ländern“ eine Entsprechung. Das ist eine Lüge, eine infame Lüge.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt äußert sich zum Verbleiben von Honecker:

Die Frage ist, ob die Bundesregierung einfach nur unberechtigten Tadel zurückweisen und ansonsten abwarten soll oder ob sie den Versuch unternimmt, „durch“ Gespräche auf hoher Ebene den Nebel zu lichten und die Kaltfront zu stoppen. Inzwischen wirkt die Deutung, die harten Worte aus Moskau seien nur eine Begleiterscheinung der Konvergenz zwischen UdSSR und USA – allzu verlockend.

سكنا من الحاصل

Montag, 23. Juli 1984 - Nr. 170

Der Streit über einen Blickwinkel oder Darum ist es am Rhein so schön

Jeden Tag werden in der Bundesrepublik 165 Hektar Naturlandschaft zerstört. Vor diesem Hintergrund steht die Frage: Kann der Staat eine Stadt daran hindern, sich selbst zu verschandeln?

VON JOACHIM NEANDER

Wen südlich von Koblenz der Rhein stromaufwärts fließt, dem fällt vom Schiff aus gleich nach der Lorelei auf der anderen, der rechten Seite des beeindruckenden Bildes des Städtchens Oberwesel ein Blickwinkel ins Auge. Links oben die frisch und denkmalgerecht (vielleicht aber nicht unbedingt schön) renovierte Schönbürg, heute Hotel und Jugendburg, darunter auf halber Höhe des Hangs die fast unversehrte mittelalterliche Kernstadt mit Liebfrauenkirche, Stadtmauer samt Türmen und Fachwerkhäusern. Gewiss, unten am Ufer, vor der Stadtmauer stören der Bahndamm (seit über 100 Jahren) und die stark befahrene B 9 (seit den 50er Jahren) das Bild ein wenig. Aber ansonsten ein Postkarten-Panorama. Der deutsche Rhein, Geschichte, Kulturlandschaft, wie anderswo nur noch selten so zu haben.

Gleich oberhalb dieser Dampftouristen-Idylle leuchtet ein grüner Hang, sozusagen ein Teil der Umrahmung des Stadtbildes. Das dieser Hang („Auf'm Michelfeld“ lautet der folkloristische Gemarkungsname) demnächst vielleicht sogar Prozeßgegenstand werden soll, sieht hier niemand an. Die Stadt Oberwesel will hier nämlich 90 Einfamilienhäuser bauen lassen.

„Schätz' Schuhkartons, entsetzlich!“, jammern die Gegner dieses Projekts. Sie sitzen – und auch dies unterscheidet die Sache von anderen Paradenfällen in Sachen Umwelt- und

Landschaftsschutz – nur in relativ geringer Zahl in Oberwesel selber. Im Gegenteil, im Stadtparlament (10 CDU, 4 SPD, 4 Freie Wähler, 1 FDP) ist man einhellig für das Bauen. Und es wäre völlig verfehlt, dahinter nur Interessenklüngel, Spekulation oder Wachstumswahn zu wittern, wie das in der Öffentlichkeit teilweise getan wurde.

Auch das, gewiß, kommt mit ins Spiel. Zwar besitzt nur ein einziger Abgeordneter im Oberweseler Stadtrat selbst eine Parzelle des zum Bauland erkorenen Michelfelds. Aber immerhin weitere neun müssen bei Abstimmungen zu dieser Sache den Raum verlassen, weil unter den rund 100 Grundstückseigentümern nahe Verwandte von ihnen sind. Da lockt natürlich der Verkaufserlös.

Als von Umweltschutz noch niemand sprach

Aber das allein würde den trotzigen Bauwillen der Oberweseler nicht erklären. Es kommt noch etwas hinzu. Es hat etwas mit dem Blickwinkel zu tun und mit dem Rechtsgefühl.

Der Blickwinkel: Es gibt im Städtchen Oberwesel mit seinen 4895 Einwohnern keinen einzigen Punkt, von dem aus man die Bebauung auf dem Michelfeld und damit die Verschandelung der eigenen Stadt überhaupt sehen kann, selbst von der Uferstraße aus nicht, verschandelt wäre Oberwesel also nicht für seine Bürger, nur für die Touristen, die auf dem Rhein oder am gegenüberliegenden Ufer vorbeifahren.

Oberwesel lebt vom Fremdenverkehr. Aber die pro Jahr 100 000 Übernachtungen, vor allem aber die zahllosen Tagesgäste kommen, sagen die Verantwortlichen, ja nicht wegen der Aussicht vom Schiff, sondern wegen der Lorelei und wegen des schönen Städtchens selber.

Und dann ist da das Rechtsproblem: Im Jahre 1968 verabschiedete

Oberwesel einen Flächennutzungsplan. Er wurde von der Bezirksregierung in Koblenz genehmigt und ist rechtsgültig. Er sieht das Michelfeld als Wohngebiet vor. Hätten die Oberweseler damals gleich gebaut, würden die Schuhkartons dort oben längst zum Touristen-Panorama gehören. Das Wort Umweltschutz gab es damals noch nicht. Bauen war noch eine Tugend.

Aber die Oberweseler ließen sich Zeit mit dem konkreten Bebauungsplan. Jahrelang ging es hin und her, wegen der Zahl und der Form der Bauten, wegen Begrünung und anderen Dingen. Als der Bebauungsplan 1982 dann endlich fertig war, gab es längst ein völlig anderes Problembewusstsein und andere Gesetze. Der Bebauungsplan für das Michelfeld wird sowohl von der Landes- und Denkmalpflege als auch vom zuständigen Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau und von den zuständigen Bezirks- und Kreisbehörden eindeutig abgelehnt.

Finanzminister Carl Ludwig Wagner (CDU) sagt, dies sei „eine dringende notwendige Maßnahme zum Schutz eines in Jahrhunderten gewachsenen Natur- und Landschaftsbildes“. Das Michelfeld sei ein „landschaftlich besonders exponiertes Gelände in unmittelbarem Anschluß an die mittelalterliche Stadtmauer“. Das Ganze stelle das neben Bacharach am besten erhaltene mittelalterliche Stadtbild am Mittelrhein dar. Die gesamte Fachwelt stimmt diesem Urteil inzwischen vehement zu. Die Tatsache, daß jahrzehntelang im Bereich des Rheinuferes gesündigt worden sei, könne nicht als Begründung dafür herhalten, mit den Sünden fortzufahren.

Auch in der Stadt selber scheint diese Einsicht Anhänger zu gewinnen. In den politischen Gremien allerdings wuchs nur der Trotz. Es gab öffentliche Polemik gegen die Landesregierung, ja Beschimpfungen. „Willkür, Ungeheuerlichkeiten einer

autoritären Verwaltung, Macht und Gewalt“ wurden dem Minister vorgeworfen. Als ein Ministeriums-Sprecher darauf den Oberweseler CDU-Abgeordneten Schwarz einen „verbalen Amokläufer“ nannte, revanchierte sich der mit dem Satz: „Es gehört zu den Methoden bestimmter Systeme, unbequeme Gegner als geisteskrank zu bezeichnen. Das ist ein teuflisches Verfahren.“

Diese Phase eines herannahenden Kriegszustandes zwischen Land und Stadt (Finanzminister Wagner, als er sich selbst ein Bild von der Situation machen wollte, blieb wohlweislich auf dem gegenüberliegenden Rheinufer) scheint nun glücklicherweise überwunden.

Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat dem auch für Oberwesel zuständigen Verbandsbürgermeister von St. Goar-Oberwesel, Matthias Fort, in einem Brief Gespräche angeboten über „eine Lösung, die dem hohen Anspruch der Denkmalpflege und des Landschaftsschutzes gerecht wird“. Die Stadt Oberwesel hat zwar Klage vor dem Verwaltungsgericht angekündigt. Aber die Begründung steht noch aus (angeblich sitzt der Gutachter noch dran). Stadt-Bürgermeister Johann Peter Josten (67), als langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter sicher größere politische Erfahrung gewohnt, wiegelt ab: „Viel leicht kommen wir ohne Prozeß aus.“ Und als kürzlich eine Gruppe Mainzer Journalisten die Stadt aufsuchte, verbot ein Stadtratsbeschluss allen Politikern Gespräche über das Michelfeld. Man wolle niemand in Versuchung führen, erneut in öffentliche Schimpfkanonaden zu verfallen.

Ein Kompromiß liegt in der Luft

Wie ein stiller, unberührter, grüner Urwald wirkt das umstrittene Baugebiet: Kirschenbäume, die niemand erntet, mannshohes Gras, summende Insekten, vereinzelt als Gärten gepflegte Kleingärten. Ein Paradies – nur der, dem es gehört, will nichts davon wissen.

Es sieht nach einem Kompromiß aus – wie, darüber allerdings gehen die Meinungen weit auseinander: Eigentlich wäre jede Bebauung des Geländes eine Sünde gegen den Landschaftsschutz. Ein generelles Bauverbot aber ist aufgrund des rechtskräftigen Flächennutzungsplans kaum durchzusetzen. Also weniger Häuser? Oder gar künstliche mittelalterliche Fassaden? Eine Sichtblende aus Grün? Den Betrachter schaudert es schon im Voraus.

Bürgermeister Johann Peter Josten scheint in anderer Richtung zu denken. Bei der Führung durch die teilweise arg baufällige Liebfrauenkirche, deren kostbarer mittelalterlicher Hochaltar vor einigen Jahren auch noch durch raffinierte Räuber geplündert wurde, läßt er auffällig oft Sätze wie diesen fallen: „Hier zum Beispiel, da könnte die Landesregierung doch schon mit 70 oder 80 000 Mark wirklich Gutes tun.“ Demnächst sind die Regierungspräsidenten des Landes zu einem Orgelkonzert eingeladen. Winke mit dem Zaumfahl.



Es sah aus wie eine Wettfahrt: Der sowjetische Sattelzug zog an dem VW des Zoll vor. FOTO: POLY-PRESS

Ortstermin Sowjet-Botschaft: Die Ladung bleibt im dunkeln

Der Konflikt zwischen Moskau und Bonn um tonnenschweres angebliches sowjetisches Diplomatengepäck wurde gestern beigelegt. Szenen vor und vom Gelände der sowjetischen Botschaft.

VON STEFAN HEYDECK

Vor der sowjetischen Botschaft im Bonner Stadtteil Bad Godesberg sah es gestern fast wie bei einer Demonstration aus: Links und rechts der Zufahrt, die mit einem nur elektrisch zu öffnenden Stahlgitter gespergt ist, und auf der gegenüberliegenden Straßenseite hatte die Polizei rot-weiß gestrichene Absperrgitter aufgestellt. Dies diente der „Sicherung der freien Zufahrt“, wurde erklärt. Vor den Sperren standen vorsorglich über zwei Dutzend Beamte, dahinter Reporter, Fotografen, und Schaulustige. Gemeinsam warteten sie auf die Ankunft des schweren sowjetischen Mercedes-Lastwagens mit der Aufschrift „Sowtransawto“ und dessen geheimnisvoller Ladung.

Er war am frühen Morgen nach seinem Zwangsstopp vom Zollhof in Helmsdorf zur Fahrt nach Bonn gestartet, damit die deutschen Behörden nach einem diplomatischen Tauziehen hier einen Blick auf den Container-Inhalt werfen konnten.

Die sich dann abspielende Szene zur Mittagszeit hätte aus einem Agentenfilm stammen können. Um 12.09 Uhr schlangelte sich in zügigem Tempo, angeführt von einem Streifenwagen, ein Fahrzeugkonvoi die schmale kurvenreiche Waldstraße zur Nummer 42 den Hang hinauf. Vor und hinter dem Lkw, dessen Ladung die Sowjets als „Diplomatengepäck“ deklariert hatten, fuhren zwei Opel-Rekord der Botschaft mit zusammen vier Insassen und Zoll-Fahrzeugen. Im Gegensatz zu den beiden Transitfahrzeugen durch die Bundesrepublik Deutschland, die jeweils rund anderthalb Tage dauerten, hatten die beiden sowjetischen Fahrer es diesmal eilig.

Nur sechs Stunden hatten sie für die über 400 Kilometer lange Strecke nach Bonn gebraucht. „Hatten Sie eine gute Fahrt?“ begrüßte ein Zollbeamter die Lkw-Fahrer. Die ließen es bei einem kurzen Nicken.

Dann begann das Warten vor der Einfahrt. Es könne wohl 20 Minuten dauern, meinte ein Beamter. Alle anderen Fragen wurden von Zöllnern und Polizisten mit einem lakonischen „Kein Kommentar“ beantwortet. Doch der Lkw-Besatzung schien es nicht schnell genug zu gehen, auf das Botschaftsgelände zu kommen. Gegen acht Minuten nach der Ankunft öffnete sich plötzlich das schwere Schiebtor, und der mit laufendem

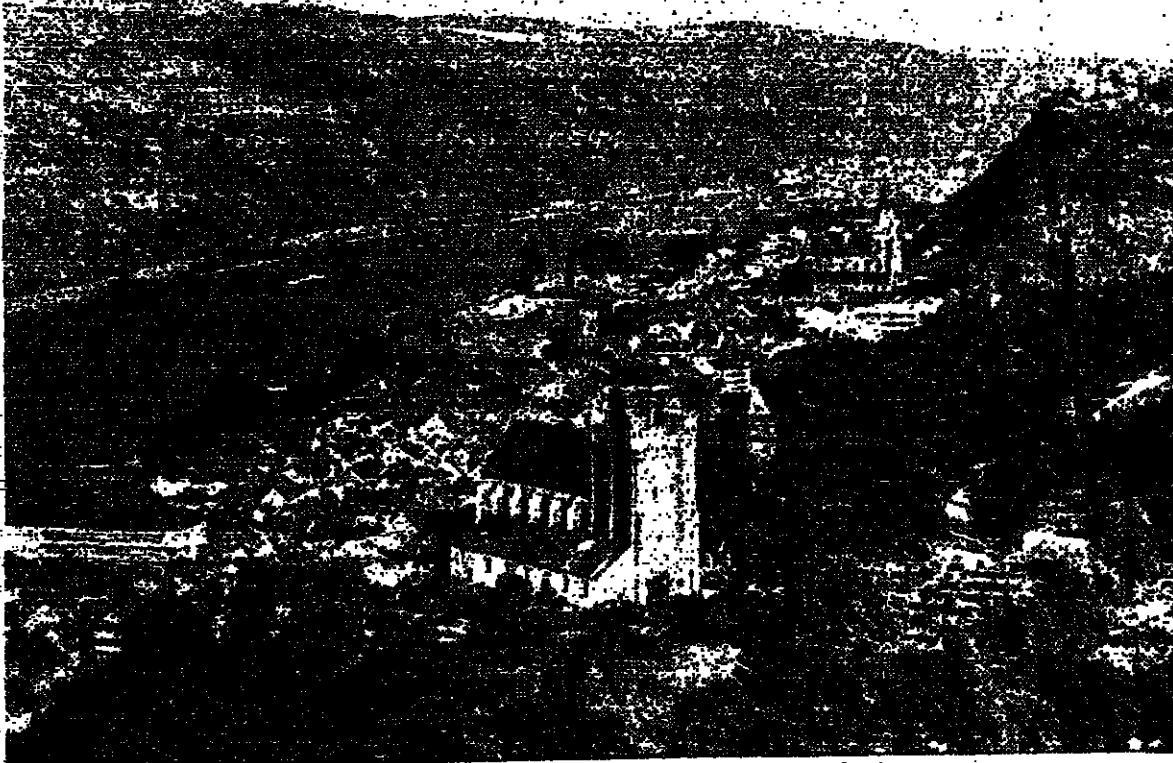
Motor stehende Lastwagen versuchte, in weitem Bogen um den vor ihm haltenden VW-Bus des Zolls den Botschaftsbereich zu erreichen.

Die Sowjets hatten ihre Rechnung jedoch ohne die deutschen Beamten gemacht. Während die Diplomaten den ganzen Vormittag über die Einfahrt mit ihren Personenzug und den Botschaftsnummern 0-140 nur immer einzeln hatten passieren dürfen, klemmten sich die Zöllner mit ihrem Kleinbus so eng hinter die Stoßstange des Lkw, daß der in einem braunen Holzwachhäuschen sitzende sowjetische Kontrolleur keine Möglichkeit hatte, das Tor zu schließen. „Die haben sich nicht austreten lassen“, meinte lachend ein Zuschauer der Szene. Die fünf Zöllner mußten sich trotz ihrer Uniformen dann erst einmal gegenüber dem sowjetischen Wachpersonal ausweisen.

Dann wurde zur Enttäuschung von Fotografen und Kameraleuten der Lastwagen, begleitet von dem Zoll-Bus, in den hinteren Teil des Geländes gefahren, wo dichte Büsche praktisch jeden Einblick unmöglich machten. Nachdem mit Blaulicht neue Plomben vom Kölner Hauptzollamt angeliefert worden waren, wurde schließlich die Ladetür auf der Rückseite geöffnet.

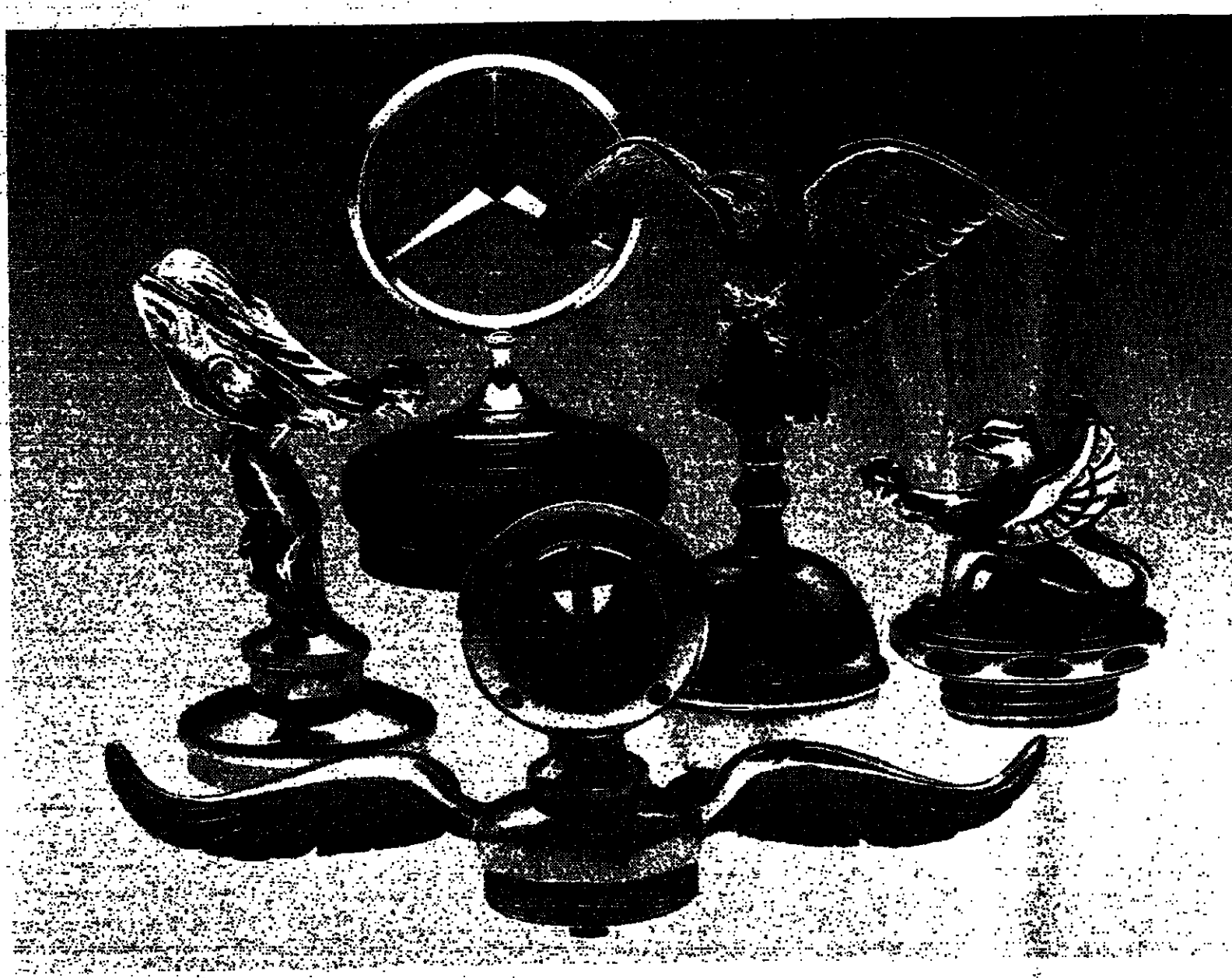
Rund 30 Minuten lang besichtigten die Zöllner den Inhalt, ohne aber die Verpackung zu öffnen. Mit Blitzlicht fotografierten sie das Innere des Containers und machten Aufnahmen der Plomben, mit denen die Ladung bei der Einreise am Grenzübergang Basel/Weil gesichert worden war. Gut 90 Minuten nach der Ankunft des Lkw erklärte ein Angehöriger des Bundesfinanzministeriums: „Die Amtshandlung ist beendet.“

Zuvor hatte ein Sprecher der Moskauer Vertretung mitgeteilt, daß aufgrund der vereinbarten „gegenseitig annehmbaren Lösung“ der Zwischenfall „in Kürze erledigt“ sein würde. Der erneut verplombte Lkw soll heute wieder über Helmsdorf die Rückreise antreten.



Umstrittene Idylle: Oberwesels Michelfeld (rechts zwischen den Kirchen)

FOTO: DIE WELT



Mit uns können Sie jede Marke fahren

Schon zum Zeitpunkt Ihrer Investitionsplanung stellt sich die Frage, ob Sie den Fuhrpark kaufen oder leasen werden; das gilt auch für einzelne Automobile und den Privat-PKW. Genau dann sprechen Sie am besten mit der Deutschen Auto-Leasing. Denn wir geben Ihnen das sichere Gefühl, die richtige Entscheidung zu treffen.

Unser Unternehmen wurde als eine der ersten herstellerunabhängigen Auto-Leasing-Gesellschaften gegründet. Dank der inzwischen jahrzehntelangen Erfahrungen können wir Sie entsprechend gründlich beraten. Ihr Vorteil: Wir

verbinden Automobilverstand mit Leasingwissen.

Die Deutsche Auto-Leasing findet die wirtschaftlichste Lösung für Sie. Ob Sie Unternehmer sind oder Privatmann – Sie zahlen nur die bequemen Monatsbeträge, die immer konstant bleiben. Hinzu kommt: Kein Gebrauchtwagenrigger, immer das neueste Modell, freie Kreditlinien und mehr Liquidität. Mit dem freigewordenen Kapital können Sie neue Ziele ansteuern.

Kommen Sie jetzt zur Deutschen Auto-Leasing. Wir bringen Sie weiter als von A nach B.

Deutsche Auto-Leasing GmbH, Telefon (06 11) 1 52 92 40
Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6–12, 6000 Frankfurt/M. 60, Telefon (06 11) 1 52 91
Geschäftsstellen: Hamburg (0 40) 20 16 61, Hannover (05 11) 34 58 14, Bielefeld (05 21) 680 90, Düsseldorf (02 11) 804 34, Köln (02 21) 62 40 51, Frankfurt (06 11) 8 66 40 11, Nürnberg (09 11) 3 71 73, Karlsruhe (07 21) 2 29 52, Stuttgart (07 11) 29 96 81, München (08 9) 5 02 70 61

Deutsche Auto-Leasing
Ein Unternehmen der Deutschen Leasing AG



Die Familie Sacharows setzt auf Jackson

AP, Boston

Der sowjetische Physiker Andrej Sacharow wird nach Befürchtungen seines Stiefsohns und seiner Schwiegermutter in der Verbannung in Gorki einer Gehirnwäsche unterzogen.

Vor sowjetischen Emigranten sagte Stiefsohn Alexej Semjonow in Boston im US-Staat Massachusetts, ihm lägen Informationen vor, wonach Sacharow in einem geschlossenen Raum täglich von einem Psychiater aufgesucht werde. Ganz offensichtlich werde irgendetwas unternommen, um seinen Widerstand zu brechen. Semjonow: „Irgend eine Art von Gehirnwäsche wird angewendet.“

Auf der selben Veranstaltung des Instituts für russische Studien der Universität Boston drückte auch Schwiegermutter Ruth Bonner ihre Sorge über das Schicksal ihrer Tochter Jelena Bonner aus. Jelena Bonner, die Frau Sacharows, wird ebenfalls seit einigen Wochen in Gorki festgehalten.

Das Ehepaar Sacharow befand sich nach Angaben aus Dissidentenkreisen kürzlich in einem mehrwöchigen Hungerstreik, um die Ausreise in den Westen zu einer medizinischen Behandlung zu erreichen. Semjonow und Ruth Bonner begrüßten zugleich das Angebot des amerikanischen Politikers Jesse Jackson (Demokratische Partei), in der Sowjetunion über die Freilassung des Ehepaares Sacharow zu verhandeln. Ein Besuch Jacksons in Moskau könnte nur helfen, sagte Semjonow. „Jesse Jackson könnte in aller Öffentlichkeit nach Moskau gehen, und das würde den Sowjets erlauben, ihn (Sacharow) freizulassen, um Reagan in Verlegenheit zu bringen.“

Der farbige US-Politiker hat sich bereits erfolgreich für die Freilassung eines in syrische Gefangenschaft geratenen US-Piloten eingesetzt und in Verhandlungen mit der kubanischen Regierung die Freilassung von 22 inhaftierten US-Bürgern und 26 Kubanern erreicht.

Zimmermann will in die „DDR“ reisen

rtr, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will nach eigenen Angaben noch in diesem Jahr die „DDR“ besuchen, um sich persönlich über die dortige Umweltpolitik zu informieren. Im Deutschlandfunk äußerte der Minister die Erwartung, daß die Umweltpolitik auch bei dem geplanten Besuch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen werde.

Zimmermann wies darauf hin, daß die Bundesrepublik in die „DDR“ derzeit „alle möglichen Expertengruppen“ entsende. Als Themen nannte er Luftverunreinigungen, Luftschadstoffe, Meßsysteme und vor allem die Entsorgung von Werra und Weser.

Als sehr interessant bezeichnete der Minister, was die „DDR“ im Forstwesen leiste, beispielsweise bei Wiederaufforstungsprogrammen und bei der Züchtung schadstoffresistenter Bäume. Dies wolle er noch in diesem Jahr in Augenschein nehmen, sagte er.

Pazifistin aus der „DDR“: Beleidigung

dpa, Perugia

Mit einem Fackelzug in Assisi, der Stadt des Heiligen Franziskus, ist nach fünftägiger Dauer der „III. Europäische Konferenz für den Frieden“ in der mittelitalienischen Stadt Perugia beendet worden. Rund 1200 Pazifisten aus Europa, den USA, Japan und Australien hatten sich eine Bestandsaufnahme der internationalen „Friedensbewegung“ zum Ziel gesetzt.

Seit Beginn des Treffens, das vom Internationalen Verbindungskomitee der „Friedensbewegung“ organisiert worden war, bestimmte allerdings die Anwesenheit von Vertretern offizieller Friedenskomitees aus osteuropäischen Ländern die Diskussionen. Bei der Abschlusskundgebung am Samstagabend bezeichnete eine aus der „DDR“ ausgewiesene Pazifistin die Anwesenheit der offiziellen Vertreter aus der Sowjetunion, aus Polen und Ungarn als „Beleidigung“.

Nach Presseberichten war 59 unabhängigen Pazifisten und Bürgerrechtlern aus osteuropäischen Ländern die Reise nach Perugia verweigert worden. Insbesondere unabhängige Friedensgruppen aus Italien und die Delegation der Grünen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Exilvertreter der Bürgerrechtsgruppen „Charta 77“, des polnischen „KOR“ und der Jenaer Friedensgruppen betonten in Perugia den ihrer Auffassung nach wesentlichen Zusammenhang zwischen den demokratischen Freiheitsrechten und Friedensfragen.

Das nächste europäische „Friedenstreffen“ wird voraussichtlich im nächsten Jahr in Amsterdam stattfinden. Unklar ist bislang, ob dazu nach den Auseinandersetzungen in Perugia wieder offizielle Vertreter aus Osteuropa eingeladen werden.

„Wir müssen die Drängenden und die Unbequemen sein“

Die CSU wünscht Durchbruch zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft

PETER SCHMALZ, München
Die Familienpolitik der Bundesregierung kommt nach Ansicht des bayerischen Koalitionspartners CSU zu langsam voran. „Wir müssen die Drängenden und Unbequemen sein“, umschrieb CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf dem „Familienpolitischen Kongress“ der CSU am Wochenende in München die Rolle der bayerischen Regierungspartei. Und Parteichef Franz Josef Strauß meinte, wenn die CSU sich mit Nachdruck für eine bessere Familienpolitik einsetze, dann seien das keine Querschüsse aus München: „Es geht dabei um unsere gemeinsame Aufgabe, denn die Familie und vor allem die junge Familie ist die soziale Frage der Gegenwart.“

Der bayerische Ministerpräsident äußerte erneut seine Verärgerung über die nach seiner Meinung zu rasche Konsolidierung des Bundeshaushalts auch auf Kosten der Sozialleistungen zu Gunsten der Familie. Auch er sehe in soliden Finanzen die Voraussetzung für eine solide Politik, dies aber müsse mit Augenmaß betrieben werden. „Eine Politik, die an der Tatsache vorbeigeht, daß wir begonnen haben, ein sterbendes Volk zu werden, verdient den Namen Politik nicht“, meinte Strauß. Man habe in den Koalitionsvereinbarungen im vergangenen Jahr die Weichen für eine neue Familienpolitik gestellt, dennoch sei wenige Wochen später das Mutterschaftsgeld erheblich gekürzt worden. „Wir waren darüber nicht erfreut.“ Ein Mittelweg wäre besser gewesen.

Die CSU wünscht einen Durch-

bruch zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft, wie Staatssekretär Edmund Stoiber, der Vorsitzende der CSU-Familienkommission, auf dem Kongress erklärte. Notwendig dafür seien eine gezielte materielle Hilfe, eine überzeugende ideelle Stärkung und ein neues gesellschaftliches Ansehen. Zum letzten Punkt wachte Strauß sogar einen Blick über die Grenzen: „Wir müssen die Kinderfreundlichkeit der italienischen Gesellschaft bekommen.“ Die südliche Familienplanung faßte er in einem Satz zusammen: „Für ein paar Spaghetti, fürs nächste Bambino reicht's immer noch.“

In der Bundesrepublik aber braucht's mehr. Es dürfe nicht sein, so Strauß, daß mit dem zweiten Kind die Verarmung und mit dem dritten die Verelendung beginne. Stoiber umschrieb den Sinn der Familienpolitik mit den Worten, sie müsse „die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß alle Eltern sich für Kinder entscheiden können, ohne wirtschaftlich absteigen zu müssen.“

Neben bekannten und teils durch die Steuerreform zugesagten finanziellen Familienunterstützungen fordert die CSU die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, wobei sie als ersten Schritt die Anerkennung von einem Jahr in der Rentenversicherung für alle ab dem 1. Januar 1988 geborenen Kindern anpeilt. In dieser Frage will die bayerische Unionspartei Bundesarbeitsminister Blum gegen Finanzminister Stoltenberg unterstützen.

Kontrovers diskutiert die Kon-

greß die Frage, ob Frauen für die Zeit eines mehrjährigen Erziehungsurlaubes eine Arbeitsplatzgarantie ähnlich der von Wehrpflichtigen gewährt erhalten sollen. Eine Mehrheit, zu der auch CSU-Generalsekretär Tandler zählte, sprach sich anfangs dafür aus, ließ sich aber durch das Argument umstimmen, eine solche Schutzregelung könnte sich als Bumerang für die Mütter auswirken: Manche Arbeitgeber würden dann womöglich bei der Einstellung von Frauen im gebärfähigen Alter zögern.

Erhebliche innerparteiliche Diskussionen werden auch noch zum Abtreibungsparagrafen 218 erwartet. Als ein besonderer Konfliktpunkt schälte sich dabei die Frage heraus, ob die soziale Indikation weiterhin auf Krankenschein finanziert werden soll. Die Familienkommission unter Leitung von Stoiber hat dazu in ihrer Vorlage kein Wort, die Junge Union (JU) regte jedoch in einem Änderungsantrag an, „langfristig“ auf diese Kostenentlastung zu verzichten und bei echten Notfällen die Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Zahlreichen Teilnehmern ging auch dieser Vorschlag nicht weit genug, sie forderten einen sofortigen Stopp der Kassenfinanzierung. Daß dann doch der JU-Antrag angenommen wurde, geht hauptsächlich auf die Argumente einer Teilnehmerin zurück: Ohne Kostenentlastung würden die meisten Frauen der Schwangerschaftsberatung fern bleiben und wieder den lebensgefährlichen Weg zum „Engelmacher“ antreten.

Seite 2: Nicht zu langsam

Raus starke Männer melden Ansprüche an

Von WILM HERLYN

Das Thema zwischen führenden Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr ist durchaus dem sommerlichen Wetter angepaßt: kühl, eher grau und verhangen als strahlend, wie Ministerpräsident Johannes Rau es am meisten liebt.

Aber gerade er ist nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung. Ganz offensichtlich ist das Verhältnis zu seinem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Karl Josef Denzer, „eisig“, wie in diesen Tagen ein hoher Regierungsbeamter beobachtete. Rau nimmt es Denzer übel und fühlt sich brüskiert, daß dieser ihn vor Jahresfrist offen gezwungen hat, sein Zögern aufzugeben und nach mehr als drei Monaten den im Zorn zurückgetretenen Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer durch den Nord-Europäer Klaus Matthies zu ersetzen. Denzer sorgte sich damit nicht zu Unrecht um die Reputation seines Regierungschefs und des Kabinetts: „Wer es macht, ist mir egal, Hauptsache, es macht überhaupt einer!“

Und Denzer nimmt es Rau übel, daß jener es als NRW-Landesvorsitzender der SPD und Stellvertreter



Landesbericht Nordrhein-Westfalen

von Willy Brandt an Eifer hat fehlen lassen, als es beim Essener Parteitag im Mai darum ging, Denzers Kandidatur für den Bundesvorstand zu unterstützen. Denzer fiel durch und ihm kam ein Interview von Rau am nächsten Tag wie Hohn in den Ohren, als sein Ministerpräsident bemerkte, die vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirksverbände hätten wie ein Mann zusammengestanden.

Denzer hätte den Aufstieg in seiner Partei verdient. Er zählt zu den einflussreichsten Politikern in Nordrhein-Westfalen. Ein wenig knorrig und schroff, wie Ostwestfalen es zuweilen sind, aber dabei auch herzlich, aufrecht und ohne Winkelzüge. Dabei hat er gleichzeitig die Fraktion fest im Griff und erspart Johannes Rau viel Unbill. Seine Dienste wurden ihm schlecht entlohnt und es nimmt daher kaum wunder, daß er nun durchblicken läßt, er sehe seinen Platz durchaus im Kabinett, wenn die Sozialdemokraten am 12. Mai 1985 die Landtagswahl erfolgreich bestehen sollten. Der Bielefelder meldet seine Ansprüche durchaus rechtzeitig an, denn neben ihm kratzen auch andere schon die Startschirke frei. In der ersten Linie steht Hermann Heilmann, bereit, Chef des bundesweit militärstärksten Bezirks Westliches Westfalen. Er ist ein Vollblutpolitiker und Profi, der bislang nur deswegen nicht im Kabinett ist, weil er 1980

kurz vor seiner Berufung als Minister für Bundesangelegenheiten schwer erkrankte. An ihm kommt Rau kaum vorbei.

Nicht zuletzt muß der Ministerpräsident aber auch sein Versprechen erfüllen, wieder eine Frau in die Regierung aufzunehmen. Zum Ärger der streitbaren Parteifrauen verzichtete er auf fräuliche Mitwirkung bei der Kabinettsbildung im Herbst vergangenen Jahres, als Justizministerin Inge Donneppe ausschied. Aus Altersgründen, sagte Rau wenig charmant, dabei verdeckend, daß auch er die ehemalige Richterin nicht als optimale Lösung im Amt empfand.

Dabei spricht es für Rau, daß er die Angriffe der SPD-Frauen, die auf dem Aachener Landesparteitag im Frühsommer schon megäreifige Züge trugen, zunächst beruhigen konnte, mit dem Hinweis, er werde es im nächsten Kabinett schon richten.

Richten müssen wird er nach der Sommerpause das gespannte Verhältnis der beiden Kabinettskollegen, die sich hauptsächlich mit Umwelt befassen: Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann und Landwirtschaftsminister Klaus Matthies. Der frühere Schleswig-Holsteiner verweist mit Stolz und zu Recht auf eine Reihe von Initiativen und Erfolgen und läßt kaum eine Chance der Selbstdarstellung aus. Das aber nun ist genau die Domäne Farthmanns: Er fühlt sich jetzt in seinem Wirkungskreis eingegliedert und zieht sich resignierter mehr und mehr müßig zurück. Denn Matthies ist Raus Waffe gegen die Grünen und in der Lage sich - fast - alles erlauben zu dürfen. Schließlich kann es der Ministerpräsident nicht zulassen, nach Dieter Denke und Hans-Otto Bäumer einen dritten Landwirtschaftsminister zu verschleppen. Immerhin aber loben auch Kritiker den immensen Fleiß von Matthies, der im guten Glauben handelt, wenn er mehr Kompetenzen im Umweltschutz verlangt. So sollen die Landschaftspflege und das Veterinärwesen - bislang noch reichlich unmotiviert in der Abteilung für allgemeine Verwaltung angesiedelt - zur Abteilung Forst- und Holzwirtschaft kommen. So langsam klingt, so schneidet Matthies damit an der Kompetenz Farthmanns. Außerdem muß es den Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsminister einfach ärgern, wenn ihm ausgerechnet die publicityträchtigsten Themen abgenommen werden sollten. Da sinnt er schon über Rückzug, denkt an den Fraktionsvorsitz oder - wie 1980 schon einmal - gar an den wesentlich bequemerem Sessel eines Vorstandsmitglieds bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE). Das allerdings wäre ein Verlust für Johannes Rau, der den sensiblen Farthmann zwar immer schätzte, aber selten förderte.

Aussichten für Lehrer werden immer düsterer

Kultusminister Mayer-Vorfelder: Eine volle Katastrophe

XING-HU KUO, Stuttgart

Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) aus Baden-Württemberg sprach von „einer vollen Katastrophe“. Nicht einmal jeder zehnte Bewerber für ein Lehramt an Gymnasien wird in diesem Schuljahr in den Staatsdienst übernommen. In absoluten Zahlen: Nur 175 von 1760 Bewerbern. Eine Warteliste will das Stuttgarter Kultusministerium für Bewerber um das höhere Lehramt bei dem neuen Tiefstand nicht mehr einrichten. Der Minister sieht keine „reelle Chance“ für eine Einstellung in absehbarer Zeit. Lediglich Sonder-schulheftkräfte haben noch Grund zum Optimismus: Von ihnen nahm das Bundesland satte 65 Prozent Unbeschadet der Lage hält die Landesregierung weiter an ihrem Plan fest, bis 1990 insgesamt 10 000 Lehrstellen einzusparen.

Bei rund 100 000 Lehrern in diesem Bundesland gibt es derzeit 6100 unerwerbslose Kollegen. Nach Auffassung von Mayer-Vorfelder sei diese üble Lage jedoch keineswegs schicksalhaft und unvermeidlich. Er rügte „große Lehrerverbände“, die zwar viel von Solidarität redeten, jedoch die Angebote seines Hauses ignorieren. Der Minister erwähnte hier das sogenannte „Reduzierungsmodell“. Dieses biete von 1984/85 an den Lehrern auf freiwilliger Basis die Möglichkeit, eine oder zwei Stunden ihres Deputats zugunsten Arbeitsloser Kollegen zur Verfügung zu stellen. Das Kultusministerium werde auch künftig „aus Solidaritätsmotiven“ freigemachte Stellen „nicht für die Stellenstreichungen“ verwenden.

Völliges Unverständnis äußerte Mayer-Vorfelder über die Tatsache, daß trotz zahlreicher Warnungen die Zahl der Pädagogik-Studenten nicht ab-, sondern zunehme. Solche pauschalen Warnungen vor dem Lehrstudium lehnte Christoph Heise, Leiter des Sekretariats Arbeitslose Lehrer beim Hauptvorstand der GEW in Frankfurt, in einem WELT-Gespräch ab, denn auch in anderen Akademik-Berufen sei das Berufsrisiko

heutzutage groß. Die Lösung der Lehrerarbeitslosigkeit sieht die GEW in der politischen Strukturänderung: Umverteilung der Arbeitszeit durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die Bildung kleinerer Klassen, ein „Mischpaket“ von weniger Arbeit und besserer Pädagogik, so Heise.

Insgesamt bietet sich bundesweit ein düsteres Bild. Nach Angaben des Stuttgarter Kultusministeriums werden beispielsweise in Nordrhein-Westfalen nur 1500 Lehrer eingestellt, während etwa 7000 Bewerber negativ beschieden würden. Von rund 800 Bewerbern in Bayern sollen etwa zehn Prozent der Gymnasiallehrer übernommen werden, bei Volksschulen wird mit einem Drittel der Bewerber gerechnet, die in den Schulstellen kommen werden. Nach GEW-Erkenntnissen sollen in diesem Schuljahr in Hessen von 11 000 Bewerbern ganze 1000 oder nicht einmal 10 Prozent übernommen werden, in Niedersachsen von rund 8000 Bewerbern nur 500 das Berufsziel erreichen.

Eine WELT-Umfrage in einigen Bundesländern ergab eine äußerst zurückhaltende Reaktion der Kultusministerien. Heise teilte dazu mit, daß von den 600 000 Lehrern in der Bundesrepublik die Arbeitslosenquote sich immer mehr der 60 000-Marke näherte. Jeder zehnte Lehrer sei damit bundesweit erwerbslos (in Baden-Württemberg etwa jeder 16.). Im Herbst 1983 waren es „nur“ 43 000. Von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg werden allerdings immer niedrigere Zahlen genannt, weil naturgemäß nur die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Fälle in die Statistik kommen.

Allgemein wird eingeräumt, daß im Südwesten der Tat eine relativ gute Lehrerversorgung vorhanden sei. Sogar der baden-württembergische GEW-Sprecher Michael Rix, sonst heftiger Kritiker Mayer-Vorfelders, räumte in einem WELT-Gespräch ein, daß dies stimme. Dafür gebe es zwei Gründe: „Die wirtschaftliche Stärke des Landes und die erfolgreiche Tätigkeit der GEW.“

KPI bläst zum Sturm auf Sparprogramm

AFP, Rom

Die italienischen Kommunisten haben am Sonntag zum Sturm auf das Anti-Inflationsprogramm der Regierung geblasen, das vom Parlament in Rom am 12. Juni verabschiedet worden war. In der Parteizeitung „L'Unita“ rief die KPI zu Unterschriften für ein Referendum gegen die Sparpolitik auf. Das Programm, mit dem die Teuerung gedrosselt werden soll, sieht die Streichung der Gehaltsindexierung auf die Preise vor und schränkt die geltende Lohnskala ein.

Die Kommunistische Partei Italiens hatte unmittelbar nach Verabschiedung des Sparprogramms ihren Widerstand gegen dieses Paket angekündigt. Die Einschränkung der geltenden Lohnskala hatte Anfang des Jahres zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen Kommunisten und Sozialisten geführt. Nach Berichten italienischer Zeitungen sollen das Defizit in diesem Jahr auf 96 000 Milliarden Lire (rund 160 Milliarden Mark) und die Teuerungsrate auf 16,6 Prozent begrenzt werden.

Zur Festsetzung eines sogenannten Referendums „aufgrund einer Volksinitiative“ sind 500 000 Stimmen nötig, die bis 30. September vorliegen müssen. Bei ausreichender Unterschriftenzahl könnte die Volksbefragung dann im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden.

Ein Referendum dieser Art hatte in Italien erstmals 1974 stattgefunden. Damals wurde über das Scheitern des Wahlrechts entschieden. Die Christlichen Demokraten, die seinerzeit den Abstimmungsprozess in die Wege geleitet hatten, um das Gesetz zu Fall zu bringen, hatten bei diesem Referendum verloren.

Papst-Botschaft für Taiwan

KNA, Rom

Den Wunsch, daß sich die Einheit aller chinesischen Katholiken „auch in äußerer Form“ realisieren möge, hat der Papst in einer Grußbotschaft zum 125. Jubiläum der Evangelisierung Taiwans zum Ausdruck gebracht. Dieses vom Ostersonntag datierte Schreiben wurde jetzt im „China-Bulletin“ des chinesischen Studienzentrums der päpstlichen Urbaniana-Universität veröffentlicht. Der Papst versicherte den Gläubigen auf der Insel Taiwan darin, daß er sie nicht vernachlässige oder vergesse, wenn er seine Gedanken an die in der Volksrepublik China lebenden Katholiken richtete.

Gleichzeitig bezeichnete Johannes Paul II. seine große Sorge um die Millionen Katholiken, die „im anderen Teil der großen chinesischen Nation leben, die fast ein Viertel der Menschheitsfamilie umfaßt und die ich besonders liebe und schätze“, als „ganz natürlich unter den gegenwärtigen Umständen“.

Wie er bereits beim Heilig-Jahr-Besuch der sieben Bischöfe Taiwans im Februar dieses Jahres versichert habe, verfolgt der Papst, auch wenn er sich an die ganze chinesische Nation richtet, die Ereignisse auf Taiwan mit besonderer Aufmerksamkeit, heißt es in der Botschaft weiter. Durch Indiskretionen war im Februar in Rom bekanntgeworden, daß der Heilige Stuhl mit den Bischöfen Taiwans über die Möglichkeiten diskutiert habe, einen Dialog mit Peking aufzunehmen. Als Voraussetzung für einen solchen Schritt gilt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Taiwan und dem Heiligen Stuhl.

Vorstoß für neues EG-Wahlrecht

dpa, Brüssel

Die Chefs der Liberalen und der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens haben gemeinsam an die Abgeordneten des neu gewählten Europäischen Parlaments appelliert, die Bemühungen um ein einheitliches Wahlrecht in der Europäischen Gemeinschaft zu verstärken. David Steel und David Owen beklagten in einem in Brüssel veröffentlichten Brief an alle 434 Abgeordneten, das „unfaire“ Wahlrecht in ihrem Heimatland habe fast 2,6 Millionen Wähler ausgeschlossen.

Obwohl Liberale und Sozialdemokraten mit ihrer Allianz 19,5 Prozent der Stimmen erhalten hätten, sei kein Sitz in Straßburg dabei herausgekommen. Damit werde Großbritannien durch ein verzerrtes Wahlsystem nur von einer „unverhältnismäßig hohen“ Anzahl von 45 Konservativen und 32 Labour-Abgeordneten, sowie einer schottischen Nationalistin vertreten.

Das Europäische Parlament hatte gemäß seinem Auftrag aus den EG-Verträgen ein einheitliches Wahlrecht formuliert, das aber im Ministerrat in Brüssel an den Einsprüchen Großbritanniens und der Bundesrepublik scheiterte.

Hamburgs Justizsenatorin will „um Himmels willen keinen Schauprozeß“

Verfahren gegen ehemaligen „Stern“-Reporter Heidemann wirft seine Schatten voraus

UWE BAHNSEN, Hamburg

In vier Wochen ist es soweit: Am 21. August stehen der frühere Stern-Reporter Gerd Heidemann (52) und der Militärlieferant Konrad Kujau (46) vor der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts, angeklagt wegen Betruges - die strafrechtliche Aufarbeitung des Skandals um die gefälschten Hitler-Tagebücher beginnt. Was die Staatsanwaltschaft den beiden Angeklagten vorwirft, hat sie am 21. März dieses Jahres präzise mitgeteilt: „Dem Militärlieferant Konrad Kujau wird zur Last gelegt, in der Zeit von Januar 1981 bis April 1983 über den mitbestehenden Journalisten Gerd Heidemann dem Verlag 80 Tagebücher, die er selbst geschrieben haben soll, geliefert und dafür mindestens 1,577 Millionen Mark von Heidemann erhalten zu haben. Heidemann wird vorgeworfen, den Verlag zu Bargeldzahlungen von insgesamt 9,34 Millionen Mark veranlaßt und davon mindestens 1,725 Millionen Mark für sich behalten zu haben. Beide Beschuldigte befinden sich in Untersuchungshaft.“

Schon jetzt wirft dieser Prozeß, in dem nach Meinung der Aktenkennner brennende Tatbestände zutage treten werden, lange Schatten. Sie fallen auf den „Affärensen“ an der Außenstelle, wo drei Dutzend Manager und Journalisten des Hamburger Großverlages Gruner und Jahr sich inzwischen eifrig auf ihre Zeugenaussagen in diesem Verfahren vorbereiten. Inzwischen haben die Schatten freilich auch die Justizbehörde an der Drehbahn erreicht, wo man im Vorfeld dieses Prozesses merkwürdige Dinge hört. Natürlich haben die Rathaus-Regenten unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi längst begriffen, daß diese Strafsache auch ein Politikum ist - genauer gesagt, ein Medienpoli-

tikum. Denn mit dem Hause Gruner und Jahr hat die Landesregierung derzeit einiges zu besprechen, was für die Zukunft der Medienmetropole Hamburg von erheblichem Gewicht sein dürfte. Es ist sozusagen eine sensible, delikate Situation.

So verwundert es nicht, daß die Justizsenatorin Eva Leithäuser eine Parole ausgegeben hat, die diesem Sachverhalt vorzüglich Rechnung trägt: „Um Himmels willen keinen Schauprozeß!“ Damit meinte sie, man müsse einer ausufernden Öffentlichkeit dieses Prozesses vorbeugen - eine Überlegung, die in der Führungsetage des Hauses Gruner und Jahr auf wärmste Zustimmung stößt. So geht die Planung der hauseigenen Justiz derzeit dahin, das sensationelle Verfahren im großen Sitzungssaal 231 des Ziviljustizgebäudes am Sievekingplatz stattfinden zu lassen. Dort soll lediglich die Bestuhlung vergrößert werden, damit mehr Sitzplätze entstehen.

Die Prozeßbeteiligten und sonstige „Insider“ vertiefen sich unterdessen zur Vorbereitung auf das Verfahren in die zahlreichen grotesken bis absurden Sachverhalte, die dem „Stern“-internen Untersuchungsbericht über den Skandal zu entnehmen sind. Zu den besonders erhellenden bis entlarvenden Passagen dieses 153-Seiten-Papiers zählen Darstellungen, wie das Haus Gruner und Jahr und der „Stern“ lange vor dem Projekt „Hitler-Tagebücher“ ohne Scheu und ohne Distanz NS-Größen zu vermarkten trachteten - mochten sie das Jahr 1945 überlebt haben oder nicht. Zur letzteren Spezies gehört bekanntlich Martin Bormann, der nach einer Erklärung des hessischen Generalstaatsanwalts Dr. Horst Gaus vom 11. April 1973 „in der Nacht zum 2. Mai 1945 zwischen ein und drei Uhr auf der Eisenbahnbrücke der Invalidenstraße in Berlin wenige Stunden nach seinem Komplizen Hitler gestorben“ ist. Es war der „Stern“-Reporter Jochen von Lang, der durch seine zähen Recherchen diesen Abschluß der Ermittlungsakte Bormann mit dem Aktenzeichen OJs1/81 ermöglichte.

Vor dem Hintergrund dieser Tatbestände war es gleichwohl möglich, daß „Stern“-Reporter Gerd Heidemann am 3. März 1982 in seiner Wohnung den Ressortleiter Zeitgeschichte im „Stern“, Thomas Walde, und den stellvertretenden Verlagsleiter, Wilfried Sorge, mit dem Militärlieferant und Waffenhändler Klapper aus Karlsruhe zusammenbrachte. Dieser erbot sich, er könne einen Kontakt mit Bormann vermitteln und auf diese Weise Zugang zu einem Geheimdepot mit NS-Dokumenten in Madrid schaffen, das von einem Anwalt verwaltet werde. Um dem „Stern“ Einblick in diese Dokumente zu verschaffen, unterschrieb Sorge einen Revers, der „Stern“ werde sich bei einer möglichen Veröffentlichung an die historische Wahrheit halten. Schon im Oktober 1976 hatte Heidemann überdies mit dem Verlag einen Buchvertrag geschlossen - Arbeitstitel: „Bordgespräche“. Auf der von ihm erworbenen ehemaligen Göring-Jacht Carin II wollte Reporter Heidemann „Persönlichkeiten der Geschichte“ interviewen. Überwiegend waren das frühere NS-Größen und zum Teil Leute, denen Kriegsverbrechen angelastet wurden. Gruner und Jahr ließ sich die einstige Göring-Jacht bis zum Ende des Jahres 1977 für dieses Projekt zur Verfügung stellen, wohingegen Heidemann sich verpflichtete, für den repräsentativen Zustand des Dampfers zu sorgen. Dem Verlag war das schon damals 60 000 Mark „Vorschuß“ wert.

Dem Seminar ging ein feierlicher Gedenkakt im Innenhof des „Haus Schlesien“ voraus. Generalleutnant Hans Kubis aus dem Verteidigungsministerium gedachte des „anderen Schlesien“ und hob anhand eines Zitates des Feldmarschalls von Moltke hervor, auch für die Soldaten der Bundeswehr gelte, der Mann stehe über dem Gehorsamsprinzip. Weiter sprachen der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer, der Vorsitzende der Schlesischen Jugend Hartmut Koschky und der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka. Ihm war es ein wichtiges Anliegen, das immer noch dem Verfall preisgegebenen Gut Kreisau in Schlesien, Tagungsort der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis, zu einer Gedenkstätte des „anderen Deutschland“ im heutigen polnischen Machtbereich auszubauen und so dem von der Nazis schwer getroffenen Nachbarn Deutschlands einen anschaulichen Begriff des Widerstands gegen die Tyrannei zu vermitteln.

Das „andere Schlesien“ kam zu Wort

Ein Jugendseminar der Landsmannschaft würdigte den Widerstand gegen Hitler

T. W. KRAUEL, Bonn

„Ich glaube an die Steckerbübe, allgemeine Ernährung des deutschen Volkes, und an die Marmelade, ihre stammesverwandte Genossin, geboren durch die Verfügung des Nazibüben-Ernährungsamtes, durch die meine sämtlichen Hoffnungen auf Butter gestorben und begraben wurden.“

Der Verfasser dieses „Nazi-Glaubensbekenntnisses“ war einer von sechs Zeitzeugen auf einem historischen Seminar der Schlesischen Jugend zum Thema „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Schlesien“ am vergangenen Wochenende in Bonn. Er habe vor der Niederschrift seines Textes beobachtet, wie am Morgen nach der Reichskristallnacht SA-Leute mit ihren Ehrendolchen die Scheufen der jüdischen Geschäfte zertrümmerten und Federbetten auf offener Straße aufschützten - ungeachtet der zahlreichen Paragrafen auf allgemeiner Sparsamkeit. „Das machte damals auf uns Jugendliche einen tiefen Eindruck.“ Der junge Schriftsetzer wurde beim Verteilen seiner Flugblätter denunziert und von einer Gruppe Hitzlerjugen auf offener Straße festgenommen. Ein

Breslauer Sondergericht verurteilte ihn zu vier Jahren Haft.

Es war das Ziel dieses auch von vielen jugendlichen Spätaussiedlern besuchten Seminars - der einzigen Veranstaltung zum Thema Widerstand innerhalb der schlesischen Verbände - durch Vorträge und Augenzeugen den wesentlichen Anteil Schlesiens am deutschen Widerstand in Erinnerung zu rufen. Dabei standen weniger die großen Namen wie Graf Yorck von Wartenburg, Graf Moltke, Marschall von Wittleben, Dietrich Bonhoeffer, Freiherr von Gersdorff oder Paul Löbe im Vordergrund des Interesses als vielmehr der unbekannte, alltägliche schlesische Widerstand.

Die Zeitzeugen, unter ihnen Maschinenbauer, katholische Priester und der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja, schilderten die ganze Bandbreite der Erfahrungen: illegale Flugblätterherstellung, Straßenvorfälle durch SA-Kommandos, Verhaftungen, Schläge mit dem Ochsenzeiger, aber auch SA-Männer, die von den „Bonzen“ enttäuscht sich dem Widerstand zuwandten, oder das mutige Eintreten beispielsweise des Feldmarschalls

DIE WELT (US\$ 4,95) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 95,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Montag, 23. Juli 1984 - Nr. 170 - DIE WELT

Paris verharret sicherheitspolitisch in „komfortabler Zweideutigkeit“

Schmidts Vorschläge verworfen / Kein Atomschutz Frankreichs für die Deutschen

A. GRAF KAGENECK, Paris
Kontinuität ist eines der hervorstechendsten Merkmale der französischen Diplomatie. Kontinuität ist in der Wahl ihres Verwalters, Claude Cheysson, blieb Außenminister, entgegen allen Spekulationen über eine Abberufung wegen seiner zweiten und diplomatisch direkten Sprache. Kontinuität ist in den großen oft seit Jahrhunderten festgelegten Linien – der arabischen Welt in Nahost und Nordafrika etwa gegenüber, in Europa, in bezug auf Rußland und Ostasien. Kontinuität auch gegenüber Deutschland?

Paris hat eher kühl auf den jüngsten deutschen Vorstoß reagiert, endlich einen Anfang mit der engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit auf verteidigungspolitischem Gebiet zu machen. Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte am 28. Juni im Bundestag, eingepackt in eine globale Stellungnahme, zu einer sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme Kohls die Aufstellung von 30 französischen und deutschen Divisionen schon in Friedenszeiten als Kern einer europäischen Abschreckung vorgeschlagen, die es ermöglichen würde, die amerikanischen Truppen in Europa erheblich zu verdrängen. Bonn wende, so Schmidt, den größten Teil der Kosten für dieses stehende Feldheer und dessen Ausrüstung mit modernsten Waffen übernehmen, wenn Frankreich, dem die Priorität überlassen werden sollte, sich bereit erkläre, seine nationale Atomgarantie auf den Schutz der Bundesrepublik auszuweiten.

Europas Verteidigung

Was damals noch nicht bekannt war, ist, daß Schmidt seinen Vorstoß nicht in die Luft hinein machte. Er hatte ihn offenbar bei einem diskreten Besuch, den er wenige Tage vorher in Paris gemacht hatte, eine Stunde lang im Elysee-Palais mit Staatspräsident Mitterrand abgesprochen. Mitterrand selbst hatte bei seiner bedeutenden Rede vor dem Straßburger Parlament am 24. Mai zur europäischen Verteidigungspolitik gesagt, daß zur europäischen Unabhängigkeit auch die gemeinsame Sicherheit gehöre, mit der man „sich jetzt befassen werde“.

Der Vorstoß Schmidts war in poli-

tischen und militärischen Pariser Kreisen mit höfflicher Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Er sei einer von vielen interessanten Vorschlägen, hieß es und näherte sich dem an, was eine deutsch-französische Kommission in ihren regelmäßigen Zusammenkünften zur Erörterung strategischer und taktischer Richtlinien für eine militärische Zusammenarbeit skizziert habe. Eine starke Abneigung war indes gegen jedwede Art von Integration (Deutschland ist in der NATO integriert, wir nicht) und vor allem gegen jede Ausweitung einer französischen Atomgarantie auf die Bundesrepublik zu spüren.

Französische Andeutungen über eine „Ausweitung des nuklearen Sanktuariums“ (gemeint ist das Territorium Frankreich) gibt es, seit Giscard d'Estaing Premierminister Barre diese Floskel 1977 gegenüber französischen Offizieren auf einem ostfranzösischen Übungsplatz zum ersten Mal im Mund führte. Aber sie sind nie präzisiert oder gar verbindlich festgeschrieben worden.

Um jeder möglichen Ambivalenz in dieser heiklen Frage den Boden zu entziehen, hat Außenminister Cheysson den Schmidt-Vorschlag denn auch in einem Interview mit der Zeitung „Le Croix“ klar zurückgewiesen. Es wäre interessanter gewesen, wenn Schmidt seine Äußerung noch zur Zeit seiner Kanzlerschaft gemacht hätte, meinte er mit der ihm eigenen Unbekümmertheit. Jedenfalls sei ein gemeinsamer integrierter Verteidigungsapparat ausschließlich unter Europäern keine Realität.

Europas Verteidigung mit Zusammenlegung der Verteidigungsmittel der Europäer zu verwechseln, sei ein Irrtum. Noch auf lange Zeit könne man nicht auf den atomaren wie konventionellen Schutz der Amerikaner verzichten. Frankreich sei in keiner Weise geneigt, einen Nuklearschutz auf die Bundesrepublik auszuweiten. Dies geschähe könnten angesichts des konventionellen Ungleichgewichts in Europa nur die Amerikaner besorgen. Diese Ansicht findet man beim französischen Außenminister seit langem als Konstante seines strategischen Denkens vertreten.

Warum aber hat Schmidt dann seinen Vorschlag einer Ausweitung des französischen Atomschutzes ge-

macht? Würde er im Elysee dazu angeregt? Präsident Mitterrand war bisher in seinen öffentlichen Äußerungen zu dieser Frage absolut ebenso entschieden wie sein Außenminister gegen jeden französischen Atomschutz außerhalb der Grenzen Frankreichs. Änderte er seinen Sinn? Spekulationen darüber, ob es zwischen Elysee und Quai d'Orsay eine Rollenverteilung in gewissen diplomatischen Winkelzügen gibt, sind so alt wie die Fünfte Republik. Wahrscheinlich ist, daß man Schmidt nur zu einem Vorstoß veranlassen wollte, um ihn dann um so deutlicher zurückzuweisen. Man darf nicht vergessen, daß Mitterrand auch sowjetischen Befürwortungen wegen eines deutschen Fingers am französischen Atomabzug entgegengetreten ist.

Frage der Kontinuität

Hinter der französischen Vorsicht mögen indes auch andere als die aktuelle Lage bezogene Überlegungen stehen. Daß sich in ihr auch alte sozusagen existenzielle zur „Kontinuität“ gehörende Konstanten verbergen, ließ dieser Tage Dominique Moisi, der stellvertretende Direktor des von Quai d'Orsay gesponsorten „Französischen Instituts für internationale Beziehungen“, erkennen.

Moisi sah im französischen Beharren auf eine unabhängige nationale Atomstrategie den Wunsch, einen „strukturellen Unterschied zwischen einem atomaren Frankreich und einer nichtatomaren Bundesrepublik Deutschland“ aufrechtzuerhalten. Es sei daran zu erinnern, daß die Force de Frappe ursprünglich zu diesem Zweck geschaffen worden sei. Schmidts Vorschlag werde daher in Paris als ein Versuch gewertet, diesen Unterschied aufzuheben oder zu verringern. Frankreich werde außerdem durch den Schmidtschen Integrationsvorschlag genötigt, seine Position einer „komfortablen Zweideutigkeit“ zugunsten einer klaren Entscheidung aufzugeben.

Die „komfortable Zweideutigkeit“ in Frankreichs sicherheitspolitischer Haltung in Europa ist eines der letzten Ärgernisse zwischen Paris und Bonn wie zwischen Paris und Washington. Moisi nennt den Vorschlag daher einen auf nützliche Weise geplatzten Versuchsballon.

Kongreßhalle erhält Haus der Weltkultur

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die deutsche Metropole soll ein „Haus der Weltkulturen“ in der jetzt für rund 45 Millionen Mark im Wiederaufbau befindlichen Kongreßhalle einrichten und damit auch im kulturellen Weltmaßstab an die Spitze gelangen. Berlins wichtigster Finanzverbündeter auf Bundesebene, FDP-Fraktionsvizechef Hans-Günter Hoppe aus Berlin, schlägt jetzt eine derartige Einrichtung vor. Berlin könnte mit dieser Institution sogar Paris mit seinem „Maison des Cultures du Monde“ oder Londons „Commonwealth Institute“ übertreffen. „Die Stadt könnte auf diese Weise ihren Ruf festigen, liberal und weltoffen zu sein“, sagte Hoppe zur WELT.

Auch im Namen der Berliner Freien Demokraten schlug der führende FDP-Politiker deshalb vor, die deutsch-amerikanischen Kongreßhalle – vom Senat nach wie vor ohne überzeugende Zweckbestimmung gelassen – ein „Herz und eine Seele“ zu geben. „Berlin wird so seinen Ruf als Ort der Begegnung für die Weltkulturen aufpolieren“, hofft Hoppe.

Zugleich erinnert der Politiker an die weitverbreiteten Festivals unter dem Stichwort „Horizonte“, die Berlins Festspiel-GmbH schon mit den Themen „Afrika“ (1979), „Lateinamerika“ (1982) und „Ostasien“ im kommenden Jahr veranstaltet habe und plane. „Berlin wird schon jetzt international als Ort eines künstlerischen Nord-Süd-Dialogs akzeptiert und weltweit anerkannt.“

Wörtlich heißt es in einem von Hoppe verfaßten Papier: „Berlin muß, um seinen vordersten Rang zu behaupten, sich an Aktivitäten anschließen, die in Paris und London bereits etabliert, in anderen europäischen Städten wie Zürich und Venedig geplant sind. Der Standortnachteil Berlins könnte durch ein Haus der Weltkulturen nicht nur ausgeglichen werden: Berlin könnte sich vielmehr an die Spitze der derzeit erkennbaren europäischen Initiativen setzen.“

Als wichtigste Aufgabe des „Hauses“ im Gebäude der Kongreßhalle nahe dem Reichstag mitten im Tiergarten bezeichnet Hoppe die Präsentation außereuropäischer Kulturen. „In den Programmen müssen alle Kunstsparten ihren Platz finden, die politischen und wissenschaftlichen Aspekte treten dann hinzu.“

Athen hat in zehn Jahren die Demokratie gefestigt

Von E. ANTONAROS

Die Griechen tun sich schwer mit ihrer Vergangenheitsbewältigung. Ihnen als Volk fehlt in der Regel die Fähigkeit, eine kühle Distanz zu Ereignissen und Personen zu gewinnen, emotionale Elemente gewissenhaft auszuklamern, die Dinge aus der historischen Perspektive ohne Pathos und Voreingenommenheit zu betrachten. Dies ist oft der Fall, wenn sie sich mit dem Bürgerkrieg in den vierzig Jahren auseinanderzusetzen. Ähnlich gehen sie jedoch auch mit den Umständen um, die in der Nacht zum 24. Juli 1974 zur Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland führten.

Seither haben die neun Millionen Hellenen diese „Sturmstunde der Demokratie“ – so Regierungschef Andreas Papandreu – mit Dokumentarfilmen, Gedenkmessen und historischen Rückblicken Jahr für Jahr begangen. Dabei scheinen sie jedoch immer wieder die ganz bestimmte unangenehme Tatsache verdrängen zu wollen, daß die Beendigung des siebenjährigen Obristenregimes kein „Sieg des Volkes“ – wie Politiker zu sagen pflegen –, sondern das Ergebnis einer nationalen Katastrophe gewesen ist. Das Militär hatte einen Putsch gegen Zyprians Staatschef, Erzbischof Makarios, inszeniert und dadurch die türkische Invasion auf die Insel regelrecht provoziert. Daraufhin ließen die Offiziere über Nacht die Macht in die Hände der Politiker übergehen.

Es war kurz nach zwei Uhr in der Nacht des 24. Juli, als Konstantin Karamanlis, Griechenlands im Pariser Exil lebender Spitzenpolitiker, mit einem von damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing geliehenen Flugzeug auf dem Athener Flughafen landete. Hunderttausende von Menschen warteten auf den Strahlen auf ihn. Sie feierten den Abgang der Militärs und schienen den drohenden Krieg mit der Türkei vergessen zu haben.

Karamanlis übernahm einen Scherbenhaufen und vollbrachte kein kleines, sondern ein großes Wunder. In erster Linie ist es das Verdienst dieses Mannes, der Griechenland bereits in den Jahren 1955 bis 1963 regiert hatte, daß das Land ohne Turbulenzen die Strapazen des Zyprien-Krieges überstand. Ihm ist die Festigung der Demokratie

zu verdanken. Er rechnete mit dem Obristenregime und seinen Exponenten zwar ab – die Diktatoren Papadopoulos und Ioannides verübten zur Zeit eine lebenslängliche Gefängnisstrafe –, verhinderte aber eine systematische Hexenjagd, wie radikale Kräfte sie befürwortet hatten. Er machte Griechenland zum zehnten Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft und verhalf den Griechen zu bescheidenem Wohlstand.

Die Griechen können auf ihre zweifellos stabile Demokratie stolz sein. Zwei Putschversuche in den Jahren 1975 und 1977 wurden im Ansatz zerschlagen. Der Parlamentarismus wurde unter Karamanlis gefestigt, der von 1974 bis 1980 als Regierungschef und seitdem als Staatspräsident im Amt ist. Seine Feuerprobe hatte er am 18. Oktober 1981 zu bestehen: An diesem Tag gewannen die Sozialisten unter Andreas Papandreu die Wahlen und entthronten die liberalkonservative, von Karamanlis gegründete „Neue Demokratie“. Dieser völlig reibungslose Machtwechsel zeigte überzeugend, daß die Demokratie tiefe und widerstandsfähige Wurzeln geschlagen hat. Denn in der Vergangenheit war es eher die Ausnahme, daß eine Partei die andere ohne Nachwehen ablösen konnte. Hinzu kommt, daß zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands die Sozialisten an die Macht kamen.

Papandreus Zwischenbilanz mag viele Griechen, auch zahlreiche Freunde Griechenlands im westlichen Ausland, mehr oder weniger enttäuscht haben. Er scheint sich nämlich in der Rolle des Enfant terrible der westlichen Staatengemeinschaft zu gefallen. Die Unerfahrenheit seiner Mannschaft ist nicht zu kaschieren, ein klar erkennbarer Kurs ist in den meisten Sachgebieten offenbar nicht vorhanden.

Dennoch haben die Sozialisten einen frischen Wind in die ziemlich verkrustete politische Welt Griechenlands gebracht. Neben einigen Änderungen in der Gesellschaftsstruktur – dazu zählen die Ehe- und Scheidungsrechtsreform – haben sie durch ihren Wahlseig eine Reihe von alternativen und daher inzwischen ideenlos gewordenen Politikern in die Opposition gebracht. Der sozialistische Wahlseig zwingt das bürgerliche Lager zur Erneuerung. (SAD)

Kreml: KPF verließ das sinkende Schiff

F. H. NEUMANN, Moskau

Die französischen Kommunisten konnten sich nicht länger an einer „Regierung der linken Kräfte“ beteiligen, deren Politik die Hoffnungen und Erwartungen von Millionen Franzosen enttäuscht. Innerhalb der linken Mehrheit des Parlaments würden sie den Kampf um eine neue Wirtschaftspolitik fortsetzen, die ihnen der sozialistische Regierungschef nicht garantieren konnte. Das ist der Tenor der spärlichen Berichte, mit denen die sowjetische Presse bisher auf die Veränderungen in Paris reagiert hat.

Den Lesern wird klargemacht, daß die französischen Kommunisten von einem sinkenden Schiff in die Boote gegangen sind. Ungewöhnlich sind die Hinweise auf die Abkehr der Wähler. „Die Kommunal- und Europawahl, aber auch Meinungsumfragen haben gezeigt, daß die Regierung nicht mehr von der Mehrheit der Bevölkerung gestützt wird“, schrieb die Regierungszeitung „Iswestija“. Das Partei-Organ „Prawda“ erwähnte sogar die rund „30 Prozent“, auf die das Linksbündnis bei den Europawahlen abgesunken sei – ohne das besonders schwache Abschneiden der Kommunisten zu nennen.

Die Schuld wird der harten Sparpolitik der Sozialisten zugeschrieben. Gegen das Regierungsprogramm einer industriellen Umgestaltung mit seinen negativen Auswirkungen auf Schlüsselbereiche der Wirtschaft und die Arbeitsplätze seien die Kommunisten schon bald kritisch aufgetreten.

Entscheiden hätten sie statt dessen eine wirtschaftliche Belebung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert. Die „Iswestija“ verwies auch auf außenpolitische Differenzen im Linksbündnis, so auf die Unterstützung der NATO-Nachrüstung durch Paris.

Das Blatt meint, der Auszug der Kommunisten habe die Position der regierenden Sozialisten geschwächt. Ohne Unterstützung durch die KPF seien sie nicht in der Lage, eine „ordentliche linke Politik“ zu betreiben. Während die Reaktion die gegenwärtige Krise in Frankreich für sich auszunutzen, riefen die linken Kräfte des Landes zu gemeinsamen Aktionen „gegen die Willkür des Kapitals“ auf, konstatierte die „Prawda“. Damit sind die Fronten wieder klar.

Fünf Parteien werben um Israels Araber

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Eine frische rote Rose und ein Wahlplakat mit seinem Bild läßt Ezer Weizmann vor Haustüren in arabischen Dörfern und in Nazareth verteilen, der größten arabisch-christlichen Stadt in Israel. Das ist der letzte Wahlgang des früheren Luftwaffenchefs, der mit seiner neuen Yahad-Partei (Erweckung) für die israelisch-arabische Verständigung eintritt.

Es gilt, die rund 250 000 Wähler der knapp 700 000 Araber und Drusen in Israel zu mobilisieren. Denn bei einem knappen Ergebnis können diese Palästinenser den Ausschlag für die Regierungsbildung in Jerusalem geben.

Um die Araber und Drusen werben neben Weizmann vor allem vier Parteien. Der regierende Likud-Block konzentriert sich auf die etwa 50 000 Drusen und hat jetzt schon einen drusischen Abgeordneten in der Knesset. Likud stellt besonders die guten Beziehungen der Armee zu den Drusen in Libanon heraus, mit denen geheime Abmachungen gegen die PLO bestehen. Auch auf den israelischen Golan-Höhen gibt es vier Drusen-Dörfer.

Die oppositionelle Arbeiter-Partei und die kommunistische Rakah versuchen ihren schärfsten Konkurrenten, Ezer Weizmann, zu stoppen, der bei Versammlungen bis zu 10 000 Araber auf die Beine bringt. Die Arbeiterpartei und die kommunistische Rakah haben je zwei arabische Abgeordnete im Parlament, wenn die Masse der arabischen Wähler ihren bisherigen Wahl-Boykott aufgibt, wofür in diesem Jahr viel spricht, können sie bis zu zwölf Abgeordnete entsenden, das ist ein Zehntel aller Mandate.

Eine unbekannte Größe im Kampf um die arabischen Stimmen ist die „progressive Liste für Frieden“, die die Unterstützung der deutschen Grünen hat. An der Spitze der Wahlziele mit je 60 Arabern und Israelis steht Mohammed Myari. Bekannter aber sind Uri Avneri und Peled, die schon öfter mit PLO-Chef Arafat zusammengetroffen sind. Praktisch fordern sie einen gemeinsamen arabisch-jüdischen Staat mit Anerkennung der PLO.

Einen Tag vor der Wahl am Montag liegt Weizmann mit der Yahad bei den Arabern in Führung. Er und sein Stellvertreter, General Benjamin Ben Eliezer, der Gouverneur der besetzten Gebiete war, werben nicht mit Versprechungen für einen PLO-Staat, sondern mit Gleichberechtigung und Zusammenarbeit innerhalb Israels. Weizmann erklärt, neue Siedlungen seien jetzt unwichtig, aber grundsätzlich müsse jeder Jude das Recht zum Siedeln in Judäa und Samaria haben. (SAD)

Peking stört Moskaus Indochina-Pläne

Verärgerung auch über Standhaftigkeit der Asean

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Für Moskau gingen in Südostasien alles seinen gegenteiligen Gang, gäbe es nicht den Störfaktor Peking. Die sowjetische Politik hat den chinesischen Widerstand provoziert, indem sie kompromißlos den indochinesischen Satellitenkomplex aufbaute. Kernstück ist Vietnam, das sich wiederum Laos und Kambodscha unterordnete.

Die vietnamesische Besetzung des Landes soll erst preisgegeben werden, wenn das moskau-treue Regime von „Kamputschea“ international voll anerkannt ist. Die Sowjetunion mag damit rechnen, andere Hindernisse auf dem Wege dazu ausschalten zu können. Auf das Einlenken Chinas zu hoffen, so muß sie allmählich einsehen, ist aussichtslos.

Kambodschas Regierungschef Techan Si hielt sich als dritter indochinesischer Sommergast noch in Moskau auf, als die Parteizeitung „Prawda“ gleich zweimal hintereinander ihrer Abscheu gegen eine Reihe sowjetfeindlicher und unsozialistischer chinesischer Aktivitäten freien Lauf ließ. Moskau, das schon ständig wegen einer angeblich bedrohlichen „strategischen Achse“ USA-Japan-Südkorea Alarm schlägt, registrierte grimmig die zahlreichen chinesisch-amerikanischen Kontakte mit dem Höhepunkt des Präsidentenbesuches in Peking. Auch die Standhaftigkeit der Asean-Staaten in der Kambodscha-Frage ist nach sowjetischer Einschätzung „unvernünftig“.

Einen Erfolg auf dem asiatischen Schachbrett verbuchte der Kreml lediglich mit Nordkorea, indem er es durch wirtschaftliche Zusicherungen aus seiner „neutralen Ecke“ auf seine Seite brachte. Der geglättete Schachzug wurde durch den demonstrativen Besuch Kim Il Sungs in Moskau und Osteuropa herausgestellt und als „engere Zusammenarbeit“ gefeiert. Mit einem „Monat der Solidarität“ engagierte sich die Sowjetunion so gleich für die kommunistische Wiedervereinigung Koreas.

Scharfe Polemik

Für die „weitere Stabilisierung“ Indochinas im Sinne Moskaus dürfte das Zusammenspiel mit Nordkorea wegen seiner Auswirkungen auf die chinesische Haltung keinen großen Nutzen bringen. Die „Prawda“ sah schon jetzt veranlaßt, die chinesische Kritik an der sowjetischen Unterstützung Indochinas zu beklagen. In grober Form werde sie von Peking als antichinesische Aktion entstellt. Tatsächlich leistet Moskau jedoch dem Zusammenschluß der drei Län-

der unter vietnamesischer Führung volle Schützenhilfe.

Es sichert auch, wie der Besuch des vietnamesischen Verteidigungsministers bei seinem sowjetischen Kollegen Ustinow Mitte Mai unterstrich, die militärische Vorherrschaft Hanois. Neben wirtschaftlichen Fragen war die Militärhilfe bei den Gesprächen ein wesentliches Thema, die der Kreml anlässlich des RGW-Gipfeltreffens mit der vietnamesischen Spitzendelegation führte. Danach, Ende Juni, kam der laotische Partei- und Regierungschef Kaysone Phomvihane nach Moskau.

Störfeuer gegen Thais

Politisch versucht der Kreml vor allem eine Bresche in die Ablehnungsfrent der Asean-Staaten (Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Brunei) zu schlagen, die er teils umwirbt, wie zuletzt Indonesien, teils zu isolieren versucht. Thailand steht dabei an erster Stelle, weil „bestimmte Kreise“ dieses Land den kambodschanischen Widerstand unterstützen, indem sie „den Banden Pol Pots jede Hilfe“ gewähren. Die sowjetische außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit“ wartete bereits mit einem konkreten Programm auf: Um die gefährliche Lage zu überwinden, bei der thailändischer Boden gegen die drei indochinesischen Länder benutzt werde, seien „Pol Pot und seine Handlanger als politische und militärische Kraft zu beseitigen, Sicherheitszonen beiderseits der Grenzen anzulegen und die Grenzen selbst zu garantieren“. Erst dann werde ein politischer Dialog möglich sein.

Im vietnamesisch besetzten Kambodscha sollen inzwischen dauerhafte kommunistische Strukturen geschaffen werden, wie die Moskauer Verlautbarungen beim Besuch des Regierungschefs Techan Si unterstrichen. Der Gast wies jeden Gedanken an einen Kompromiß mit der Koalition des kambodschanischen Widerstandes von sich; es könne nicht zugelassen werden, „daß unseren Feinden Handlungsfreiheit eingeräumt wird, um gegen uns aufzutreten“. Und der sowjetische Ministerpräsident Tichonow bekräftigte: „Uneingeschränkt unterstützen wir die konstruktiven und friedliebenden Initiativen der Länder Indochinas, die den Anschlägen des Imperialismus und Hegemonismus müßig widerstehen.“ Das erste Wort zielt auf den Westen, das zweite auf Peking.

Ihre Solidarität mit Kambodscha werde die Sowjetunion auch künftig festigen: durch jedwede Hilfe beim Aufbau der neuen Gesellschaft.

Den Tag fröhlich beginnen...

ULLSTEIN – Musik hat die richtige Medizin:



Eine tolle Idee!

Fröhliche Barock – Musik von Bach, Vivaldi und Händel auf einer neuen ULLSTEIN – Schallplatte vereint.

JETZT IM SCHAFFPLATTEN-FACHHANDEL!

... einem Hofe, so wie
... zu seiner Ver
... Reich, nie St...

Montag, 23. Juli 1984 - Nr. 170 - DIE WELT

Britische Hafenarbeiter für Kompromiß

dpa, London

Bei Massenversammlungen in mehreren britischen Häfen haben die Hafenarbeiter gestern den Kompromiß gebilligt, der offiziell zum Ende des elf Tage dauernden Streiks führt. Mit ihrem Streik hatten die „Docker“ alle Häfen des Landes lahmgelegt und vorübergehend auch den Fernverkehr über den Ärmelkanal schwer behindert.

Die Delegiertenkonferenz der Transportarbeitergewerkschaft TGWU hatte nach einstündiger Sitzung beschlossen, den am Freitag vereinbarten Kompromiß mit den Arbeitgebern anzunehmen. Er enthält eine Formel, die verhindern soll, daß andere als die gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter deren Aufgabe übernehmen, wenn sie streiken.

Der Gewerkschaftsführer John Connolly sagte nach der Entscheidung der Delegierten: „Der Streik war notwendig, weil er uns jetzt die Zusage für die weiteren Regelungen der Arbeit in den Häfen gibt.“ Jeder Einsatz von Streikbrechern in den Häfen wird nach seinen Angaben dieselben Folgen haben wie jetzt.

Im größten englischen Fährhafen Dover hatten schon am Donnerstag Hunderte von Lastwagenfahrern unter Drohungen: „Wir brennen den Laden hier bis auf die Grundmauern nieder“, erzwungen, daß sie wieder übergesetzt wurden. Die Hafenarbeiter in Dover waren daraufhin aus der Streikfront ausgeschert und hatten so das Signal für ein Ende des Arbeitskampfes gegeben.

„DDR“ attackiert Deutschlandfunk

AFP, Berlin

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) hat in der neuesten Ausgabe seiner Hauszeitschrift dem Deutschlandfunk „Subversion gegen die DDR“ vorgeworfen.

Das deutschsprachige Programm, so die Hauszeitschrift des „DDR“-Instituts, sei „auf die fortgesetzte Einschüchterung in die inneren Angelegenheiten der DDR und eine imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands“ ausgerichtet. Das Ostberliner Institut warf dem Sender vor, sein Programm zielt „noch stärker als früher auf Zielgruppen“ auszurichten, „die er mit antisozialistischen Argumentationsmustern auszurichten“ gedenke. Der Deutschlandfunk versuche, „in einzelne Schichten der DDR-Bevölkerung Mißtrauen gegen die Politik der SED zu säen und zu staatsfeindlichen Aktivitäten zu ermuntern“, heißt es in der Hauszeitschrift weiter.

Moskau wirft Wörner Erfindungen vor

dpa, Moskau

Die sowjetische Armeezzeitung „Krasnaja Swesda“ hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern beschuldigt, im Zusammenhang mit der kürzlich in der „DDR“, der CSSR, Polen und im südlichen Bereich der Ostsee abgetesteten U-SSR-Stabmanövern Erfindungen zu verbreiten. Der Minister behauptete, daß die sowjetischen Streitkräfte einen überraschenden Überfall auf die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel gelbt hätten, irgendeine westdeutsche Stadt einzunehmen, um den politischen Willen der Bevölkerung des Landes und danach in anderen NATO-Ländern zu brechen.

Das Ziel derartiger Erklärungen sei völlig klar: Damit solle die Verwendung des Territoriums der Bundesrepublik zum Ausgangspunkt eines Erstschlages gegen die UdSSR und ihre Verbündeten kaschiert werden. Außerdem werde damit, das Streben der offiziellen Bonn-Maschine, eigene Offensivwaffen anzuschaffen.

Wiesenthal: Höfer soll sich erklären

SAD, Zürich

Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, hat den Moderator des ARD-Frühstücks, Werner Höfer, aufgefordert, über seine publizistische Tätigkeit im Dritten Reich zu sprechen. Wie Wiesenthal in einem Gespräch mit dem Springer-Auslandsdienst sagte, müsse „Höfer endlich erklären, warum er im Dritten Reich für Goebbels Propaganda machte“. Solche Taten seien „moralisch nie verjährt. Höfer ist eine Erklärung eines Millionenpublikums schuldig.“

Nach Informationen des Jüdischen Dokumentationszentrums hatte Höfer für mehrere NS-Blätter gearbeitet. Besonders abfällig habe er sich 1943 über den zum Tode verurteilten 27-jährigen Pianisten Karl Robert Kreiten, der wegen kritischer Worte gegen das Dritte Reich gehängt wurde, in einem Artikel geäußert. Höfer schrieb nach der Hinrichtung Kreitens von einem „ehrwürdigen Künstler“. Höfer, so Wiesenthal, habe bis heute zu seiner Vergangenheit im Dritten Reich nie Stellung bezogen.

Erwidert Kohl schon nächstes Jahr den Besuch Honeckers?

Ost-Berlin und Bonn sollen gemieden werden / Protokollparallelen zur Reise Schmidts

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Behutsamkeit der Bundesregierung bei der Verabredung aller Details des Besuchs von Erich Honecker steht auch mit der Absicht Ost-Berlins in Zusammenhang. Bundeskanzler Helmut Kohl so bald wie möglich zu einem Gegenbesuch begrüßen zu können. Dieser soll möglichst schon 1985 stattfinden.

Jede jetzt an den Tag gelegte Bereitschaft Bonns, Honecker in der Bundeshauptstadt zu empfangen oder im Staatsgast-Domizil Schloß Gymnich einzugastieren, hätte die protokollarisch-politischen Hürden für den Gegenbesuch erhöht. Bonn will bei einer Kohl-Visite vermeiden, daß Ost-Berlin zum Schauplatz der Begegnung aussehend wird. Der nunmehr verbreitete „Arbeitsbesuch“ des Staatsratsvorsitzenden soll möglichst nach demselben Schema wie die Reise von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der Schorfheide und nach Güstrow ablaufen.

Dennoch ergeben sich im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch eine Reihe von Fragen. So scheint Honecker wenig Neigung zu verspüren, Journalisten aus der Bundesrepublik in sein Arbeitszimmer am Ostberliner „Lustgarten“ einzulassen. Derartige publizistische Auswertbare Anzeigen gab Honecker jedoch sowohl vor jeder seiner Reisen ins westliche Ausland – bisher Österreich und

Japan – als auch vor jedem Besuch westlicher Regierungschefs.

Vor dem Besuch von Olof Palme in Stralsund empfing Honecker schwedische Journalisten. Als der Besuch von Andreas Papandreu vor der Tür stand, erhielten griechische Journalisten Gelegenheit, mit Honecker zu plaudern. Im Falle Palme und bei der Visite von Italiens Premier Bettino Craxi gab Honecker jeweils großbürgerlichen Zeitungen des Gastlandes ein Interview – dem „Svenska Dagbladet“ und „Il Messaggero“.

Es wird sich zeigen, ob Honecker an dieser Praxis auch vor seinem Abflug in die Bundesrepublik am Morgen des 26. September vom Flughafen Schönefeld im Süden Berlins festhält. Wiche er von der bisherigen Übung ab, müßte die SED-Führung einräumen, daß es sich bei dieser Reise um eine der üblichen, für die „DDR“ angeblich ganz „selbstverständlichen“ politischen Kontaktaufnahmen im Interesse des Friedens handelt.

Ebenso verhält es sich mit der Frage, ob Honecker am Ende seiner Reise vor der Presse ein Fazit zieht, wobei er Fragen über die Verhältnisse in der „DDR“ riskieren würde.

Während seines Aufenthalts in Japan stellte sich Honecker der Presse, die ihn auch fragte, wann die „DDR“ denn die Mauer abreiße. Honecker zog damals historische Vergleiche zu Mauern in China und Jerusalem, die alle in einer bestimmten geschichtlichen Phase errichtet worden seien.

Ein weiteres protokollarisches Problem ergibt sich möglicherweise aus der Zusammensetzung der „DDR“-Delegation: Welchen Gesprächspartner bekäme Außenminister Oskar Fischer auf Seiten der Bundesregierung – wenn man unterstellt, AA-Chef Hans-Dietrich Genscher unterhielte sich angesichts der besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht mit ihm? Am Werbellinsee traktierte seinerzeit Egon Franke als Minister für innerdeutsche Beziehungen seinen Partner Fischer mit einer weit über hundert Punkte umfassenden Problemliste.

Interessant wird auch sein, in welcher Weise die elektronischen „DDR“-Medien über den Aufenthalt des Staatsratsvorsitzenden berichten. Beim Schmidt-Besuch waren stundenlang Live-Übertragungen vom Schauplatz des Geschehens an der Tagesordnung. Diesmal ergibt sich für Ost-Berlin das Problem, ihr eigenes offiziell vermitteltes Bild vom Raketenland Bundesrepublik mit allen Zügen „sozialen Massenelends“ in Bild und Ton revidieren zu müssen. Denn in ein solches Gebiet könnte, nach dem SED-Selbstverständnis, der Staatsratsvorsitzende schwerlich reisen. Man wird in den nächsten Wochen beobachten, ob die „DDR“-Führung anordnet, ein realistisches Bild von den Verhältnissen westlich der Elbe zu zeichnen.

Zwangsumtausch – Waffe der „DDR“

Mit seiner Manipulation erzielt Ost-Berlin im Westen große psychologische Wirkungen

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die „DDR“-Führung hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, den am 13. Oktober 1980 auf täglich 25 Mark festgelegten Zwangsumtausch für West-Besucher zu reduzieren oder gänzlich auf diesen Betrag zu verzichten. Lediglich bei den Rentnern erreichte die Bundesregierung offenbar einen „Sozialrabatt“ von zehn Mark, so daß sie künftig nur noch 15 Mark tauschen müssen.

In der Koalition scheint es unterschiedliche Meinungen zu geben, wieviel das Thema „Umtausch“ im Vorfeld des Honecker-Besuchs nun endgültig vom Tisch gebracht werden könnte. Unter den Deutschlandpolitikern der Union und der FDP ist man auch über die Erfolgschancen anscheinend unterschiedlicher Ansicht. Der „DDR“ ist es in den vergangenen 20 Jahren jedenfalls immer wieder gelungen, den Zwangsumtausch als politische Waffe einzusetzen.

Ost-Berlin führte den Zwangsumtausch vor knapp 20 Jahren, am 25. November 1964, ein. Damals mußten Westdeutsche – die auch nach dem Mauerbau ohne weiteres nach Ost-Berlin durften – pro Tag fünf Mark einzutauschen. Erhaltenen West-Berliner ausnahmsweise ein Visum, daß man sie mit drei Mark zur Kasse. Damals wie heute, versteht sich, im Verhältnis 1:1.

Als im Juni 1972 das Viermächte-Abkommen und damit zugleich die Besuchsregelung für West-Berliner und Westdeutsche in Kraft trat, muß-

ten Deutsche mit dem Bundespaß täglich doppelt soviel, nämlich zehn Mark, tauschen. West-Berlinern nahm man fünf Mark ab.

Knapp 18 Monate später langte Ost-Berlin zum erstenmal kräftig zu: Westdeutsche mußten seit dem 15. November 1973 für jeden Tag 20 Mark barzahlen, bei West-Berlinern belief man es bei 10 Mark. Während Kinder und Jugendliche nicht betroffen waren, sahen sich die West-Rentner zum erstenmal mit dem vollen Betrag belastet.

Im Frühjahr 1974, als die beiden Ständigen Vertretungen ihre Arbeit aufnahmen, wickelte Bonn mit einer Swing-Verlängerung, Staatssekretär Günter Gaus erreichte, daß die „DDR“ am 15. November 1974 die neuen Sätze beträchtlich reduzierte, aber nicht wieder auf die alte Höhe zurücknahm. Fortan galten 13 Mark pro Tag für alle West-Besucher aus Berlin oder dem übrigen Bundesgebiet als Tarif. Ost-Berlin aufzusuchen, kam mit 6,50 DM billiger.

Im Zuge der scharfen West-Abgrenzung nach den Unruhen in Polen griff die SED abermals nach dem politischen Steuerungsinstrument des Zwangsumtausches. Seit dem 13. Oktober betrug der Satz einheitlich 25 Mark. Kinder und Jugendliche brauchten „nur“ 7,50 Mark zu geben. Wie leicht sich mit dem Umtauschgesetz manipulieren läßt und welche psychologische Wirkung damit im Westen herbeizuführen ist, bewies Ost-Berlin im vergangenen Herbst

abermals. In Bonn feierte man den Verzicht auf den Zwangsumtausch bei Kindern bis zu 14 Jahren im Zuge der Bemühungen von Franz Josef Strauß als beträchtliche Entspannungsfördernde Tat.

In seiner Oppositionszeit hatte CDU-Chef Helmut Kohl die Brisanz des Vorgangs erkannt. In einem Interview mit dem Südfunk Stuttgart sprach Kohl am 10. Oktober 1980 von einem „einzigsten Skandal“. Die „DDR“-Führung rede von Entspannungspolitik, doch setze sie, wo immer es geht, „ihre Schikanen“ an. Die Verdoppelung der Sätze bestätige, daß die kommunistische Führung der DDR eben glaubt, sich alles erlauben zu können.

Der damaligen Regierung empfahl Kohl: Die DDR hat erhebliche wirtschaftliche Vorteile von diesen Beziehungen zur Bundesrepublik, gerade in diesem Augenblick, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR zunehmen. Deswegen ist es ganz wichtig, daß sich hier die Bundesregierung nicht mit einem papiernen Protest begnügt, sondern daß sie dort klar ihre Position deutlich macht.

Auf die gezielte Frage, ob Kohl unter diesen Umständen das Treffen Schmidt/Honecker gutheißen könne, antwortete der Oppositionsführer: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß jetzt der Gedanke eines solchen Treffens denkbar ist, angesichts der Schwelle, die Herr Honecker vor ein solches Treffen gelegt hat.“

Polen: Ein Jahrestag der Widersprüche

Die 1944 gebildete „provisorische Regierung“ repräsentierte nicht den Willen des Volkes

CARL GUSTAF STROHM, Wien

Die mit großem propagandistischem Aufwand begangenen Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung des kommunistischen Staates in Polen vermögen nicht die inneren Widersprüche und schweren Belastungen zu überdecken, mit denen die polnischen Kommunisten seit vielen Jahrzehnten zu kämpfen haben. Denn die polnische „provisorische Regierung“, die von der KP und damit von Moskau beherrscht wurde und die aus dem 1944 gebildeten „Komitee von Lublin“ entstand, war schon damals nicht die „eigentliche“ Regierung Polens.

Noch im Februar 1945, als die späteren Sieger des Zweiten Weltkrieges zur Konferenz von Jalta zusammentraten, gehörte die Loyalität der polnischen Widerstandsbewegung im Lande und der überwältigenden Mehrheit der polnischen Bevölkerung ausschließlich der in London amtierenden polnischen Exilregierung.

Auf Wunsch von Roosevelt und Churchill stimmte schließlich auch Stalin dem „gemeinsamen Wunsch“, die inzwischen im „befreiten“ Teil Polens amtierende „provisorische Regierung auf breiter demokratischer Grundlage“ unter Einbeziehung demokratischer Persönlichkeiten aus Polen selbst und aus dem Ausland umzubilden. Schon aus dieser Formulierung der Jalta-Beschlüsse geht hervor, daß die provisorische kommunistische beherrschte Regierung keineswegs als repräsentativ angesehen wurde.

Die neu zu bildende polnische Regierung sollte freie und uneingeschränkte Wahlen abhalten. Zu diesen Wahlen ist es allerdings niemals gekommen. Als abgestimmt wurde, hatten die Kommunisten den Appa-

rat der Polizei und des Innenministeriums bereits fest in der Hand. Der polnische Bauernführer Mikolajczyk scheiterte mit seinem Versuch, in einem kommunistisch und sowjetisch beherrschten Land wenigstens eine demokratische Opposition aufzubauen.

So wie die Mehrheit des polnischen Volkes hegte auch die Londoner polnische Exilregierung und mit ihr die Widerstandsorganisationen in der Heimat – die sogenannte „Heimarmee“ – eine tiefe Abneigung nicht nur gegen die Deutschen sondern ebenso gegen die Russen. Die polnischen Kommunisten wiederum galten als Handlanger des russischen Totalitarismus. Sie wurden lange Zeit nicht ernstgenommen, selbst bei den Sowjets verfügte sie über keinerlei Prestige. Stalin hatte die polnische KP in Moskau 1937 wegen „Trotzkismus“ und Abweichertum auflösen lassen. Erst nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion ließ der sowjetische Parteichef die Gründung eines von Moskau gesteuerten „Verbandes polnischer Patrioten“ in der sowjetischen Hauptstadt zu. Die ersten polnischen militärischen Einheiten auf sowjetischer Seite wurden größtenteils aus Polen gebildet, die vorher in sowjetischen Lagern als Gefangene gesessen hatten.

Die ohnedies gespannten Beziehungen zwischen der polnischen Exilregierung und den Sowjets – der später tödlich verunglückte polnische Ministerpräsident General Sikorski hatte von Stalin die Rückgabe der durch die UdSSR annektierten ostpolnischen Gebiete verlangt – führte 1943 zum Bruch, als die Deutschen die Entdeckung des Massengrabes polnischer Offiziere in Katyn bei Smolensk bekanntgaben, das da-

mals von der Wehrmacht besetzt war. Die polnische Exilregierung zweifelte trotz wütender sowjetischer Proteste keinen Augenblick daran, daß die polnischen Offiziere nicht von Hitler, sondern von den Sowjets kaltblütig erschossen worden waren.

Der Exil-Polen von London, die über eigene Streitkräfte unter General Anders verfügten, sahen Polen als den künftigen stärksten ostmitteleuropäischen Staat zwischen einem vertriebenen Deutschland und einem geschwächten Rußland. Bereits am 15. August 1943 warnten die vier nicht-kommunistischen Parteien Polens vor der Gefahr eines „russisch-kommunistischen Friedens in Europa“.

Die Exil-Polen protestierten sogar gegen die Anexion Königsbergs durch die Sowjets – weil sie die Stadt für Polen haben wollten. Churchill erklärte dem polnischen Exilregierungschef Mikolajczyk voller Zorn, die Polen wollten die Westmächte in einen Krieg gegen die Sowjetunion treiben und mit ihrem Übermut veto mutwillig die Verträge zwischen den Alliierten zerstören.

Die Exilregierung scheiterte an den weltpolitischen Machtverhältnissen. Aber Polen ist seither zwar in sowjetischer Hand, aber es ist ein ständiger Unruheherd geblieben.

DW, Warschau

In der feierlichen Parlamentsfeier aus Anlaß der 40-Jahre-Feier unterstrichen Parteichef Jaruzelski und der sowjetische Ministerpräsident Tschirnow im Anschluß an die Verkündung der Amnestie die Unverbrüchlichkeit des Bündnisses zwischen Polen und der Sowjetunion. Tschirnow ist der ranghöchste sowjetische Regierungsvize, der Polen seit Beginn der Krise vor vier Jahren besucht.

Der Besuch Honeckers – ein unverdientes Glück?

Von GÜNTER DIEHL

Wenn der Staatsratsvorsitzende der DDR, der aus dem Saarland stammende Erich Honecker, gerne einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland machen möchte, darf er darauf zählen, daß er höflich und wohlwollend empfangen wird. Wir haben keine Veranlassung, ihn zu dem Besuch zu drängen. Wir können es getrost ihm überlassen, ob er kommen will oder nicht. Die politischen Risiken seines Besuchs kann er nämlich selbst am besten einschätzen. Auch für uns wäre in den Beziehungen zur Regierung der DDR weise Selbstbeschränkung das Gebot – nicht nur der Stunde.

Statt dessen wird hierzulande ein politisches Klima herbeigeführt, in dem ein Besuch Honeckers wie ein unverdientes Glück erscheint. Viele tun so, als feierten sie diesem Besuch geradezu entgegen und erklären mit beschwörenden Gebärden, man dürfe ihn um Gotteswillen nicht durch Vorbedingungen belasten oder gar unmöglich machen.

Diese Leute – es gibt sie in allen Lagern – haben offensichtlich den Kompaß aus der Hand gelegt und infolgedessen Mühe, sich zu orientieren. Andere – zum Glück trifft man sie auch in allen Lagern – würden gerne unserer ferne verfallenen Republik ersparen, am Ende einer Sackgasse ungebremst gegen die Mauer zu prallen.

Der Kompaß bietet als Orientierungshilfe, daß Deutschland nicht geteilt ist, weil die Deutschen das so wollen. Sie sind nie gefragt worden. Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen signalisieren, daß den Deutschen in der DDR das Selbstbestimmungsrecht verweigert und mitten in Europa gegen Ende des 20. Jahrhunderts noch ein Stück Neokolonialismus praktiziert wird. Deutschland ist auch nicht geteilt, weil wir den Zweiten Weltkrieg verloren haben. Deutschland ist geteilt, weil die Siegermächte gegen Ende des Krieges bereits miteinander verfeindet waren, und die Demarkationslinie zwischen der Sowjetunion und den Westmächten quer durch Deutschland lief.

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wurde gebrochen, aber in einem Teil Deutschlands leben die Menschen seit 1933 ohne Unterbrechung dennoch in Unfreiheit. Dieses wiegt viel schwerer als die Tatsache, daß wir zwei deutsche Staaten haben. Dies wäre für sich selbst genommen erträglich, wenn wir gewiß sein könnten, daß unsere Landsleute sich nach ihrem eigenen Willen eine freie, demokratisch verfaßte Gesellschaft einrichten hätten.

Es zählte auch nicht zu den Kriegsverbrechen der westlichen Demokratien, Ostdeutschland, Polen, die CSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien dem sowjetischen Imperium einzuverleiben. Sie wurden mit der Einrichtung von Koalitionsregierungen mit kommunistischen Minderheitsbeteiligungen getäuscht, aber schon nach Monaten fand man in Moskau, daß der Scherz lange genug gedauert hatte und kam schnell zur Sache.

Von Zeit zu Zeit klirren die Völker mit den Ketten, aber die Anwendung oder das Vorweisen der Folterwerkzeuge stellt die Ruhe, die wir geliebene Stabilität, wieder her. Wir haben immer wieder zusehen müssen, wie und auf welche Weise Ordnung geschaffen wurde. Da wir nichts tun können, ist es ein Gebot der Vernunft, nicht – selbst nicht mit Worten – anzuhängen.

Im Krenel und in Ost-Berlin gibt man sich keinen schönen Täuschungen hin. Man weiß, daß alles vorbei wäre wie ein Traum, wenn die sowjetrussischen Truppen abrückten. Herr Honecker fehlt eines, das kostbarste überhaupt, durch noch so gewaltig demonstrierte Sowjetmacht nicht zu ersetzen, nämlich die Legitimation durch das Volk, unser Volk. Er und sein System üben natürlich Macht aus. Das haben sie mit vielen undenkmaligen Regimen, mit denen wir umgeben, gemeinsam und dies ist infolgedessen kein Grund, nicht mit Herrn Honecker und seiner Regierung zu verkehren. Man darf aber nicht verdrängen, daß es eine abgeleitete Macht ist, von der Sowjetunion abgeleitet.

Im Zuge der Entspannungspolitik und nach der Schlußbakte von Helsinki haben wir die Kontakte mit den Angehörigen des Warschauer Paktes verstärkt. Wir sind in Warschau, in Prag, in Budapest, in Sofia und Bukarest vorstellig geworden, haben uns zur Zusammenarbeit empfohlen. Es wurde gesagt, man müsse ausloten, wieviel Spielraum die Satelliten hätten, wie kurz oder wie lang der Zügel sei, an dem sie geritten würden. Sie alle scheinen ein Interesse daran zu haben, eine gewisse Eigenständigkeit in ihren Beziehungen zu uns zu entwickeln. Die Kontakte, gefördert von unserer wirtschaftlichen Großzügigkeit, waren und sind für unsere kommunistisch regierten Partnerländer vorteilhaft.

Sie bringen auch uns den einen oder anderen wirtschaftlichen Gewinn, obwohl er in der Gesamtrechnung nur schwach zu Buche schlägt. Wichtiger für die Zukunft ist, daß es dank dieses Gefächts von Beziehungen immer schwieriger für die Agitprop-Leute wird, das Feindbild

vom revanchistischen, neonazistischen Deutschland weiter zu pflegen; es ist trotz des großen Aufwands ein vergebliches Unterfangen geworden. Nicht wir sind das erste Problem, sondern die Herrschaft der eigenen kommunistischen Partei und die Sowjetmacht.

Im Falle Ost-Berlins stellt sich die Sache komplexer dar. Unsere Leute wissen nämlich gut Bescheid, wie es drüben aussieht. Deshalb bekommt eine kommunistische Partei einstweilen bei den Wahlen hierzulande kein Bein auf die Erde. Das Vokabular der Befürworter von deutsch-deutscher Politik ließ also den Begriff Freiheit, dieses großartige flammende Wort, das die Völker in die Zukunft zieht, vorsichtig beiseite und statt dessen wurde der Frieden bemüht.

Es ist eigenartig, daß kaum darauf hingewiesen wurde, daß es nicht der Frieden ist, der uns fehlt – wir haben ihn seit vierzig Jahren und es ist auch niemand seiner überdrüssig –, sondern daß unsere Landsleute drüben seit 1933 der Freiheit entraten müssen. So begann ein Scheingespäch derart, daß die beiden Teile Deutschlands eine besondere Verantwortung für den Frieden hätten, sie von dieser Verantwortung Gebrauch machen müßten gegenüber den Großmächten, sie vielleicht so etwas wie gemeinsame Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik entwickeln und eines Tages sogar betreiben könnten. Von der deutschen Vermittlerrolle und dann schon vorsichtiger von der deutschen Dolmetscherrolle wurde in Bonn gerne gesprochen.

Für die Menschen in der DDR ist dagegen das Thema Freiheit von existentieller Bedeutung. Das Leben unter der Zwangsherrschaft erlaubt keine Gewöhnung. Viele wollen fliehen

und seine Equipe würden dabei durch die Scheiben fliegen. Wollen wir ihn dazu bringen abzutasten, wie weit er gehen kann? Das Gegenstück wäre hier, daß wir uns auf die DDR zubewegen, also von irgend etwas und von irgendwem weg in Richtung auf Ost-Berlin, begleitet von entsprechenden Signalen an die Adresse Moskaus, um es Honecker leichter zu machen, mehr Selbständigkeit zu gewinnen. Der erste Schritt auf diesem Wege besteht darin, gewisse Gleichschaltungen vorzunehmen, zunächst in der Sprache. Bundestagsabgeordnete und Volkskammerabgeordnete sind so ungefähr dasselbe. Kabinettsmitglieder sowieso. Bundespräsident, Bundeskanzler und Staatsratsvorsitzender klingen gleichermaßen respektabel. Grundwerte und Völkerecht hin oder her, auf geht's.

Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so, sagt Bert Brecht, und der kannte sich aus. Die Illusion, man könne mit Moskau über Ost-Berlin, oder mit Ost-Berlin ohne Moskau Politik machen, an die Honecker nicht glauben darf, wenn er einen politischen Betriebsunfall vermeiden will, könnte als eine zwar naive, aber letztlich harmlose Einstellung angesehen werden. Sie hat aber in Wahrheit eine gefährliche Entsprechung. Will man nämlich Herrn Honecker und sein System nicht in Gefahr bringen, will man sich Moskaus Toleranz für ein gesamtdeutsches Spiel sichern, dann muß man Zugeständnisse machen, die unsere eigenen Fundamente erschüttern. Wir haben eine politische Heimat im Bund der freihändig verfallenen Völker nicht deshalb geliebt, weil wir den Krieg verloren, sondern weil wir uns auf die Grundwerte zurückbesonnen haben, die die Deutschen mit definiert und erkämpft haben, als Kennzeichen unserer Gesittung und Genesung, als Qualifikation für Menschenwürde und Menschenrecht. Wenn wir dies zur Disposition stellen, zerstören wir nicht nur unsere eigene Existenz als in Freiheit lebendes Land, sondern kehren zurück ins geistige und politische Niemandsland. Die Aussicht für ganz Europa, zur Selbstbestimmung zu gelangen, würde wiederum zunichte gemacht, nicht für immer, aber für lange Zeit.

Täuschen wir uns nicht. Die Sorge unserer Nachbarn, die Deutschen könnten in ihrer Unbesonnenheit eine glückliche Zukunft des ganzen Kontinents verspielen, ist echt. Sie wird allenthalben von Freunden ausgesprochen, oft sehr bereit und bewegend. Die deutschen Schwärmer werden insbesondere deshalb als abwegig und gefährlich begriffen, weil viele Zeichen darauf hindeuten, daß die Großlage zum besten werden.

Der Krieg ist vierzig Jahre vorüber. Seine Ergebnisse, die nicht mit fundamentalen Zielen und gerechten Ansprüchen der Völker übereinstimmen, werden wieder überprüft. Für manche sind sie sakrosankt; sie sind aber Menschenwerk, unzulänglich, wie auch alle andere Menschenwerk in Vergangenheit und Zukunft.

Es wäre das erste Mal in der Geschichte Europas, daß eine Mumifizierung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gelänge. Wenn jetzt Moskau und seine Satelliten die Beschlüsse von Jalta und Potsdam preisgeben, um der Westeuropäischen Union, die ihr künftige Bundesrepublik Deutschland eben nicht mehr als Feindstaat behandelt, die Leviten zu lesen, so wird das rückwärts gerichtete, d. h. zum Scheitern verurteilte Wesen der Moskauer Haltung besonders deutlich. Moskaus Aussagen sind stiel geworden, weil sie keine Perspektive der Hoffnung eröffnen.

Wir sollten der sowjetischen Führung Zeit lassen. Sie hat diese Zeit, denn auf unseren unersättlichen Friedenswünschen kann sie ebenso zählen wie auf unsere Beständigkeit in der Vertretung der beiden anderen hohen Ziele, Freiheit und Einheit.

Ohne eine kreative Erneuerung der sowjetrussischen Politik wird es schwer sein, zu der Stabilität in Europa zu kommen, die die Voraussetzungen für Entfaltung und Wohlergehen der Völker der Sowjetunion schafft. Die sowjetische Führung weiß vermutlich, daß jede Regierung in der Bundesrepublik immer ansprechbar und auch kooperativ ist, wenn es darum geht, Lösungen vorzubereiten im einzelnen und schließlich auch im ganzen, die im Einklang stehen mit legitimen Wünschen der Sowjetunion. Wir sollten sie aber nicht ständig bedrängen, dies oder jenes zu tun. Moskaus Kenntnisse des diplomatischen Handwerks sind zudem ausreichend groß, um dem, der ständig auf Verhandlungen drängt, unentwegt neue Zugeständnisse abzurufen noch bevor man sich an den Tisch setzt.

Das politische Schicksal der führenden Mannschaft in der DDR ist von den großen Abläufen der Politik in Moskau und im Warschauer Pakt nicht zu trennen. Wenn sich die Sowjetunion fortentwickelt, kann die DDR folgen, nicht umgekehrt. So bleibt Moskau und nicht Ost-Berlin die erste Adresse. Es ist nach allen Seiten gefährlich, die deutsch-deutsche Beziehung zu strapazieren. Wir sollten es eigentlich wissen.



Staatssekretär a.D. Günter Diehl leitete von 1967 bis 1969 das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und stand in engem Kontakt zu Bundeskanzler Kiesinger. Anschließend war er Botschafter in Indien und Japan.

FOTO: JUPP DARCHINGER

Rettung einer Burgruine wird zum Politikum

BERND HUMMEL, Eschwege

Eine Rettungsaktion über die in der DDR-Grenze hinweg entzweit sich zunehmend zu einem Politikum. Verhandlungsgegenstand: die vom Verfall bedrohte Burgruine Hanstein nahe der Eichsfeld-Gemeinde Rimbach im „DDR“-Kreis Heiligenstadt. Die Bemühungen um eine Erhaltung der Burgruine beschäftigen derzeit die Politiker beiderseits der Werra.

Die Initiative zur Rettung des 1070 erstmals erwähnten Grotens, das seit 1838 nicht mehr bewohnt ist, ging vor einem Jahr vom „Werra-Talverein“, einem der größten und ältesten Heimatvereine der Werra-Landschaft, aus. Sein Vorsitzender Artur Künzel schrieb an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: „Rettet den Hanstein, denn er ist ein Kulturdenkmal der deutschen Geschichte.“

Das wird auch für den Betrachter augenfällig. Diesseits der Werra, die von den Landgrafen von Hessen um 1415 errichtete Burg Ludwigstein – seit Jahrzehnten als Jugendherberge und als Archiv der deutschen Jugendbewegung genutzt – und jenseits, kaum vier Kilometer entfernt – im Thüringischen die Burgruine Hanstein, die heute im „DDR“-Sperrgebiet liegt und daher nur für die „DDR“-Grenzposten zugänglich ist. Seit die Uniformierten, die jahrzehntelang eine der beiden Burgruinen als Beobachtungsposten genutzt hatten, die Burg „wohl wegen starker Baufälligkeit“ – so Künzel – verlassen, machte der Werra-Talverein mobil.

Bundesminister Heinrich Windelen versprach, die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin zur Vermittlung anzuhalten, und die Ständige Vertretung der „DDR“ in Bonn ließ immerhin wissen, daß die zuständigen staatlichen Stellen der DDR informiert werden. Allerdings: Die schriftlich formulierte Bitte des Vereinsvorsitzenden, sich vor Ort über den Zustand der Burgruine informieren zu dürfen, wurde vom Volkspolizei-Kreisamt in Heiligenstadt abgelehnt, da – so wörtlich – „die Antragstellung nicht den Festlegungen der Rechtsvorschriften entspricht“.

Auch vom Institut für Denkmalpflege im Thüringischen Erfurt kam nicht die erwünschte Reaktion. Durch „DDR“-Publikationen wurde jedoch bekannt, daß die Burg mittlerweile in die „DDR“-Denkmalliste aufgenommen wurde und Mitarbeiter des Instituts an einem Konzept wenigstens zur Sicherung des Burgbestandes arbeiten.

In die deutsch-deutschen Bemühungen ist bereits Bewegung gekommen. Sollte das nicht ausreichen, dann wollen die Initiatoren diesseits der Werra noch einen Schritt weitergehen. Sie planen eine gemeinnützige Stiftung „Rettet den Hanstein“, aus deren Einnahmen – wenn nötig – harte Mark zur Erhaltung und Sanierung der Burgruine in die „DDR“ transferiert werden soll.

Auch aus Belgrad Kritik an den „DDR“-Gesetzen

Menschenrechtsausschuß der UNO schließt Beratungen über Bericht Ost-Berlins ab

I. ZÜCKER/DW, Genf

Vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf ist die Verletzung des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte durch die „DDR“-Regierung nicht nur von Vertretern des Westens, sondern auch von Repräsentanten aus nichtblockgebundenen Ländern mißbilligt worden. Kritische Anmerkungen kamen unter anderem von Jugoslawien.

Der britische Experte Vincent Evans reagierte auf die Erklärung des „DDR“-Vertreters, Professor Buchholz, daß in Mitteldeutschland Todesurteile nur bei allerschwersten Verbrechen verhängt werden können und daß seit 1978 die Todesstrafe nicht mehr verhängt worden sei, mit der Bemerkung: „Auf der anderen Seite wird an der Grenze getötet ohne jedes Verfahren, obwohl der illegale Grenzübergang nicht als eines der schwersten Verbrechen bezeichnet werden kann“. Der britische Jurist nannte es „sehr fraglich“, daß die „DDR“-Gesetzgebung mit der in anderen Ländern übereinstimme. Diesen Eindruck hatte Professor Buchholz mehrmals zu erwecken gesucht. Die Grenzsicherungsanlagen rechtfertigte der „DDR“-Abgesandte, durch den Hinweis auf die nicht vollständige Anerkennung der „westlichen Staatsgrenze“ und einer eigenen Staatsbürgerschaft.

Auf die Frage des Selbstbestimmungsrecht ging auch der Delegierte Österreichs ein. Er erinnerte an die

Kritik Ost-Berlins an der angeblichen Verweigerung des Selbstbestimmungsrecht in Korea durch die Regierung in Seoul. Er knüpfte daran die Frage, ob denn das gleiche gelte für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Buchholz wies einen solchen Vergleich mit der Erklärung zurück, in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen gebe es große Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten. Somit sei auch eine andere Lage gegeben.

Der Paragraph 99 des „DDR“-Gesetzbuches (Landesvertragsrechtliche Nachrichtenvermittlung) wurde vom jugoslawischen Experten in dem Menschenrechtsausschuß als unpräzise formuliert bezeichnet. Der Geltungsbereich des Gesetzes sei nicht zu erfassen. Deshalb stelle sich die Frage, ob hier nicht ein Verstoß gegen den Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“ vorliege. Der französische Vertreter fügte hinzu, früher seien Mauern gebaut worden, um Eindringlinge von außen her abzuwehren, heute sei es offensichtlich genau umgekehrt.

Der „DDR“-Vertreter versuchte wiederholt, ein anders geartetes sozialistisches Menschenrechtsverständnis zu begründen. Darauf reagierte mehrere Ausschußmitglieder mit der Forderung, auch die Menschenrechtspolitik Ost-Berlins müsse sich am Standard des internationalen Paktes messen lassen. Professor Christie Tomuschat (Bonn) sagte, es wäre „katastrophal“, wenn jeder Unter-

zeichner des Pakts ein nationales Konzept für die Menschenrechte hätte.

Professor Buchholz – er gehört dem Justizministerium in Ost-Berlin an – erklärte im einzelnen:

● zu den Menschenrechten: Ihr Konzept sei nicht allgemeingültig, sondern abhängig vom soziopolitischen System eines Landes.

● zu den Selbstschußanlagen: Die DDR liege an der Grenze zweier Militärbündnisse, was besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordere.

● zum Schießbefehl: Er diene dem Schutz gegen Subversion des Westens. Die Grenzsoldaten schossen nur in sehr seltenen Fällen. Sie versuchten, nicht zu töten und Frauen und Kinder zu schonen.

● zu den Ausreisebeschränkungen: Sie erfolgten nur, wenn die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder Moral gebiete. Ein weiterer Grund sei die Weigerung mancher Staaten (Bonn), die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen.

● zur Verfolgung der Friedensbewegung: Es gebe Aktionen, die den Gedanken und die Symbole des Friedens mißbrauchten.

Durch weitestgehende Ausführungen über Punkte, die nur am Rande mit dem internationalen Pakt zu tun haben (Abtreibung, Schulsystem, Frauenfragen, Friedensbewegung) kürzte der Vertreter der „DDR“-Regierung gezielt die Zeit für kritische Fragen zum Kapitel Menschenrechte. Seite 2: Schießbefehl wird beschönigt

Nicaraguas Opposition fordert freie Wahlen

Ultimatum an die Sandinisten: Nationaler Dialog verlangt

AFP, Managua

Das politische Klima in Nicaragua hat sich am Wochenende verschärft. Die Oppositionsparteien, die anlässlich des 5. Jahrestages der sandinistischen Revolution vergeblich auf vollständige Aufhebung des Ausnahmezustandes gehofft hatten, knüpften ihre Teilnahme an den geplanten Wahlen an ein Ultimatum: Sollten die Sandinisten bis übermorgen nicht ihre Bereitschaft zum „nationalen Dialog“ erklären haben, so würden die in der „Demokratischen Koordinierung“ zusammengeschlossenen Parteien nicht an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 4. November teilnehmen, betonte der Oppositionspolitiker Luis Rivas.

Im Falle einer positiven Antwort der Regierung werde der ehemalige Botschafter der Sandinisten in Washington, Arturo Cruz, zum Präsidentschaftskandidaten der Opposition nominiert werden, sagte Rivas. Der antisandinistische Guerillaführer Eden Pastora, der nach seiner Genesung von den Folgen eines Bombenanschlags zu seinen Verbänden im Süden Nicaraguas zurückgekehrt ist, befürwortete ausdrücklich die Kandidatur von Cruz als Einheitskandidat der Opposition. Solange es keine Demokratisierung der sandinistischen Revolution gebe, werde er den bewaffneten Kampf weiterführen.

In Miami teilte Cruz mit, er werde morgen nach Managua reisen, um der Forderung nach einem „nationalen Dialog“ Nachdruck zu verleihen. Er akzeptiere seine Ernennung zum

„Einheitskandidaten“ der Opposition, werde jedoch niemals an einer Wahl-Force teilnehmen, durch die „der Sandinismus legitimiert“ werde. Cruz forderte einen neuen Wahltermin, da „bis November keine wirklich freien Wahlen“ organisiert werden könnten. Er forderte außerdem eine neue Amnestie, die auch für die Führer der antisandinistischen Guerrilla-Organisationen gelten müßte. Die Sandinisten hatten mehrfach eine Amnestie namentlich für Pastora abgelehnt.

Daniel Ortega, Junta-Chef und sandinistischer Präsidentschaftskandidat, beschuldigte die Reagan-Regierung am Wochenende, sie plane noch vor den Wahlen im November einen offenen Krieg gegen Nicaragua. Washington beabsichtige Bombenangriffe und Truppenaktionen auf der Pazifikküste. Die gegenwärtige Präsenz des US-Flugzeugträgers „John F. Kennedy“ vor der Küste Nicaraguas hänge direkt damit zusammen. Der Flugzeugträger, so der Sender „Stimme Nicaraguas“, habe 70 Jagdbomber an Bord und werde von mehreren raketenbestückten Fregaten begleitet.

Der sandinistische Regierungschef bestätigte, daß Nicaragua moderne Kampfflugzeuge erhalten werde. Dabei könnte es sich um sowjetische MiG-Jäger handeln, räumte er ein. Fred Ikle, Staatssekretär im Pentagon, sagte dazu am Samstag in San Salvador, es könne „Repressalien“ Washingtons nach sich ziehen, falls Nicaragua MiG-Jäger kaufe.

Cocom: Keine Telefonzentralen an Sowjetunion

DW/APP, Washington

Mehrere westliche Länder haben ihre Verträge über die Lieferung von computergesteuerten Telefonzentralen an die Sowjetunion annulliert, nachdem im Juli in Paris eine Einigung über eine wirksamere Kontrolle des Technologietransfers an Länder des Warschauer Paktes zustande gekommen war.

Wie ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums erklärte, hätten eine Anzahl amerikanischer, europäischer und kanadischer Firmen aufgrund der sofortigen Anwendung des am 13. Juli in Paris von 15 Ländern unterzeichneten Abkommens auf die Ausführung ihrer Lieferverträge mit Moskau verzichtet.

Der Sprecher begrüßte ausdrücklich erneut das Abkommen, das nach zehnjährigen Verhandlungen zustande gekommen war und „vernünftige Anlagen“ für den Technologietransfer in Länder des Warschauer Paktes enthält. In Paris waren erstmals im Rahmen der gemeinsamen Liste des Cocom (Koordinierungsausschuß für den Ost-West-Handel) auch Vorschriften zur Kontrolle des Exportes von Computerprogrammen und hochentwickelten Anlagen der Telekommunikation erlassen worden. Für Kleincomputer im Haus- und Bürogebrauch wurde dagegen die Exportkontrolle aufgehoben, während das Ausfuhrverbot für stärkere Computer bestehen bleibt.

Seit einigen Jahren hat die amerikanische Regierung wiederholt betont, daß zahlreiche Fortschritte in der sowjetischen Militärtechnologie nur durch eine gewisse Nachlässigkeit bei der westlichen Exportkontrolle für Spitzentechnologie möglich geworden sind. Die Lieferung von computergesteuerten Telefonzentralen, über die die UdSSR nicht verfügt, hätte Moskau ermöglicht, sein strategisches Kontrollsystem wesentlich zu verbessern“, fügte der Pentagon-Sprecher hinzu.

Wie der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Stephen Bryen, zu der Cocom-Verabbarung sagte, können die neuen westlichen Beschränkungen die sowjetische Aufrüstung empfindlich stören. Die Vereinbarungen würden die Länder der Warschauer Paktes treffen, weil sie nicht in der Lage seien, fortschrittliche Computer- und Kommunikationsanlagen selber zu bauen, sagte Bryen. Die Vereinbarung der 14 NATO-Staaten und Japans werden nach Einschätzung des Pentagons dem westlichen Bündnis helfen, den Vorsprung in der militärischen Kommando- und Kommunikationsstruktur zu halten.

Die Sowjetunion hat inzwischen die Cocom-Verabbarungen scharf kritisiert. Das Partei-Organ „Pravda“ nannte es „bezeichnend“, daß jetzt, da Washington einen Kurs des Kreuzes und der Konfrontation mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten steuert, auch Maßnahmen zur Verhinderung der berühmten Cocom-Vorschriften getroffen wurden.

Öffnung zum Westen?

O Fortsetzung von Seite 1

fürlich über die Frage von Menschenrechtsverletzungen zu reden. Das war zuvor offenbar noch nie möglich gewesen. Dabei wies der Bundesaußenminister vor allem auf die kritisierte Praxis der Todesstrafe und auf die Behandlung religiöser Minderheiten, in erster Linie der Bahai-Sekte, hin. Außenminister Velayati sagte dazu: „Unser Glaube ist der Islam und unsere Grundrechte sind ganz anders als die des Westens. Eine der unterschiedlichen Auffassungen ist die über Menschenrechte.“ Aber es gebe einen Punkt der Übereinstimmung, und der betreffe den Kampf gegen den Terrorismus. Velayati schilderte Genscher ausführlich die „Aktivitäten der terroristischen Organisationen in Iran“ und appellierte an den deutschen Gast, die iranische Warnung an einige europäische Länder, die Terroristen unterstützen, zu übermitteln. Am Ende eines „langen, ernsten und offenen Dialogs“ vereinbarten die beiden Außenminister, ein Colloquium mit Wissenschaftlern aus beiden Ländern über das Verständnis der Menschenrechte in den Rechts- und Kulturkreisen Deutschland und Iran zu veranstalten.

Eine große Rolle bei der Erörterung der deutsch-iranischen Bezie-

hungen spielte der Wirtschaftsaustausch, und hier vor allem das in Iran mit Sorge verfolgte Handelsdefizit Teherans. Als ein „wichtiges Äquivalent“ betrachtete Genscher jedoch eine von Teheran gewünschte und von Bonn bejahte Verstärkung der deutschen Ausbildungshilfe, sei es in der Bundesrepublik Deutschland oder an Ort und Stelle in Iran. Der Bundesaußenminister wies seine Gesprächspartner darauf hin, daß derartige Ausbildungspläne wesentlich erleichtert würden, wenn Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen sowie Visa großzügiger und langfristiger ausgestellt würden.

Bei der Erörterung des Golf-Krieges versicherten die Iraner, daß sie keine territorialen Forderungen an Irak stellten und keinen Einfluß auf das irakische Regierungssystem nehmen würden. Doch sie bestanden – neben dem Rücktritt des irakischen Staatschefs Saddam Hussein – auf Schadenersatzleistungen. Rafsanjani hob vor deutschen Korrespondenten mit Befriedigung hervor, Genscher erkenne „anders als andere Gäste“ die Tatsache an, daß Irak den Krieg mit einem Angriff begonnen habe. Dazu bemerkte der Bundesaußenminister: „Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, was den Krieg objektiv begonnen hat.“

Auf Abfall vom Islam steht der Tod

MUNIR D. AHMED, Hamburg

Der iranische Außenminister Wilajati soll gegenüber Bundesaußenminister Genscher in Teheran erklärt haben, daß das islamische Verständnis der Menschenrechte ein gänzlich anderes sei als die Vorstellungen der Menschenrechte in Europa. Diese Bemerkung wird sicherlich im Westen mit Unverständnis und Unbehagen aufgenommen. Man wird mit Recht argumentieren, daß Menschenrechte überall in der Welt gleich sind, im Westen wie in der islamischen Welt.

Trotzdem muß man Wilajati in gewissem Sinne Recht geben. Historisch gesehen, haben Menschenrechte, wie sie im Westen heute verstanden werden, im Verlaufe der europäischen Geschichte ihre spezifische Bedeutung erlangt. Dies verdanken wir der Entwicklung seit der Renaissance, insbesondere aber der französischen Revolution. Die Trennung zwischen dem Staat und der Religion hat einen wesentlichen Anteil daran.

Die Entwicklung in der islamischen Welt hat einen ganz anderen Verlauf genommen. Dort hat die Trennung zwischen dem Staat und der Religion nicht stattgefunden. Gott gilt als Gesetzgeber, und die Staatsautorität nimmt für sich in Anspruch, für Gott in seinem Auftrag zu

handeln. Der Staat ist sozusagen der Träger des göttlichen Willens in Diesseits. Deshalb stellt er den Absolutheitsanspruch in der Person des Herrschers. Dem Staat gegenüber hat der einzelne keine Rechte. Als Prinzip gilt die Devise, die Interessen des Staates oder der Allgemeinheit gehen vor.

Trotzdem darf man nicht übersehen, daß auch der Islam gewisse unveräußerliche Rechte für den einzelnen anerkennt. Dazu zählen das Recht auf Freiheit und die Unverletzlichkeit der Person sowie Gleichheit aller Menschen, ohne Unterschied von Rasse, Hautfarbe oder ihrer religiösen Überzeugung. Gleichheit vor dem Gesetz ist ein Merkmal der islamischen Gesellschaft. Nicht zuletzt erkennt der Islam das Recht auf Eigentum für jeden Menschen an.

Unterschiedlich wird beurteilt, inwieweit der Islam die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert. Grundsätzlich soll, laut der koreanischen Devise: „Es gibt keinen Zwang im Glauben“ so etwas wie Glaubensfreiheit im Prinzip existieren. Dies gilt auch für alle, die den Islam annehmen wollen. Der Abfall vom Islam wird aber mit dem Tode geahndet. In Bezug auf die Rechte der Frau hat sich die islamische Gesellschaft als besonders unbeweglich gezeigt.

Unter dem Einfluß des Westens existiert in der islamischen Welt seit über hundert Jahren eine Bewegung zur Sicherung der Menschenrechte. Diese hat allerdings durch den Aufbruch des Neokonservatismus in Form der sogenannten Re-Islamisierung einen Rückschlag erlitten.

Daher ist es sehr begrüßenswert, daß Wilajati und Genscher die Abhaltung einer Tagung vereinbart haben, an der Wissenschaftler aus Iran und aus der Bundesrepublik Deutschland miteinander über Menschenrechte diskutieren wollen.

Vor über zehn Jahren fand in Jeddah eine ähnliche Tagung statt, bei der Vertreter der Geistlichkeit aus Saudi-Arabien und Wissenschaftler aus Frankreich über ihre divergierenden Vorstellungen von Menschenrechten miteinander sprachen.

Es gibt Anzeichen, die darauf hindeuten, daß diese Veranstaltung eine heilsame Wirkung auf die Schriftgelehrten in Saudi-Arabien gehabt hat. Neuere saudische Veröffentlichungen über Menschenrechte im Islam zeigen Verständnis für die Vorstellungen von Menschenrechten im Westen.

Munir D. Ahmed ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Orient-Institut in Hamburg.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Deutsche Kulturrevolution

„Deutsche Geld-Bewegung“, WELT vom 6. Juli

Kremp hat etwas ausgesprochen, was für jeden nationalbewußten, freiheitsliebenden Russen, Polen, Letten, Tschechen, Finnen, Kroaten, Magyaren, Rumänen, Esten, Krim-Tataren, Georgier, Slowaken etc. eine Selbstverständlichkeit darstellt. Die Erkenntnis nämlich, daß die Unabhängigkeit Europas und die Wiedervereinigung Europas nicht aus einer Ideologie, einer Sozialtheorie oder einem Parteiprogramm erwachsen, sondern allein aus dem nationalen Willen der Völker. Für das zerrissene Deutschland wünscht Kremp jene Kraft der Erneuerung, die in Osteuropa bereits existiert, eine Repressionen zum Trotz: eine nationalstaatliche und zugleich Verfassungsbewegung. Selbstbestimmung, Selbstregierung, Selbstverwirklichung auf allen Ebenen – sozial, geistig, religiös, ökonomisch, national. Von diesem Ziel sind wir, leider, noch weit entfernt. Deutschland, in Ost und West, ist weder eine Vendée 1793 noch ein

Montenegro 1941. Von den Polen, Ukrainern, Afghanen, Litauern, Armeniern zu lernen, das haben unsere Umerzieher und deren Schüler bis heute nicht geschafft. Nationale Wiederbesinnung – nationale Renaissance, das gilt weithin – bei den Altparteien wie bei der grünen Protestpartei – als indiskutabel, wenn nicht gar faschismusverdächtig. Daß zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch die Erhaltung des Selbstwertgefühls eines Volkes gehört, hat sich bei Öko-Pazifisten und Alternativ-Freaks noch nicht herumgesprochen.

Was heute not tut, ist eine Deutsche Kulturrevolution, wie sie mehrmals schon in unserer Geschichte stattgefunden hat: Zu Luthers Zeit, in der Epoche Schillers, Hölderlins, Kleists, im preußischen Sturmjahr 1813, in der Deutschen Romantik. Die vielbeschworene „geistige Wende“ steht noch bevor.

Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Wichtiger Unterschied

„NEW mit eigenem Gesetzestwurf“, WELT vom 11. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, Gisela Reiners hat in ihrer Berichterstattung zum Gesetzestwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums einen weiteren wichtigen Unterschied zu den Plänen der Bundesregierung nicht herausgestellt.

Der Hinweis, die von der Bundesregierung vorgesehene Neuregelung komme überwiegend den Besserverdienenden zugute, weil Geringverdienender den vorgesehenen Abschreibungsbetrag von 15 000 DM nur sel-

zugsbetrag vor, der für alle Wohneigentümer gleich, also ohne Bindung an die Steuerprogression, von der Einkommensteuer abgezogen und sogar als Abzugsbetrag vom Finanzamt ausbezahlt wird, wenn keine ausreichende Steuerschuld besteht.

Es dürfte auch im Interesse der Bauwirtschaft liegen, wenn es auf diese Weise weiteren Bevölkerungsschichten ermöglicht wird, Wohneigentum zu bilden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Barbara Hendricks,
Presse- und Informationsreferat
des Finanzministers des Landes
Nordrhein-Westfalen

Südafrika

„Wer mitreden will, sollte Südafrikas Probleme kennen“, WELT vom 17. Juli

Dem Gastkommentar von Herrn Dr. Ortlieb ist zuzustimmen. Es ist aus der Ferne leicht, den Südafrikanern gute Ratschläge zu geben. Ein

Wort des Tages

„Ordnung kann nur aus der inneren Sammlung entstehen, die heute in der sich ständig steigenden Hast verloren geht. Unsere europäische Ordnung hat immer in einer Hierarchie, in einer Stufenordnung der geistigen Werte bestanden. Geben wir diese auf, so sind wir keine Europäer mehr, sondern nur noch ein Produkt der Auflösung unserer einstigen Art...“

Carl Jakob Burckhardt, Schweizer Diplomat und Autor (1891-1974)

volles Wahlrecht für die schwarze Bevölkerung hätte zur Folge, daß die Wirtschaftskraft des Landes starken Schaden nehmen würde. Dies hätte zur Folge, daß die Armut der Schwarzen noch zunehmen würde. Immer noch kommen Schwarze (ohne Ausbildung und Sprachkenntnis) aus dem Norden nach Südafrika, um dort Arbeit zu suchen. Sie ist für diese Gruppen sehr knapp. Gesucht werden qualifizierte Arbeitskräfte. Bei einem Besuch Südafrikas konnte ich feststellen, daß die „Homelands“ keinen schönen Anblick darstellten, aber die Schwarzen auf den Straßen durchweg freundlich und fröhlich waren. Oft winkten uns schwarze Kinder lächelnd zu. In der autonomen Transkei war lediglich der Unterschied zwischen reich und arm nicht sichtbar. Hier herrschte nur Armut.

Es gibt sicherlich noch sehr viel zu verbessern. Dies ist noch ein langer Weg. Doch sollten wir Deutsche uns mit leichtfertigen Ratschlägen und Kritik zurückhalten. Die brutale Grenze der Erde geht mitten durch unser Land.

Jürgen Windmeier,
Lippstadt

Weit entfernt

Liebe Redaktion,
von meiner Paddelfahrt Bodensee-Rhein wollte ich Ihnen aus Straßburg einen Gruß senden. Das geht nicht: Der Busfahrer nimmt in Kehl kein deutsches Geld an! Das ist ja wie in Italien, wo der Schaffner sich stur weigert, einen deutschen Ortsnamen in den Mund zu nehmen. Europa – davon sind wir noch sehr weit entfernt!

Freundliche Grüße
Winfried Stanniedor,
Ahrensburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

BUNDESPRÄSIDENT

Zum Gedenken an die Ereignisse des 20. Juli 1944 ist Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Berlin gewesen. Am Freitag nahm von Weizsäcker in der Gedenkstätte Pflanzensee an einem ikonomischen Gottesdienst teil. Im Ehrenhof in der Stauffenbergstraße fand am gleichen Tag eine Feierstunde statt, in der an den deutschen Widerstand gegen die Gewaltherrschaft Hitler erinnert wurde. Zu den Sprechern gehörten neben dem Bundespräsidenten Berlin Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Klaus von Dohnanyi. Bundeskanzler Helmut Kohl war anlässlich des 40. Jahrestages ebenfalls nach Berlin gekommen. In Schloß Bellevue bat der Bundespräsident anschließend zu einem Empfang.

EHRUNG

Mit der „Reinhold-Schneider-Medaille“ hat die „Reinhold-Schneider-Gesellschaft“ in Hamburg den ehemaligen Diözesan-Caritasdirektor des Bistums Essen, Prälat Johannes Kessels, ausgezeichnet. Kessels hatte 1944 als Kriegspfarrer 130 Sonetten und zehn Aufsätze des Schriftstellers in einer Auflage von 5000 Exemplaren drucken lassen. Die kleinen Bücher im Postkartenformat kursierten in der Wehrmachtsseelsorge.

GEBURTSTAG

Der niedersächsische CDU-Vorsitzende, Bundesratsvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Wilfried Hasselmann feiert heute auf seinem bauerlichen Besitz Nienhof bei Celle seinen 60. Geburtstag. Über 3000 Gäste, unter ihnen Bundeskanzler Helmut Kohl, werden erwartet. Seit 1963 ist Hasselmann direkt gewähltes Mitglied des Niedersächsischen Landtags, seit 16 Jahren Chef der CDU, die sich unter seiner

Personalien

Führung von 27 000 auf 109 000 Mitglieder mauserte, seit 1969 Mitglied des Bundesvorstandes der Christdemokraten. Bereits 1965 wurde er in der Regierung Diederichs (SPD) Landwirtschaftsminister, bis 1970 die Große Koalition zerbrach. Als Spitzenkandidat seiner Partei verlor er knapp die Wahlen von 1970 und 1974, verzichtete 1975 auf die Spitzenkandidatur zugunsten von Ernst Albrecht, der seinem Ruf von Brüssel nach Hannover gefolgt war und ihn 1976 in sein Kabinett aufnahm.

AUSZEICHNUNGEN

Der Städtler Walter Pichler erhält den mit 10 000 Mark ausgestatteten Arnold-Bode-Preis 1984 der Stadt Kassel. Der 1936 geborene Künstler, der seit Anfang der 60er Jahre als Zeichner, Bildhauer und Entwerfer utopischer Architektur hervorgetreten ist – ohne den Bezug zur gesellschaftlichen Realität zu verlieren –, lebt heute in einer von ihm geschaffenen Wohn-, Arbeits- und Meditationsstätte im Süden Österreichs. Der Arnold-Bode-Preis erinnert an den Kasseler Kunstprofessor und Initiator der „documenta“.

Der international bekannte Ornithologe Dr. Claus König erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande. Damit wurde seine jahrzehntelange Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes im In- und Ausland gewürdigt. König war 1969 bis 1984 Präsident des Deutschen Bundes für Vogelschutz, dessen Ehrenpräsident er heute ist. Außerdem ist er heute im Vorstand des Internationalen Rates für Vogelschutz tätig.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat der Schriftstellerin Rose Ausländer, die seit mehreren Jahren im „Nelly Sachs-Altenheim“ der jüdischen Gemeinde Düsseldorf lebt, in Namen des Bundespräsidenten das Große

Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

Der 1984 erstmals verliehene und mit 5000 Mark dotierte „Schlegel-Preis für die Arbeit mit der älteren Generation“ geht zu gleichen Teilen an die Journalistin Erika Engelbrecht aus Wiesbaden und Friedrich Jordan aus Gießen.

VERANSTALTUNG

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat in Oberschleißheim bei München eine Gedenkstätte mit einem Mahnmal für die Opfer der Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten eingeweiht. Das von den Ost- und Westpreußen errichtete Mahnmal ist ein ehemaliges Flotten-Landungsboot, das in der Endphase des Zweiten Weltkrieges im Einsatz zwischen Pillau und Hela zusammen mit den Schiffverwundeten der Marine-Flüchtlinge und Verwundeten des Lebens rettete. Strauß betonte bei der Einweihung der Gedenkstätte, daß der Preis für die Ausweisung der Völker aus Ostpreußen nicht der Vernichtung auf streitbare „Rechtspositionen“ sein könne. „Das Deutsche Reich bestünde rechtlich in den Grenzen von 1937 fort. Darin änderten auch die Ostverträge nichts. Eine endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze könne erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland erfolgen.“

Die Berliner Schauspielerin Magdalena Klapke, die unter dem Künstlernamen Magdalena in zahlreichen Filmen auftritt, ist im Alter von 41 Jahren gestorben. Die Schauspielerin wirkte unter anderem in Filmen von Miksch („Mensch“), Werner Schröter („Der Rosenkranz“), Ulf Göttinger („Freak Orlando“) und Rainer Werner Fassbinder („Salome“) mit.

Montag, 23. Juli 1984
Nr. 170

Struktur aus einem Guß

Während es in der Baumaschinen-Branche knirscht und kracht, bleibt der aus dem Ostblock stammende Liebherr-Konzern, der weltweit zu den Marktführern zählt, ohne Schrammen auf der Erfolgsstraße. Zwar spürt auch dieser namhafte Hersteller von Baukränen, Baggern, Raupen und Betongeräten die Schwächen der Baukonjunktur. In Anbetracht der Turbulenzen am Markt, die sich in spektakulären Firmenzusammenschlüssen manifestieren, ist es dem auch kaum verwunderlich, daß dem von einer soliden Basis aus arbeitenden Familienunternehmen weitere Marktanteile zufließen.

Diese hervorragende Ausgangslage ergab sich nicht automatisch, sondern mußte in harter Arbeit über Jahre hinweg Stück für Stück errungen werden. Zielstrebig wurde in den zurückliegenden 35 Jahren das Angebotsspektrum kräftig erweitert: Schiffs- und Containerkräne weisen noch gewisse Verwandtschaften zu den Stammprodukten auf. Hinzu kamen im Laufe der Zeit Kühl- und Gefriergeräte, Werkzeugmaschinen, Flugzeugausrüstungen, Industrieanlagen oder auch Hotels.

Auf all diesen Gebieten spricht Liebherr ein gewichtiges Wort am Markt. Deshalb dürfte die angekündigte Produktionsaufnahme von Dieselmotoren sehr aufmerksam

betrachtet werden. Der Diversifikation der Märkte folgte die Diversifikation des Kapitals, die mit der Gründung des schweizerischen Konzerns ein wohl nicht überall gern gesehenes Zeichen setzte. Gleichwohl bleibt festzuhalten: Die aus eigener Kraft aufgebaute Struktur ist aus einem Guß.

Ein Eklat

J. G. - Der knappe Mehrheitsaktionär gönnt dem fast die Hälfte der Aktien haltenden „Minderheitsaktionär“ keinen Sitz im Aufsichtsrat. Es ist schon ein Eklat, was sich beim Kölner Anlagenbauer PNB Weserhütte zwischen Otto Wolff und seinem ungeliebten „Juniorpartner“ Hoersch abspielt. Aber es ist nur die logische Fortsetzung eines schon Ende 1983 ausgebrochenen Kampfes um die Zukunft eines erfolgreichen Unternehmens. Hoersch möchte durch Fusion mit seiner O & K-Gruppe der Führer einer Anlagenbaugruppe mit bald Drei-Milliarden-Umsatz werden. Wolff sieht in der Fusion den falschen Rückweg in ungünstige Geschäftszweige. Ergo kämpft er auch vor Gericht um sein „verletztes“ Vorkaufsrecht, weil Arbeit seine PNB-Aktien an Wolff vorbeizum Hoersch verkauft. Der lange Weg zum Urteil wird vermutlich nicht abgewandt. Die zum Kurs von fast 370 Prozent von Hoersch erworbene PNB-Aktie sieht als Finanzbeteiligung zu teuer. Hoersch Rückzug scheint vorgezeichnet.

Marketing-Fehler

Von JAN BRECH

Innovationen bergen immer ein Risiko in sich, aber ihnen gehört die Zukunft. Mit diesem Satz schließt der Hamburger Großröster Tchibo in seinem Geschäftsbericht 1983 einen Exkurs über die neue Rösttechnologie, die den deutschen Kaffeemarkt fast ein halbes Jahr in Atem gehalten hat. Für die Einführung der Aroma- und Geschmacksstoffe gebe es keine bessere und schonendere Röstung als die kontinuierliche Kurzzeitröstung und Tchibo sei zuversichtlich, daß bei dem hohen Anspruchsniveau im deutschen Kaffeemarkt die Qualitäts- und Ergiebigkeitsvorteile langfristig sich durchsetzen werden.

Betrachtet man die Folgen, die mit der Innovation „Rösttechnik“ auf dem Kaffeemarkt verbunden waren, muß man den Fortschrittsgeist von Tchibo staunend zur Kenntnis nehmen. Immerhin endete der Feldzug der beiden Marktführer Jacobs und Tchibo mit der neuen Röstung und der gleichzeitigen Umstellung der Packungsgrößen im totalen Fiasco. Die Marktanteile beider Röster - seit Jahren teilen sie gut 50 Prozent des Marktes unter sich auf - gerieten binnen weniger Wochen ins Taumeln.

An den Einwänden Tchibos ist jedoch soviel richtig, daß die „Revolution am Kaffeemarkt“ nicht an der Untauglichkeit des Verfahrens gescheitert ist. Den kompletten Mißerfolg der mit manchen Vorteilen verbundenen neuen Röst-Technologie haben die Beteiligten vielmehr durch schwere Marketing-Fehler selbst verschuldet. So ließen sie sich von den Juristen nahezu jedes aufklärende Argument über das neue Verfahren aus der Hand schlagen und vernichteten ihre Kunden in hohem Maße. Die Konkurrenz, die über das neue Verfahren noch nicht verfügte, nutzte dies mit massiver Werbung für das „erbliche Pfund“.

Strategisch noch unglücklicher war die Entscheidung, die Pfundpackung aus dem Sortiment ganz zu streichen und voll auf die 400-Gramm-Packung umzustellen. Den I-Punkt aber setzten Jacobs und Tchibo, indem sie die Packungsveränderungen mit Preisänderungen koppelten. Leichter konnte man es den Wettbewerbern nicht machen, das Konzept mit Begriffen wie „Mogelpackungen“ zu desavouieren.

Die Konsumenten haben es in nur

zwei Monaten geschafft, den deutschen Markt regelrecht umzustülpen. Vor der Einführung des neuen Röstverfahrens war der Markt mehr oder weniger verteilt. Jacobs und Tchibo hielten jeweils 23 bis 25 Prozent Marktanteil. Aldi und Eduscho je elf bis 13 Prozent. Ende Februar/Anfang März gab es Wochen, in denen Eduscho und Aldi, die notgedrungen bei den 500-Gramm-Packungen geblieben waren, kurzfristig zu Marktführern avancierten.

Durch die Rückkehr zur alten Pfundpackung hat sich der Markt inzwischen etwas beruhigt; das Pendel schlägt langsam zurück. Geblieben aber sind erhebliche Flurschäden. Das gilt vor allem unter finanziellen Aspekten. Erst hat es viel Geld gekostet, die Anlagen umzurüsten und die neue Röstung am Markt einzuführen, nun verschlingt die „Wiedergutmachung“ fast noch mehr Geld. Außerdem stimmt noch immer die Beobachtung des Tchibo-Chefs Günter Herz, daß er noch keine Branche gesehen habe, die über geringeren Absatz reicher geworden wäre. Nicht zuletzt durch die Kurzzeitröstung ist der Mengenabsatz in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um fünf bis sechs Prozent zurückgegangen.

Schließlich und vor allem ist der Kaffeekrieg in einer Zeit angezettelt worden, in der sich die deutschen Kaffeeröster in einer schwierigen Erössituation befinden und noch befinden. Die stark steigenden Waren-einstandskosten, die sich aus dem harten Dollar und den stetigen Verteuerungen bei Rohkaffee ergeben, sind nicht zu überwinden. Die Veränderungen der Marktgewichte hatten vielmehr dazu geführt, daß die Branche zur Zeit nur in Mengen und Marktanteilen denkt. Bei den erbitet geführten Stellungskämpfen wagt es niemand, die Preise anzuhängen. So laufen denn die Einstandskosten den Röstern davon, mit der Folge, daß an Kaffee im Augenblick nichts verdient wird.

Die großen am Markt sind stark

TECHNOLOGIE / OECD-Studie über Export der Industrieländer in RGW-Staaten

Trotz massiver Käufe im Westen liegt der Ostblock zehn Jahre im Rückstand

Die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) werden trotz massiver Käufe von westlichen Geräten und Patenten ihren technologischen Rückstand, der in manchen Sektoren mehr als ein Jahrzehnt beträgt, nicht wesentlich verringern können. Dies geht aus einer Studie der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) hervor, die in Paris veröffentlicht wurde.

Nach der Untersuchung, die den Titel „Der Technologietransfer zwischen West und Ost“ trägt, fallen die Fortschritte, die in einigen Bereichen erzielt wurden, wegen der Verschlechterungen auf anderen Gebieten kaum ins Gewicht. Positive Änderungen seien nur zu erwarten, wenn die sozialistischen Länder einen freien Wettbewerb zulassen und ihre Wirtschaftspläne nach dem Kommu-Nutzen-Prinzip ausrichten. Die Lösung liege nicht in massiven Einfuhren aus dem Westen, sondern in der Schaffung von materiellen Anreizen, die eine Konkurrenzsituation hervorruft. Dies setzt allerdings gewaltige Umstrukturierungen voraus, die für die nahe Zukunft nicht zu erwarten seien.

Die unzureichenden Leistungen der bisherigen Struktur werden durch eine Analyse der Produktivität verdeutlicht: Im Ostblock ist sie um ein Drittel niedriger als im Westen, während 20 Prozent mehr Material eingesetzt wird. Im Westen werden die vorhandenen Kapazitäten um ein Fünftel mehr ausgelastet, ganz abgesehen davon, daß eine Maschine westlicher Bauart im Durchschnitt zehnmal so produktiv ist wie Vergleichbares östlicher Herkunft.

bis sechs Prozent der Maschinen, die in der UdSSR in der Automobil-, der Erdöl-, Textil- sowie der chemischen und elektronischen Industrie eingesetzt werden.

Das Verlangen der Verantwortlichen aus dem Ostblock nach dem jeweils neuesten Stand der Technik stößt allerdings bei den westlichen Sicherheitsbestimmungen auf seine Grenzen: Alle Güter, die für die strategische Rüstung von Bedeutung sein könnten, unterliegen einem Exportverbot, dessen Einhaltung von der Kontrollorganisation Cocom überwacht wird. Hierunter fallen vor allem Computer und elektronische Übertragungssysteme auch für den zivilen Gebrauch, die von der UdSSR für militärische Zwecke eingesetzt werden könnten.

Der Bericht der OECD kommt zu dem Ergebnis, daß ein Technologie-Embargo kurzfristig zu schweren Behinderungen der Industrie im Ostblock führen würde. Der technische Fortschritt könnte langfristig aber nur aufgehalten werden, wenn die westliche Forschung vor dem Zugriff aus dem Osten vollständig abgeschottet würde. Solange der Ostblock sich auf dem Markt der neuesten technischen Errungenschaften verschaffen kann und ungehindert Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen hat, werde er in der Lage sein, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten, wenn auch im Abstand von einer Generation.

US-AKTIENMÄRKTE

Enttäuschte Anleger warten auf geldpolitische Signale

H.A. SIEBERT, Washington
Der traditionelle Sommerspurt läßt weiter auf sich warten; trotz gelegentlicher Erholungsspaßen hält der Rückgang an den US-Aktienmärkten an. Im Wochenverlauf sackte der Dow Jones-Index noch einmal um 8,50 (Freitag: minus 0,87) auf 1101,37, der Nyse-Index um 0,87 (0,47) auf 86,21 Punkte. Unter Abgabedruck standen Öl-, Technologie- und Auto-werte.

An der Wall Street wächst die Zahl der Broker, die den kläglichen Zustand der amerikanischen Börsen als klassische Baisse diagnostizieren. Vorausgesetzt wird ein Rutsch des „Dow“ auf 1000 Punkte, ehe es wieder nach oben geht. Angeführt werden soll er von der Halbleiter- und Pharmabranche sowie den Flug-gesellschaften. Als ein Grund für die Schwäche werden die Geschäftsergebnisse vieler US-Unternehmen im 2. Quartal 1984 genannt. Die Gewinne, so heißt es, reichen nicht aus, um durch eine höhere Selbstfinanzierung der Finanzmärkte zu entlasten.

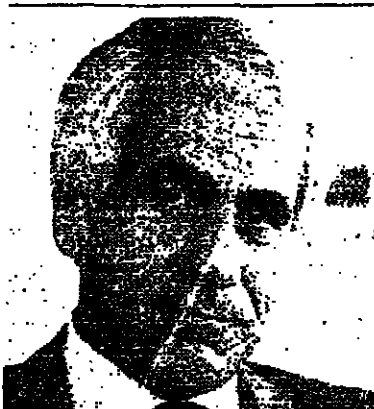
Hinzu kommt, daß zwar viele Aktien überverkauft sind. Die Margen rechtfertigen jedoch keinen dauerhaften Umschwung. Das Interesse konzentriert sich auf zu wenige Papiere: eine Rückkehr zur Hausse setzt eine größere Breite des Angebots voraus. Nach dem nur bescheidenen Aufschlag auf die vorgesehene Kürzung des US-Haushaltsdefizits bleibt die Zinsfurcht aber der wesentliche Bremsfaktor. Sie ist zum Wochen-

schluß noch verstärkt worden, als das Federal Reserve System die Bankengeldliquidity verknappte. Statt von 10,75 bis 11,25 wird sich Tagesgeld vermutlich zwischen elf und 11,50 Prozent einpendeln. Das Verhalten der „Fed“ hat die Investoren verunsichert.

Ob Geld in den USA noch teuer wird, entscheidet sich in dieser Woche. Heute veröffentlicht das Handelsministerium in Washington die neuesten Zahlen über die Zunahme des amerikanischen Bruttosozialprodukts. Wahrscheinlich nach oben korrigiert wird die erste Blitzprognose für die April-Juni-Periode von real 5,7 (1. Quartal: 9,7) Prozent. Die Zins-sie weiter schüren kann auch die fällige Freigabe der vom Gesetz vorgeschriebenen mittelfristigen Konjunkturvoranschau der Administration. Vielleicht beseitigen beide Dokumente die Ungewißheit über das künftige Wachstumstempo der US-Wirtschaft.

Das Börsengeschehen ebenfalls beeinflusst wird der Auftritt von Notenbankchef Paul Volcker am Mittwoch vor dem Bankenausschuss des Senats. Nach dem jetzt vorliegenden Protokoll hat die „Fed“ im Mai keinerlei geldpolitische Änderungen vorgenommen. Offen ist, ob das auch für die Sitzung der Offen-Markt-Komitees in der vergangenen Woche gilt. Eine Herausforderung der monetären Zielkorridore würde die Gefahr neuer Inflationsschübe enorm vergrößern. In der zweiten Wochenhälfte wird sich zeigen, in welche Richtung die US-Börsen marschieren.

AUF EIN WORT



Die Lebensqualität in der Stadt hängt nicht von der Wirtschaft allein ab. Doch die Unternehmer müssen wissen, daß die Zahl und die Attraktivität der Arbeitsplätze, die sie anbieten, einen sehr großen Einfluß auf den Wohlstand dieser Stadt und das Wohlergehen der in Berlin lebenden Menschen haben.

Horst Kramp, Vorstandsmitglied der Schering AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin
FOTO: VON SAFFI

Weniger Kredite an Unternehmen

Frankfurt (VWD) - Der Streik in der deutschen Metallindustrie bräutete auch die Kredite. Die Kreditgewährung der Banken in der Bundesrepublik Deutschland an den privaten Sektor, die sich im Mai deutlich verstärkt hatte, ließ im Juni 1984 nach, betont die Bundesbank. Die Kredite der Kreditinstitute an Unternehmen und Privatpersonen wurden um 14,2 Mrd. Mark ausgeweitet, verglichen mit 18,6 Mrd. Mark im gleichen Vorjahresmonat. Insbesondere die Unternehmen nahmen in Berichtsmo-nat weniger Bankenkredit als im Vorjahr in Anspruch. Im Verlauf des ersten Halbjahres stiegen die gesamten Bankkredite an den privaten Sektor mit einer saisonbereinigten Jahresrate von sieben Prozent.

VERSCHULDUNG

Kuba erhält Aufschub für 1984 fällige Zahlungen

dpa/VWD, Paris/Lima/La Paz
Die westlichen Gläubigerländer Kubas haben dem lateinamerikanischen Land einen Zahlungsaufschub für einen Teil seiner staatlich garantierten Auslandsverpflichtungen gewährt. Nach Angaben des französischen Finanzministeriums betrifft die Vereinbarung die im Jahr 1984 fälligen Tilgungszahlungen von rund 250 Mill. Dollar. Das Land ist mit 3,5 Mrd. Dollar (9,8 Mrd. DM) im Ausland verschuldet.

Die Umschuldung der 1985 fälligen Zahlungen soll später geprüft werden, heißt es in der in Paris veröffentlichten Mitteilung. Kuba hatte bereits die Umschuldung seiner Verpflichtungen für das Jahr 1983 erreichen können.

Mit Bolivien wollen die Gläubigerbanken nicht über eine Umschuldung oder über neue Kredite verhan-

deln, solange die einseitig beschlossene Aussetzung des Schuldendienstes aufrechterhalten wird. Bolivien müsse zumindest einen Mindestbetrag an Zinsen zahlen, betonte Ulrich Merten, Vorsitzender des Koordinierungsausschusses für 128 Banken. In einem Brief an Finanzminister Bonifaz heißt es, daß die Banken dann zur Wiederaufnahme der Verhandlungen innerhalb von 90 Tagen bereit seien.

Seit dem 5. Juli hält Peru überfällige Zinszahlungen für Auslandskredite in Höhe von 250 Mill. Dollar zurück, bis die internationalen Banken ihre seit einer Kredittranche freigegeben, sagte der peruanische Finanzminister José Benavides. Nach Darstellung des Ministers handelt es sich um eine Tranche von 100 Mrd. Dollar, die Teil eines im vergangenen Jahr ausgetauschten 450-Mill.-Dollar-Kredits ist.

DRITTE WELT

Die deutschen Leistungen sind insgesamt gestiegen

HEINZ HECK, Bonn
Die Gesamtleistungen der Bundesrepublik für die Dritte Welt sind 1983 gegenüber dem Vorjahr von netto 16,9 auf 17,9 Mrd. Mark gestiegen, liegen damit allerdings hinter den 1980 (19,3 Mrd.) und 1981 (18,3) erzielten Ergebnissen.

Während die öffentliche Entwicklungshilfe, wie am Samstag berichtet, mit 8,11 Mrd. Mark ein neues Rekordniveau erreichte, war bei privaten Leistungen zu Markbedingungen (insgesamt von 6,98 auf 7,3 Mrd.) ein unterschiedlicher Verlauf zu beobachten. So gingen Direktinvestitionen von 2,41 auf 2,15 Mrd. zurück, während Bankkredite von 2,98 auf 3,87 Mrd. Mark zunahmen. Bei öffentlichen garantierten Exportkrediten stand einem Plussaldo von 428 Mill. Mark 1982 ein Minus von 84 Mill. 1983 gegenüber. Die Rückzah-

lungen übertrafen 1983 also die Neu-auslegungen.

Multilateral verbundene private Leistungen (zum Beispiel Emissionen von Schuldtiteln multilateraler Finanzierungsinstitutionen am deutschen Kapitalmarkt sowie Kreditaufnahmen dieser Institute bei deutschen Banken) nahmen geringfügig von 909 Mill. auf 1,06 Mrd. Mark zu. Die private Entwicklungshilfe (das sind zum Beispiel Zuschüsse nicht-staatlicher Organisationen wie Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften und Verbände aus Eigenmitteln und Spenden) bewegte sich mit 946 Mill. knapp auf Vorjahreshöhe.

„Sonstige öffentliche Leistungen“ stiegen von 1,92 auf 1,54 Mrd.; unter anderem gingen Kfz-Kredite von 1,46 auf 1,08 Mrd. zurück, während Refinanzierungen des Finanzministeriums auf 400,5 (118,5) Mill. zunahmen.

ERDÖL / Internationale Energie-Agentur: Weltnachfrage könnte stärker zunehmen

Westliche Importabhängigkeit steigt

HEINZ HECK, Bonn
Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris befürchtet, daß die Weltöl-nachfrage wieder stärker zunehmen könnte, wenn die westlichen Industrieländer nicht ihre Bemühungen zur Entwicklung anderer Energiequellen - vor allem Kohle und Kernkraft - vorantreiben und den Wirkungsgrad des Energieeinsatzes weiter verbessern. In ihrer gestern veröffentlichten Prognose bis zum Jahr 2000 kommt die IEA, der alle Industrieländer außer Frankreich angehören, zu dem Ergebnis, daß die Ölimporte der Industrienationen in den achtziger Jahren wieder steigen werden, aber unterhalb des 81er Rekordergebnisses von rund 901 Millionen Tonnen bleiben dürften.

Für das Jahr 2000 rechnet die Agentur mit Ölimporten ihrer Mitglieder von rund 880 Millionen Tonnen (gegenüber 728 Millionen 1983). Die eigene Produktion dieser Länder

dürfte dagegen von 754 Millionen 1983 auf 719 (1985) und 643 Millionen Tonnen im Jahr 2000 zurückgehen (hauptsächlich Großbritannien und USA). Damit würde die Ölimportabhängigkeit der Industrieländer von derzeit 49 auf knapp 58 Prozent zunehmen.

In dieser Prognose ist sogar ein nur schwacher Anstieg des Ölverbrauchs unterstellt, während für den Gesamtenergieverbrauch der IEA-Mitglieder bis zum Jahr 2000 eine Zunahme um rund ein Drittel erwartet wird.

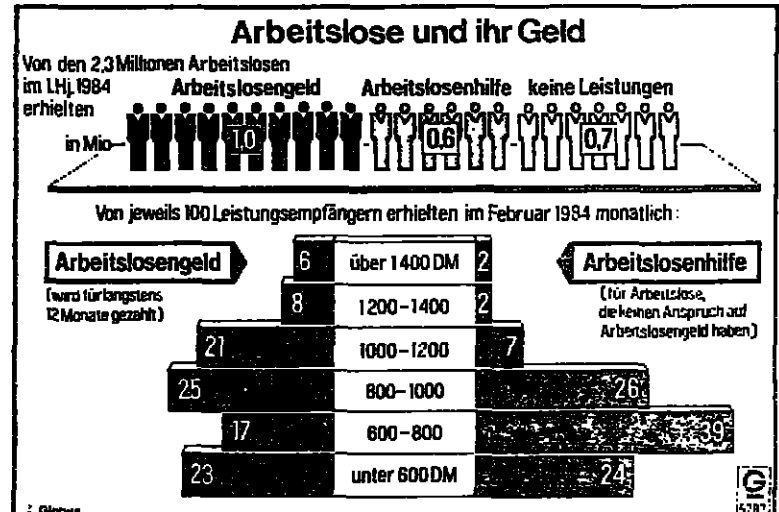
Der IEA-Prognose zufolge verändert sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs ihrer Mitglieder bis zum Jahr 2000 in folgender Weise: 4,5 Milliarden Tonnen Rohöleinheiten (ROE) gegenüber 3,4 Milliarden 1983; davon Erdöl 33 (43,5) Prozent, Kohle und andere feste Brennstoffe 30 (25) Prozent, Gas 17 (19,5) Prozent, Kernenergie 11 (5) Prozent sowie

Wasserkraft und andere erneuerbare Energiequellen 9 (7) Prozent.

Die Prognose unterstellt also eine massive Steigerung des Kohle- und Kernenergieeinsatzes sowie eine zumindest relative Abschwächung des Ölverbrauchs. Die wachsende Sorge um die Umweltbelastungen könnte jedoch gerade die Verwendung von Kohle und Kernenergie in Zukunft weiter beeinträchtigen, heißt es. Selbst ohne diese Hindernisse könnten die Energie- und speziell die Öl-märkte in den neunziger Jahren wieder sehr angespannt werden, wenn die Weltwirtschaft rascher als bisher erwartet erholt.

Unter Hinweis auf die gespannte Lage im Nahen Osten erinnert die Agentur an die Gefährdung der Öllieferungen und warnt davor, daß einseitige Abhängigkeiten zum Beispiel von Erdgas neue Risiken in der Energieversorgung einiger Mitgliedsstaaten schaffen könnten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Arbeitslosigkeit bedeutet meist finanziellen Abstieg auf Raten. Das Arbeitslosengeld beträgt im allgemeinen für Arbeitslose mit Kindern 68 Prozent, für Kinderlose 65 Prozent des letzten Nettoverdienstes. Ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft - das ist nach längstens zwölf Monaten der Fall - wird Arbeitslosenhilfe gewährt. Sie orientiert sich zwar auch am früheren Einkommen, wird aber nur entsprechend der Bedürftigkeit gezahlt.

SPD gegen Kuponsteuer

Bonn (VWD) - Die SPD hat ihre Bereitschaft signalisiert, eine eventuelle Gesetzesvorlage zur Aufhebung der 35prozentigen Kuponsteuer für ausländische Anleger auf deutsche Festverzinsliche zu unterstützen. Dieter Spoerl, SPD-Mitglied des Finanz-ausschusses des Bundestages, sagte, ein solcher Schritt stelle eine psychologische Verteidigung gegen die „aggressive Finanzstrategie der amerikanischen Regierung“ dar.

Weg der Kurse

	26.7.84	13.7.84
Boeing	44,125	44,25
Chrysler	26,75	26
Citicorp	28,25	28,25
Coca-Cola	58,25	58,25
Exxon	41,125	40,625
Ford Motors	35	37,25
IBM	108,50	108,25
PanAm	4,25	4,50
US Steel	22,50	22,625
Woolworth	33,75	34

Börsenumsatz gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Umsatz an der Frankfurter Börse, der größten deutschen Wertpapierbörse, stieg im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent auf 53,3 Mrd. Mark. Nach dem Bericht des Börsenvorstands waren Ende Juni 414 (409) Aktien amtlich notiert. Das zur amtlichen Notierung zugelassene Aktienkapital belief sich auf 116,6 Mrd. Mark. Insgesamt wurden im Halbjahr 2,7 Mrd. Mark Aktienkapital neu zugelassen, und zwar eine Mrd. Mark von deutschen, der Rest von ausländischen Gesellschaften.

Drohung aus Oslo

Brüssel (dpa/VWD) - Die deutschen Stahlunternehmen müssen sich vermutlich auf einen Konflikt mit Norwegen einstellen. Das der Europäischen Freihandelszone (EFTA) angehörende Land hat nämlich eine Behinderung der Stahlimporte aus der Bundesrepublik für den Fall angedroht, daß die norwegischen Kontingente für den Stahlexport nach Deutschland nicht angehoben werden. Dies verurteilte aus der EG-Kommission in Brüssel.

Höhere Überziehung

Bonn (VWD) - Vom 1. August 1984 an können die Postgiroämter Buchungsaufträge zu Lasten von Postgirokonten bis maximal 1000 Mark im

Minus buchen. Bisher lag die sogenannte technische Überziehungsgrenze, die nicht vergleichbar ist mit dem von Banken und Sparkassen angebotenen Dispositionskredit, bei 500 Mark. Wie das Bundespostministerium in Bonn mitteilt, soll die Erhöhung insbesondere den institutsübergreifenden Zahlungsverkehr erleichtern. Postgirokonto sind bisher verpflichtet, den durch Überziehung entstandenen Minussaldo unverzüglich wieder auszugleichen. Die 13 Postgiroämter führen zu Z. 4,2 Mill. Konten.

Baufirma verurteilt

Berlin (tr) - Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat in einem ersten Urteil im Zusammenhang mit dem größten Baupreisandal der Nachkriegszeit gegen eine nieder-sächsische Baufirma und deren Geschäftsführer Geldbußen von insgesamt 48 000 Mark verhängt. Nach Auffassung des Gerichts verstießen die Verurteilten mit unerlaubten Preisabsprachen vorwiegend bei öffentlichen Bauvorhaben mehrfach gegen das Kartellgesetz. Das Verfahren gegen ein zweites Unternehmen wurde teils wegen Verjährung eingestellt, teils erging Freispruch.

Wachstum über Plan

Mostau (dpa/VWD) - Die Industrieproduktion der Sowjetunion ist im ersten Halbjahr 1984 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent (Jahresplanziel: 3,8 Prozent) gestiegen. Die Plan-aufgaben seien in den wichtigsten Bereich größtenteils erfüllt worden, heißt es in einem Bericht des Zentralen Statistischen Amtes der UdSSR. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie habe sich um 4,2 Prozent (3,4 Prozent) verbessert.

Londoner Kassapreise

	26.7.84	13.7.84
Kupfer (t/£)	1030,75	1014,5
Alu (t/£)	880	876
Zinn (t/£)	865	838,75
Zink (t/£)	938,25	948,5
Gold (S/Unze)	341,5	341,75
Silber (S/Unze)	558,15	560,80
Kakao (t/£)	1782,5	1777,5
Kaffee (t/£)	2201,5	2198
Zucker (t/£)	89,5	94,5
Kautschuk (kg/£)	68	70
Wolle (kg/£)	470	470
Baumwolle (cts/lb)	77,80	80,25

*) Abladung September; *) Abladung September; *) A-Index-Preis Liverpool

ITALIEN

Notenbank warnt vor Etatdefizit

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Ein Wirtschaftswachstum nahe bei drei Prozent und eine Verminderung der Inflationsrate mit der gleichen Geschwindigkeit wie bisher reichen nicht aus, um auf Dauer einen Abbau des Staatsdefizits herbeizuführen und ein Ausufern der staatlichen Verschuldung zu verhindern. Das erklärte, in einem Hearing vor dem Haushaltsausschuss der italienischen Abgeordnetenkammer, Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi, wobei er die Regierung aufforderte, noch in den Herbstmonaten mit Korrekturmaßnahmen in die Entwicklung des Budgets einzugreifen.

Nach Berechnungen der Banca d'Italia wird sich der Anteil der Staatsverschuldung bis 1988 von jetzt 85 auf 123 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt erhöhen, wenn es nicht gelingt, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu bremsen. Der Zentralbankgouverneur warnte in diesem Zusammenhang davor, daß bei weiterer Verzögerung geeigneter Stabilisierungsmaßnahmen der seit vorigen Jahr im Gange befindliche Zinsabbau schon im Herbst zum Stillstand kommen könnte. Als Illustration bezeichnete Ciampi die vom Schatzamt verfolgte Taktik, Ausgaben, die schon im ersten Halbjahr hätten erfolgen müssen, auf die zweite Jahreshälfte zu verschieben.

Den Berechnungen der Zentralbank zufolge, nahm die öffentliche Hand im ersten Halbjahr 75 Prozent des gesamten zur Verfügung stehenden Kreditvolumens in Anspruch, gegenüber 71 Prozent im Vorjahr und 40 Prozent vor zehn Jahren.

Um ein weiteres Ausufern der staatlichen Kreditaufnahme zu verhindern und Freiraum für Investitionen zu gewinnen, ist es laut Zentralbankgouverneur Ciampi notwendig, das reale Wachstum der Ausgaben in den nächsten drei bis vier Jahren auf höchstens ein Prozent (den Zinsaufwand ausgenommen) zu beschränken. Dafür sollen die Einnahmen jährlich um real drei Prozent zunehmen. Ohne Regierungsinterventionen würden die Ausgaben dagegen real um vier Prozent im Jahr und die Einnahmen um zwei Prozent steigen.

Nur durch neue Eingriffe auf der Ausgaben- und Einnahmeseite werde es möglich sein, bis 1988 den Anteil des Defizits am Bruttoinlandsprodukt von 15 bis 17 auf sieben Prozent zu senken.

FRANKREICH / Für den neuen Premierminister Laurent Fabius hat die Modernisierung der Industrie Priorität

Schwere Prüfung in der Beschäftigungspolitik

A. GRAF KAGENECK, Paris
Der neue französische Premierminister Laurent Fabius hat seine Wirtschaftspolitik bisher nur in zwei Stichworten umrissen: Modernisierung und Eingung Frankreichs. Beide gehören zusammen und ergänzen sich. Wenn Frankreich vor allem „modernisiert“ werden soll, so wird dies eine schwere Opfer von der arbeitenden Bevölkerung fordern. Arbeitsplätzeverluste, Wohnungsplatzwechsel, geringere Löhne, Kürzungen und Kurzarbeit stehen auf dem Programm.

Es ist daher ebenso wichtig für den Regierungschef, die Franzosen für das Ziel der Modernisierung zu begeistern, wie hinter einem „Projekt“ zu stehen, wenn er schwere soziale Konflikte vermeiden will. Mit einer kommunistischen Partei, die von nun an nur noch „selektiv“ mitmacht, ansonsten aber ihre Kritik an der von ihr nicht mehr mitverwalteten Regierungspolitik noch lauter anmelden wird, wird er es damit nicht gerade leicht haben.

Fabius hat sich in seiner nun etwas über dreijährigen Amtszeit als Budget-, Industrie- und Superindustrialminister auf seine Aufgabe vorbereitet. Ihm war es zuletzt übertragen, die schwer angeschlagene Stahlindustrie Lothringens durch Abbau ihrer Überkapazitäten auf rationale Produktionszahlen zu trimmen. Dabei sprach er immer wieder von Modernisierung. Von einer Reise nach Japan kurz vor seiner Berufung ins Premierministeramt war er stark beeindruckt durch die japanischen Fertigungsmethoden zurückgekehrt.

Seitdem führte er in Interviews gerne Begriffe wie Roboter, Informatik, Biotechnik im Mund. Das dies ein grundsätzliches Umdenken der Unternehmer und eine Opferbereitschaft der Arbeitnehmer einschließt, weiß der Technokrat. Seine Weigerung, von seinen Modernisierungsplänen abzulassen und zur Vollbeschäftigung hinter Protektionsmauern und mit Hilfe staatlicher Subventionen zurückzukehren, führte zum Bruch mit den Kommunisten.

Fabius hat sich in seiner Einstellung zur Philosophie des Wachstums vom Saulus zum Paulus entwickelt. Noch bis in die erste Phase der Sanierungspolitik Jacques Delors im Sommer 1982 hinein hatte er als Budgetminister unter Delors energisch die Politik der Ankurbelung des Konsums verteidigt, die direkt in Rezession und zur Notwendigkeit der Sanierungspolitik geführt hatte. Dann dachte er um, und seitdem hat er ebenso energisch die Klinge für eine Restriktionspolitik geschlagen. Fabius war indes immer für eine Politik der Rationalisierung der Betriebe, der Selbstfinanzierung mit einem Minimum staatlicher Subventionen (er

weiß der Technokrat. Seine Weigerung, von seinen Modernisierungsplänen abzulassen und zur Vollbeschäftigung hinter Protektionsmauern und mit Hilfe staatlicher Subventionen zurückzukehren, führte zum Bruch mit den Kommunisten.

Fabius hat sich in seiner Einstellung zur Philosophie des Wachstums vom Saulus zum Paulus entwickelt. Noch bis in die erste Phase der Sanierungspolitik Jacques Delors im Sommer 1982 hinein hatte er als Budgetminister unter Delors energisch die Politik der Ankurbelung des Konsums verteidigt, die direkt in Rezession und zur Notwendigkeit der Sanierungspolitik geführt hatte. Dann dachte er um, und seitdem hat er ebenso energisch die Klinge für eine Restriktionspolitik geschlagen. Fabius war indes immer für eine Politik der Rationalisierung der Betriebe, der Selbstfinanzierung mit einem Minimum staatlicher Subventionen (er

Seitdem führte er in Interviews gerne Begriffe wie Roboter, Informatik, Biotechnik im Mund. Das dies ein grundsätzliches Umdenken der Unternehmer und eine Opferbereitschaft der Arbeitnehmer einschließt, weiß der Technokrat. Seine Weigerung, von seinen Modernisierungsplänen abzulassen und zur Vollbeschäftigung hinter Protektionsmauern und mit Hilfe staatlicher Subventionen zurückzukehren, führte zum Bruch mit den Kommunisten.

weitere sich z. B. hartnäckig, den vom Konkurs bedrohten Creusot-Loire-Konzern noch einmal zu sanieren) und der Anlockung interner und auswärtiger Investitionen.

Der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun hat die Entscheidung der Regierung in Buenos Aires bekräftigt, ihre bisherige Lohn- und Gehaltspolitik fortzusetzen.

In der landesweit im Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache erläuterte Grinspun einen mittelfristigen Wirtschaftsplan und sprach die Hoffnung aus, daß der internationale Währungsfonds (IMF) die ihm vor kurzem übermittelte Absichtserklärung der Regierung billige.

Er betonte, die Festigung der Demokratie in Argentinien hänge weitgehend von den Maßnahmen ab, die zur Sanierung seiner Wirtschaft getroffen würden. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten sozialpolitischer Ziele gehen.

Grinspun verwies darauf, daß seit Amtsantritt von Präsident Raul Alfonsín der Mindestlohn im Lande um 700 Prozent erhöht wurde. Er gestand ein, daß die Bemühungen der Regierung, die Inflation zu drosseln, in den ersten sieben Monaten ihrer Amtszeit noch keinen Erfolg hatten. Argentinien habe im ersten Halbjahr 1984 einen Handelsüberschuß von 2,8 Mrd. Dollar erzielt.

Gewalt beeinträchtigt die Wirtschaft Äthiopiens. Im nördlichen Drittel gibt es sporadische Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Guerrillas aus Eritrea und Tigre. Fachleute schätzen die Auslandsschulden des Landes auf über eine Mrd. Dollar, wozu schätzungsweise noch zwei Mrd. Dollar Schulden bei der UdSSR für Waffen und den Dienst von 6000 sowjetischen Beratern gerechnet werden könnten.

GROSSBRITANNIEN / Die Investitionsneigung steigt

Werkzeugmaschinen gefragt

WILHELM FURLER, London
Die britischen Hersteller von Werkzeugmaschinen, noch vor einem Jahr wegen mangelnder Aufträge in erheblichen Schwierigkeiten, erfahren einen bemerkenswerten Prozeß der Wiederbelebung. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind dem Ministerium für Handel und Industrie zufolge die Neuaufträge für Werkzeugmaschinen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 42 Prozent gestiegen. Der Eingang von Neuaufträgen für diesen Industriezweig erreichte im April sein höchstes Monatsniveau seit September 1981.

Der Verband der Werkzeugmaschinen-Hersteller selbst erklärt, daß die Zunahme der Aufträge ein soziales noch erheblich stärker ausgefallen ist, als die Statistiken des Ministeriums ausdrücken. Einer Umfrage der „Financial Times“ zufolge haben zwei führende Unternehmen der

BRITANNIEN / Die Investitionsneigung steigt

Werkzeugmaschinen gefragt

Die britischen Hersteller von Werkzeugmaschinen, noch vor einem Jahr wegen mangelnder Aufträge in erheblichen Schwierigkeiten, erfahren einen bemerkenswerten Prozeß der Wiederbelebung. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind dem Ministerium für Handel und Industrie zufolge die Neuaufträge für Werkzeugmaschinen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 42 Prozent gestiegen. Der Eingang von Neuaufträgen für diesen Industriezweig erreichte im April sein höchstes Monatsniveau seit September 1981.

Der Verband der Werkzeugmaschinen-Hersteller selbst erklärt, daß die Zunahme der Aufträge ein soziales noch erheblich stärker ausgefallen ist, als die Statistiken des Ministeriums ausdrücken. Einer Umfrage der „Financial Times“ zufolge haben zwei führende Unternehmen der

Branchen in der ersten Hälfte dieses Jahres wertmäßig das dreifache und das doppelte der Aufträge der gleichen Vorjahreszeit bereinholen können.

Dieses Bild weist auf eine deutlich gestiegene Investitionsneigung vor allem in der metallverarbeitenden Industrie Großbritanniens und gleichzeitig auf einen Rückgang des Anteils importierter Werkzeugmaschinen auf Grund einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz hin. Dennoch dürfte der Anteil importierter Werkzeugmaschinen noch bei 50 Prozent liegen.

Die Auftragslage bei Werkzeugmaschinen gilt als verlässlicher Indikator für den konjunkturellen Trend. Den Statistiken des Ministeriums zufolge lagen die Neuaufträge aus dem Inland im April um 50 Prozent über dem Niveau von April 1983, die Exportaufträge um 40 Prozent.

OSTAFRIKA / Schwierige Wirtschaftslage - Niedrige Exportpreise - Hohe Schulden

Uganda profitiert von IWF-Kredit

rr. Nairobi/Lagos

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit von Großbritannien sind die Aussichten für die Wirtschaft Ostafrikas nach Darstellung von Experten noch immer unsicher. Die Länder kämpfen mit dem hohen Bevölkerungswachstum, mit unbefriedigenden Preisen für Rohstoffausfuhr, mit dem aufgrund steigender Zinsen zunehmenden Schuldendienst und mit Schwierigkeiten im Tourismusgeschäft wegen der fallenden Kaufkraft der Besucher.

Kenia, das lange als das attraktivste Land für Investitionen in Afrika angesehen wurde, leidet zudem unter der Dürre. Erst im Juni bat das Land im Westen um Getreide im Wert von 300 Millionen Dollar, um die Folgen des Winters zu lindern. Im Juni hatte Kenias Finanzminister George Saitoti das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für 1983 mit 3,9 Prozent angegeben, nach 3,4 Prozent 1982. Erste Sorgen bereitet dem Land auch der Schuldendienst, der 1982 auf 357 Mill. stieg, von 93 Mill. Dollar 1975. Kenia versucht seinen Außenhandel zu verbessern. Der Export von Kaffee, Tee und der Insektenblume sowie der Tourismus sind

allerdings keine ausreichenden Stützen.

Der nächste Markt für Kenias Exporte wäre das Nachbarland Tansania. Dessen Wirtschaft befindet sich jedoch in der schlimmsten Krise seit der Unabhängigkeit. Selbst eine Abwertung der Landeswährung um 26 Prozent im Juni schaffte keine nennenswerte Verbesserung. Kritiker im Parlament behaupten, die Wirtschaft stecke so tief im Sumpf, daß eine wirkliche Änderung selbst mit einem IWF-Kredit unmöglich sei. Mit Agrarerezeugnissen (vor allem Kaffee, Tabak, Sisal und Cashew-Nüsse) verdient Tansania 85 Prozent seiner Ausfuhrerlöse. Doch haben die Dürre, fehlende Maschinen und Anreize zur Produktion auch hier die Erzeugung im letzten Jahrzehnt nach Angaben von Ökonomen um 40 Prozent sinken lassen. Die Auslandsschulden über 2,2 Mrd. Dollar, die Inflation von über 35 Prozent und der Notwendigkeit, zehn Prozent der Nahrungsmittel einzuführen und 60 Prozent der Deviseneinnahmen für den Ölimport auszugeben, zehren an dem dünnen wirtschaftlichen Polster.

Rosiger scheinen die Aussichten für Uganda zu sein. Seit seiner Rückkehr an die Macht hat sich Präsident Milton Obote, vor seinem Sturz durch Amin ein linker Ideologe, in einen gelehrigen Schüler des IWF verwandelt. Dies brachte Uganda zwischen 1981 und 1983 IWF-Kredite von fast 400 Mill. Dollar ein. Nach amtlichen Angaben fiel die Inflationsrate 1983/84 auf 25 von 30 Prozent im Vorjahr. Im Juni nannte Obote für 1983 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 7,3 Prozent.

Nach vorläufigen Schätzungen für das Haushaltsjahr 1983/84 wird Uganda einen Zahlungsbilanzüberschuß von 34 Mill. Dollar erwirtschaften, nachdem 1981/82 ein Defizit von 92 Mill. Dollar entstanden war. Gegen politische Instabilität ist das Land noch nicht gefeit.

Gewalt beeinträchtigt die Wirtschaft Äthiopiens. Im nördlichen Drittel gibt es sporadische Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Guerrillas aus Eritrea und Tigre. Fachleute schätzen die Auslandsschulden des Landes auf über eine Mrd. Dollar, wozu schätzungsweise noch zwei Mrd. Dollar Schulden bei der UdSSR für Waffen und den Dienst von 6000 sowjetischen Beratern gerechnet werden könnten.

Argentinien hält an Sozialpolitik fest

AFP, Buenos Aires

Der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun hat die Entscheidung der Regierung in Buenos Aires bekräftigt, ihre bisherige Lohn- und Gehaltspolitik fortzusetzen.

In der landesweit im Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache erläuterte Grinspun einen mittelfristigen Wirtschaftsplan und sprach die Hoffnung aus, daß der internationale Währungsfonds (IMF) die ihm vor kurzem übermittelte Absichtserklärung der Regierung billige.

Er betonte, die Festigung der Demokratie in Argentinien hänge weitgehend von den Maßnahmen ab, die zur Sanierung seiner Wirtschaft getroffen würden. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten sozialpolitischer Ziele gehen.

Grinspun verwies darauf, daß seit Amtsantritt von Präsident Raul Alfonsín der Mindestlohn im Lande um 700 Prozent erhöht wurde. Er gestand ein, daß die Bemühungen der Regierung, die Inflation zu drosseln, in den ersten sieben Monaten ihrer Amtszeit noch keinen Erfolg hatten. Argentinien habe im ersten Halbjahr 1984 einen Handelsüberschuß von 2,8 Mrd. Dollar erzielt.

LUFTFAHRT / London diskutiert Liberalisierung

British Airways übt Kritik

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien hat eine heftige Diskussion über die künftige Luftfahrt des Landes eingesetzt. Anlaß ist ein jetzt veröffentlichter Bericht der Zivilluftfahrt-Behörde CAA, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die Vorrangstellung der noch staatlichen Fluggesellschaft British Airways zugunsten kleiner und unabhängiger Airlines drastisch abzubauen. Die Regierung Thatcher beabsichtigt, British Airways im kommenden Frühjahr durch einen Verkauf an der Börse zu privatisieren.

Dem CAA-Bericht zufolge soll im Interesse von mehr Wettbewerb eine ganze Reihe von British Airways-Strecken an British Caledonian und andere unabhängige Fluggesellschaften abgetreten werden. Dazu zählen alle British Airways-Dienste vom zweiten Londoner Großflughafen Gatwick nach Kontinental-Europa (insbesondere Spanien und Portugal), etliche Europa-Flüge von den britischen Flughäfen Aberdeen, Belfast, Birmingham, Edinburgh, Glasgow und Manchester (damit die Strecken Birmingham-Düsseldorf und Frankfurt, Edinburgh-Düsseldorf, Glasgow-Düsseldorf, sowie Manche-

ster-Düsseldorf und Frankfurt) und schließlich die Langstreckenflüge von London-Heathrow nach Zimbabwe, Dhahran und Jeddah.

Der nach sechsmonatigen Studien angefertigte Bericht fordert die Regierung außerdem auf, die Regulierung inländischer Flugpreise aufzuheben und auf den Inlandsflügen durch die Vergabe von Streckenrechten für alle interessierten unabhängigen Gesellschaften mehr Wettbewerb einzuführen - jedenfalls zunächst in einem zweijährigen Experiment.

Die Empfehlungen der Luftfahrtbehörde sind auf heftigste Kritik der British Airways-Vorstandsräte gestoßen. Chairman Lord King nannte sie „verderblich und unannehmbar“. Er und seine Vorstandsmitglieder würden sich mit allen Mitteln gegen jede Streckenkürzung stemmen. Derartige Versuche würden nur das Privatisierungsvorhaben der Regierung gefährden. Sollten die Vorschläge tatsächlich realisiert werden, dann stünden nicht nur der finanzielle Erfolg von British Airways und unzählige Arbeitsplätze auf dem Spiel, sondern die Privatisierung der Fluggesellschaft müßte auch um mehrere Jahre verschoben werden.

Fonds HM 9060

Der Wert einer Anteilseinheit am Anlagestock unserer durch die HMI-Organisation verteilten Fondspolice betrug am 1. 7. 1984 DM 171,80.

Der Anteilpreis des von der dresdner bank investment management Kapitalanlagegesellschaft mbH verwalteten Fonds HM 9060, in dem die Mittel des Anlagestock der Fondspolice angelegt werden, war zum gleichen Zeitpunkt DM 111,75.

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG

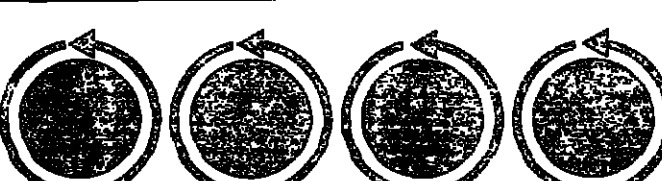
CIA doubles Reagan, Andropov, Gromyko, Pöppel, Wilese, Justice Dept. to blackmail Pfizer, Inc. and have me replaced by a double with pay to be money to buy Supreme Court appointment. See all my other ads, especially those placed within the Colonnade Hotel, Montreal 1978-79. Plastic surgery on my nose and ears thirty years ago has prevented CIA from gaining control of my psyche as has happened with most all others. I.e. Kremlin Politburo, Zev. Hotel Nürnberg, XXXXX-KX-SLA Camera.

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

Die SLOAN BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN

bekämpft weltweit Hunger Blindheit und Aussatz
Helfen Sie uns, damit wir weiterhelfen können:
DM 10 blindheitsverhütende Medikamente
DM 30 für eine das Augenlicht rettende Operation
DM 50 für monatliche Medikamente für 10 Aussätzige

SLOAN BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN 31, Postfach Postfach, Köln 157 794-506 / Sparkasse Siegen 5189 3275



Suchen Sie Selbständigkeit?

Arbeiten Sie selbstverantwortlich, selbstdiszipliniert, selbstkritisch? Dann bietet Europas größte Versicherung Ihnen eine Chance, als Spezialist für betriebliche und private Versorgungsfragen ein komplettes Paket zur Zukunftssicherung zu verkaufen - auch wenn Sie bisher nicht im Versicherungsfach tätig waren. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, dem 28. Juli, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

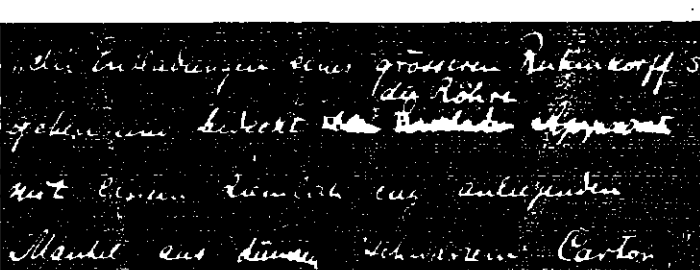
Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen - von Röntgen selbst X-Strahlen genannt - welche die Eigenschaften haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblenchen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere“: vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Kölliker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute - fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen - bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinstitutionen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

*) * 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.



Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etsats der von ihm betreuten Stiftungen - unabhängig vom Staat - Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung - vor allem die Früherkennungsforschung - und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geisteswissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer DIE Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Advertisement for 'DIE WELT' newspaper, including subscription rates and contact information.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Anst. Springer, Matthias Walden
Verlag:
Chiffreanzeigen: Wilhelm Hertz-Verlag, c/o Dr. Herbert Krump
Sticht: Chiffreanzeigen: Peter Gillies, Bruno Walther, Dr. Christel Zehn
Berater der Chiffreanzeigen: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Dietrich Goss, Klaus Brum, (red.)
Chefs von Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Fred. W. Hoening, Heinz Klinge-Labbe, Jens-Martin Lohde, Bonn; Horst Hillebrand, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1: politische Redaktion: Gernot Pätzsch, Deutschland; Norbert Koch, Rüdiger v. Wolpert, (red.); Internationale Politik: Manfred Meuser; Ausland: Jürgen Lindner, Maria Wöhrle (red.); Seite 2: Barbara Müller, Dr. Manfred Burrell, (red.); Marktgänge: Hans von Loewenstern (verw.), Hans Stoll, Bendoric, (red.); Medizin: Bendoric, (red.); Wirtschaft: Günter Lohde, (red.); Kultur: Carl Gustaf Ströhm, (red.); Sport: Hans Bommann, (red.); Industrie: Claus Dreyer, (red.); Politik: Dr. Peter Wenz, (red.); Recht: Reinhold Bruch, (red.); Gerechtigkeit: WELT: Dr. Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 3: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 4: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 5: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 6: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 7: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 8: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 9: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 10: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 11: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 12: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 13: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 14: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 15: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 16: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 17: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 18: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 19: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 20: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 21: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 22: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 23: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 24: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 25: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 26: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 27: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 28: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 29: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 30: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 31: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 32: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 33: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 34: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 35: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 36: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 37: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 38: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 39: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 40: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 41: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 42: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 43: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 44: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 45: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 46: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 47: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 48: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 49: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 50: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 51: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 52: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 53: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 54: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 55: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 56: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 57: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 58: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 59: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 60: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 61: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 62: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 63: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 64: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 65: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 66: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 67: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 68: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 69: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 70: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 71: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 72: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 73: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 74: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 75: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 76: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 77: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 78: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 79: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 80: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 81: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 82: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 83: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 84: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 85: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 86: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 87: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 88: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 89: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 90: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 91: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 92: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 93: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 94: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 95: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 96: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 97: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 98: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 99: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 100: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 101: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 102: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 103: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 104: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 105: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 106: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 107: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 108: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 109: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 110: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 111: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 112: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 113: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 114: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 115: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 116: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 117: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 118: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 119: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 120: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 121: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 122: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 123: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 124: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 125: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 126: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 127: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 128: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 129: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 130: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 131: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 132: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 133: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 134: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 135: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 136: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 137: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 138: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 139: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 140: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 141: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 142: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 143: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 144: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 145: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 146: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 147: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 148: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 149: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 150: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 151: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 152: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 153: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 154: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 155: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 156: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 157: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 158: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 159: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 160: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 161: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 162: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 163: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 164: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 165: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 166: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 167: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 168: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 169: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 170: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 171: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 172: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 173: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 174: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 175: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 176: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 177: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 178: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 179: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 180: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 181: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 182: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 183: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 184: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 185: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 186: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 187: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 188: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 189: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 190: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 191: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 192: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 193: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 194: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 195: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 196: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 197: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 198: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 199: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 200: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 201: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 202: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 203: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 204: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 205: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 206: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 207: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 208: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 209: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 210: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 211: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 212: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 213: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 214: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 215: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 216: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 217: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 218: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 219: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 220: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 221: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 222: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 223: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 224: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 225: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 226: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 227: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 228: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 229: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 230: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 231: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 232: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 233: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 234: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 235: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 236: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 237: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 238: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 239: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 240: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 241: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 242: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 243: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 244: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 245: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 246: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 247: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 248: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 249: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 250: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 251: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 252: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 253: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 254: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 255: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 256: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 257: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 258: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 259: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 260: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 261: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 262: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 263: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 264: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 265: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 266: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 267: Hans-Jürgen Fritzsche, (red.); Seite 268

Montag, 22. Juli 1984 - Nr. 170 - DIE WELT

US-LUFTFAHRT / Zinsen zehren Betriebsgewinn auf

Mehr Passagiere befördert

H.A. SIEBERT, Washington
Mehr US-Bürger als je zuvor sind im vergangenen Jahr mit einem Flugzeug gereist. Gegenüber 1982 stieg ihre Zahl um acht Prozent von 294 auf 318 Mill. Gemessen an der Gesamtbevölkerung waren das 1,35 Flüge pro Kopf. Wie die Air Transport Association (ATA), der amerikanische Nationalverband, in Washington weiter mitteilte, benutzten 82 Prozent der Passagiere ein Billig- oder Diskonticket, verglichen mit 78 und 71 Prozent in 1982 und 1981. Der Billigtarif macht im Durchschnitt 48 Prozent des Volltarifs aus. In den beiden Vorjahren waren es 46 Prozent.

Nach Angaben der ATA erreichte der zusammengefasste Betriebsgewinn der amerikanischen Fluggesellschaften 310 Mill. Dollar bei Gesamteinnahmen in Höhe von 39 Mrd. Dollar. Die Durststrecke nach den vorausgegangenen drei Verlustjahren, die den Firmen ein Betriebsminus von nahezu 1,5 Mrd. Dollar bescherten, ist allerdings noch nicht überwunden.

Die enormen Zinszahlungen für die stark beladenen Flotten verkehren

den Betriebsgewinn in einen Gesamtverlust von 188,1 Mill. Dollar. 1982 machte er jedoch noch 915,8 Mill. Dollar aus. Für 1984 rechnet die ATA mit einem Betriebsgewinn von mehr als eine Mrd. Dollar. Wieviel davon bei weiter steigenden Zinsen übrigbleibt, ließ sie offen. 1983 betrug die Gewinnmarge 0,8 Prozent, gegenüber fünf Prozent im Durchschnitt der US-Industrie.

Seit dem Deregulierungsgesetz von 1978 ist in den USA die Zahl der Interstate-Airlines von 36 auf 123 gewachsen. Registriert wurden die ersten Konkurse seit der Schaffung der US-Luftfahrtbehörde im Jahr 1938. Braniff, Continental und Air Florida fliegen wieder oder noch.

Laut ATA beschäftigten die nationalen und regionalen Fluggesellschaften in den USA im letzten Jahr 328 650 (1982: 330 500) Mitarbeiter und 27 000 Piloten. Gemessen am Passagieraufkommen je Meile führen United, Eastern und Delta die Liste der US-Carrier an. PanAm, American Airlines und Northwest sind die größten internationalen Netz, rangiert auf dem achten Platz.

BADENIA / Neugeschäft mit deutlichem Zuwachs

Bausparer zahlen munter

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wenigstens für die nächsten zehn Jahre macht sich Achim Zink, Vorstandsvorsitzender der Badenia Bausparkasse AG, Karlsruhe, keine Sorgen um den Fortbestand des Bauspargeschäfts. Dafür führt er mehrere Gründe ins Feld:

- Vorwiegend ist die Nachfrage nach „Haushalten“ noch, auch wenn die Bevölkerung sich gegenläufig entwickelt.
- Erstmals seit 100 Jahren tritt die Situation ein, daß eine nachfolgende Generation auf breiter Ebene erbt. Hier entsteht großer Umbaubedarf.
- Das Wohneigentum gewinnt immer noch an Bedeutung, auch im Zusammenhang mit der wachsenden Skepsis gegenüber der staatlichen Altersversorgung.
- Im Mietwohnungsbereich entsteht ein wachsender Bedarf an Altbauseinrichtung.

All das sorgt auch weiterhin für Nachfrage nach Baufinanzierung. Bei der fünfgrößten deutschen Privat-Bausparkasse geht es auch in diesem Jahr trotz Streiks noch flott voran. Zwar verläuft der Geldengang etwas

zäher, doch immer noch mit deutlichen Zuwachsraten. Das eingelöste Neugeschäft ist im ersten Halbjahr weiter um 13 Prozent auf eine runde Milliarde DM gewachsen.

Auch 1983 hat das Institut sein Neugeschäft um 14,5 Prozent auf 1,9 (1,87) Mrd. DM ausgeweitet, weit stärker also als die Branche, die auf einen Durchschnitt von 4,8 Prozent kam. Damit stieg der Bestand auf 441 400 (427 600) Verträge mit einem Volumen von 14,6 (13,4) Mrd. DM. Auch der Geldengang wuchs um gut 10 Prozent auf 728 (661) Mill. DM, so daß sich die Bauspareinlagen auf 1,7 (1,6) Mrd. DM erhöhten.

Bei einem Darlehensbestand von 1,4 (1,3) Mrd. DM ergab sich ein Anlagegrad von 78 Prozent und damit eine nach wie vor gute Liquiditätslage. Sie ermöglichte es auch, die Wartezeit – berechnet auf die Vollaufzahlung von 40 Prozent – von 36 Monaten beizubehalten. Damit liegt die Badenia immer noch um rund 12 Monate unter dem Hauptfeld der Branche. Größter soll der Abstand nicht werden, damit der Andrang der „Schnellsparer“ nicht zu groß wird.

RENTENMARKT / Kurse sind bemerkenswert stabil

Auslandsanleihen schwach

In einer bemerkenswert stabilen Verfassung präsentierte sich der Rentenmarkt. Der hohe Dollarkurs und die Befürchtung weiterer steigender Zinsen in den USA haben das Marktgeschehen überraschend wenig beeinflusst. Dies liegt sicherlich zu einem großen Teil daran, daß die reale Zinsdifferenz von sechs Prozent zwischen D-Mark und Dollaranleihen den deutschen Rentenmarkt gegenüber leichten Zinsschwankungen in den USA immun machen. Eine nach-

haltige Besserung kann am Rentenmarkt allerdings nach Ansicht der Vereins- und Westbank, Hamburg, nur eintreten, wenn dieses hohe Zinsgefälle fühlbar verringert wird. Nur bei den D-Mark Auslandsanleihen mußten die Kurse auf Grund von ausländischen Abgaben zurückgenommen werden. Die Rendite dieser Titel stieg gegenüber der Vorwoche von 8,10 auf 8,23 Prozent. Die Anleihen von Bund, Bahn und Post rentieren unverändert mit 7,65 Prozent. (10)

Emissionen	20.7.	13.7.	28.12.	30.12.	30.12.
	84	84	83	82	81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,65	7,65	7,65	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,68	7,68	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,68	7,68	7,63	7,61	10,28
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,69	7,67	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,42	7,41	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,28	8,19	8,20	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,69	7,68	7,69	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,23	8,10	8,08	8,45	10,32

HORNSCHUCH / Textilsparte hat den beträchtlichen Umsatzrückgang verkraftet

Die Dividenden-Prognose bekräftigt

WERNER NEITZEL, Weibach

Die rund 4500 Aktionäre der Konrad Hornschuch AG, Weibach/Württ., Hersteller so bekannter Kunststoff- und Kunstleder-Erzeugnisse wie „d-c-far“, „akal“ oder „laif“ sowie von Bett- und Tischwäsche (Marke „email“), können davon ausgehen, daß für das laufende Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von „mindestens 10 Prozent“ gezahlt wird. Mit dieser Feststellung unterstrich Hornschuch-Vorstandsvorsitzender Reinhard Merkle die vom Dezember vergangenen Jahres anlässlich der Verbreiterung des Aktienkreises und der Einführung der Hornschuch-Aktie in den geregelten Freiverkehr der Börsen in Frankfurt und Stuttgart gemachte Prognose. Immerhin hat Hornschuch, dessen Aktienkapital von 30,8 Mill. DM in der neuen Verteilung zu 51 Prozent bei der vor allem als Spanplatten-Hersteller tätigen Kunz-Gruppe, Gschwend/Württ., liegt und der Rest breit gestreut ist, das letzte Mal vor zehn Jahren, also für 1974, eine Dividende (8 Prozent) ausgeschüttet. In den Folgejahren war Hornschuch

schwer ins Schleudern geraten, wofür hohe Steuernachforderungen und durch Mismanagement ausgelagerte Fehlentwicklungen die Ursache waren. Dem von Pegulan zu Hornschuch übergewechselten Merkle gelang es, das Weibacher Unternehmen in einer vierjährigen Sanierungsphase wieder auf festen Boden zurückzuführen.

Mit dem Geschäftsverlauf von Hornschuch im ersten Halbjahr 1984 ist Merkle „sehr zufrieden“. Das Umsatzplus lag bei 9 Prozent. In Anbetracht der Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie – auch Hornschuch liefert einige Erzeugnisse in die Autoindustrie – rechnet er für das ganze Jahr vorsichtig mit einem Umsatzzuwachs von etwa 5 Prozent. Das Betriebsergebnis habe sich weiter verbessert.

Besser läuft es mit einer Umsatzzunahme von 5 Prozent auch in der Textildivision (Werk Urbach), die rund ein Viertel des Hornschuch-Umsatzes repräsentiert. In dieser Sparte hatte Hornschuch mit seiner Produktgruppe Bekleidungsdamast einen beträchtlichen Umsatzrückgang

infolge währungspolitisch bedingter Schwierigkeiten westafrikanischer Abnehmerländer verkraften müssen. Dies war auch der Grund dafür, weshalb der gesamte Hornschuch-Umsatz in 1983 mit 194 Mill. DM um 3,2 Prozent unter dem Vorjahr lag. Neue Produkte sollen dem Geschäft zusätzlichen Schub geben.

Die Exportquote hat sich auf 35,2 (39) Prozent ermäßigt. Viel verspricht sich Hornschuch von verstärkten Vertriebsanstrengungen in den USA. Unter dem Strich erscheint ein Jahresüberschuss von 4,8 (0,16) Mill. DM, von dem 1,8 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und der Rest vorgetragen werden. Steuerliche Verlustvorträge in zweistelliger Millionenhöhe können noch für die nächsten beiden Jahre in Anspruch genommen werden. Das Ergebnis ist stark beeinflusst von außerordentlichen Erträgen. Der Cash-flow hat sich auf 10,4 (5,4) Mill. DM verbessert. Investiert wurden 7,2 (5,2) Mill. DM bei 4,9 (4,9) Mill. DM Abschreibungen. Für 1984 sind 10 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Hornschuch beschäftigt am Jahresende 1979 (1983) Mitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hoher Umsatzausfall

Geislingen/Steige (dpa/VWD) – Die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, peilt für 1984 trotz eines arbeitssampfordingten Umsatzausfalls von schätzungsweise 40 Mill. DM ein „noch vorzeigbares Ergebnis“ an. Wie Vorstandsvorsitzender Wilfried P. Bromm vor der Hauptversammlung in Geislingen sagte, könne der Umsatzrückstand 1984 mit Sicherheit nicht mehr aufgeholt werden. Der WMF-Umsatz lag im 1. Halbjahr mit 230,5 Mill. DM bei nur 87,3 Prozent des Vorjahreswertes. 1983 war der Umsatz der AG um zwei Prozent auf 564,2 Mill. DM und der Gruppenumsatz um 0,8 Prozent auf 636,3 Mill. DM zurückgegangen. DM. Die HV genehmigte 6 DM Dividende für die Stammaktien, die zwei Jahre nicht bedient werden konnten.

Marktanteil vergrößert

Bremen (dpa/VWD) – Die Bremer Großrüsterei Eduscho GmbH u. Co. KG meldet für das 1. Halbjahr eine Absatzsteigerung von 30 Prozent. Die Ertragslage der Gruppe habe sich trotz gestiegener Rohstoffpreise weiter positiv entwickeln können. Im Non-food-Geschäft sei in den ersten fünf Monaten ein Umsatzzuwachs von 20 Prozent erzielt worden. Eduscho hat nach eigenen Angaben im 1. Halbjahr mit einem Marktanteil von 17 Prozent rund vier Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnitt 1983 gewonnen und liege damit an vierter Stelle hinter Jacobs mit einem Anteil von 23 (1. Halbjahr 1983: 23) Prozent, Tchibo mit 18 (22) Prozent und gleich mit Aldi (14).

Weiter ohne Dividende

Elbfleth (VWD) – Die Elbflether Werft AG, Elbfleth, zahlt auch für das

Geschäftsjahr 1983 keine Dividende. Der HV am 29. August wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 173 502 DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Leichter Gewinnrückgang

London (fu) – British Telecom, das im Herbst von der Regierung privatisiert wird, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (März) einen Gewinn in Höhe von 990 Mill. Pfund (3,74 Mrd. DM) erzielt. Das sind zwar weniger als die 1,031 Mrd. Pfund im Jahr zuvor. Aber die Geschäftsführung erklärt den leichten Rückgang damit, daß die Fernmeldegebühren in den zwei Jahren bis zum November 1983 eingefroren waren. Die Umsatzerlöse der erreichte 14,4 Prozent (Umsatz 6,876 Mrd. Pfund). Die Kostenanteile konnten um 5,8 Prozent reduziert werden, vor allem weil die Mitarbeiterzahl um 4800 auf 241 000 verringert wurde.

SIGNAL / Jetzt Rundum-Versicherer für Privatkunden

Erstmals Überschüsse zur Beitragssenkung

HARALD POSNY, Dortmund

Bei den drei Signal-Versicherungen (Kranken, Unfall, Leben), war das Geschäftsjahr 1983 von gebremstem Beitragswachstum, erneut gestiegenen Überschüssen, gesunkenen Kostensätzen und weiter gewachsenen Kapitalerträgen gekennzeichnet. Als besonders bemerkenswert jedoch hob Vorstandsvorsitzender und -neuerdings – Vorsitzender des Verbandes der privaten Krankenversicherung, Heinrich Frommknicht, die erstmals seit Jahrzehnten auch absolut gesunkenen Aufwendungen für Versicherungsfälle hervor.

Dadurch konnten sowohl bereits geplante Beitragsanpassungen während des Geschäftsjahres reduziert und für 1984 Beitragsgestaltbarkeit für den Bestand garantiert werden. Die günstige Reaktion auf alle Kostendämpfungsmaßnahmen verlangt auch keinen Zwang, bei notwendigen Prämiensteigerungen „voll zuzahlen zu müssen“. Daher auch die geringen Beitragszuwächse.

Unabhängig von einer eventuellen Leistungsfreiheit erhalten erstmals alle Kunden einen zunächst auf ein Jahr befristeten Beitragsnachschuß von 5 Prozent der Tarifbeiträge, der Mitte 1985 in einer Summe ausgezahlt wird. In der höchsten „Schadenfreiheits-Klasse“ ohne Inanspruchnahme von Leistungen über drei Jahre hinweg

sollen erneut 5 Monatsbeiträge (42 Prozent der Jahresprämie) erstattet werden.

Nach den Worten Frommknichts gibt es jedoch wieder vermehrte Anzeichen für eine Umkehr des Schadentrends. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres sind die Versicherungsaufwendungen um 7 Prozent gestiegen, dagegen die Prämien nur um 2,2 Prozent. Die Zahl der Tarifversicherten ist 1983 auf 1,37 (1,34) Mill. gestiegen, darunter die Zahl der Vollversicherten auf 478 000 (474 000). Vom Bruttoüberschuß von 152 (121) Mill. DM gehen 91 (90) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, 14 (12) Mill. DM fließen in die Rücklagen.

Als viertgrößter deutscher Unfallversicherer, der seit 1979 auch als Kompositversicherer am Markt ist und zum 1. Januar 1985 die Kfz-Versicherung aufnimmt, hat Signal 1983 das Prämienvolumen um 5,6 (7,2) Prozent auf 256 Mill. DM gesteigert, von denen 246 Mill. DM (plus 4,9 Prozent) auf die Unfallversicherung entfallen. Für Versicherungsfälle wurden 135 (131) Mill. DM aufgewendet.

Das technische Ergebnis weist einen Gewinn von 10,4 (4,9) Mill. DM aus. Das Ergebnis des allgemeinen Geschäfts (Kapitalerträge) steht mit 36 (31) Mill. DM zu Buch. Der Jahres-

überschuß geht voll in die Rücklagen. Wie in den Vorjahren profitieren die Versicherten auch hier von den erstatteten 1,5 Monatsbeiträgen aus dem Bruttoüberschuß.

Mit der 1983 erfolgten Umfirmierung der früheren Signal Sterbegeldversicherung in Signal Lebensversicherung AG wurde zum Jahresbeginn 1984 im größten Teil des Bundesgebietes das Geschäft als Großlebensversicherer aufgenommen. Damit hat die Gruppe (Prämienvolumen 936 Mill. DM von 1,76 Mill. Versicherten und über 2 Mrd. Kapitalanlagen) ihr Angebot als Rundum-Versicherer für die privaten Haushalte komplettiert.

Signal Kranken	1983	± %
Beiträge (Mill. DM)	885	+ 1,7
Aufw./Vers.-Fälle	594	+ 2,0
Vers.-Leistung	810	+ 1,9
Aufw./Beitr.-Rückst.	138	+ 25,8
Rückst./Beitr.-Rückst.	261	+ 14,1
Kapitalanlagen	1085	+ 14,7
Kapitalerträge	122	+ 16,2
in % d. Beitr.	1983	1982
Schadenquote	68,7	71,3
Leistungsquote	93,7	93,5
Kostenquote	13,9	13,4
Überschußquote	17,5	14,3

¹Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellungen; ²Sch. Depostford.; ³Netto; ⁴Durchschnittswerte; ⁵7,6 (7,6) Prozent; ⁶Aufw. f. Vers.-Fälle u. Erfolgsanbahn. Beitr. Rückst.; ⁷Vers.-Leistung; ⁸Abbed. u. Verw. Kosten; ⁹Bruttoüberschuß.

Schneller Sturz

Wb. – Erwartet hatte man es schon lange. Die Form jedoch, in der das Volkswagenwerk nun seine Ungeduld mit der mürrischen Tochter Triumph-Adler bekundet, überrascht. Da wird mit Peter Nieder ein Vorstandsmitglied in die Wüste geschickt, dem es in nur zweieinhalb Jahren – wenn auch mit gewaltiger finanzieller Unterstützung der Muttergesellschaft – gelungen ist, viele der Fehlentscheidungen langer Vorjahre auszubügeln. Zum Beispiel die, viel zu lange an der elektromechanischen Schreibmaschine festzuhalten, als der Zug schon längst in Richtung Elektronik abgefahren war.

Nieder kramte in seiner kurzen Amtszeit die total heruntergekommene Fertigungsstruktur der Inlandsgruppe um, und er hinterläßt eine Büromaschinenproduktion, die an Automatisierungsgrad und Flexibilität mit allen Japanern mithalten kann. Er hinterläßt auch ein Typenprogramm, mit dem ein möglicherweise weniger phantasie-

begabter Nachfolger noch eine ganze Weile sehr gut leben kann. Und zu seinem Erbe gehört – leider – auch ein Computergeschäft, das seit der Übernahme der US-Gesellschaft Pertec Ende 1979 sehr wenig Freude gemacht hat.

Mit seinem schon vor der Ära Triumph-Adler gepflegten Faible für alles Elektronische wollte Nieder aber auch von diesem Geschäft möglichst wenig Abstriche machen, nicht zuletzt wohl aus der Einsicht heraus, daß die klassische Büromaschine in wenigen Jahren – so überhaupt noch in großen Stückzahlen benötigt – nur noch ein Teil der Computerperipherie sein wird.

Diese Zielrichtung dürfte ein wesentlicher Grund für seinen „Sturz“ gewesen sein. Ob es klug war, als Nachfolger einen eingefleischten Automobilmann wie VW's Nigeria-Statthalter Wolfram Nadebusch einzusetzen, muß sich noch erweisen. Es ist mit Sicherheit etwas anderes, Santanas in Lagos zu verkaufen als Computer beim deutschen Mittelstand. Und daß alzu kurzfristige Verlustorientierung Entscheidungen im Computerbereich sehr teuer werden können, das hat auch die AEG-Tochter Olympia schon erfahren müssen.

SCHWEIZ / Asuag-SSIH noch nicht über den Berg

Uhrengruppe mit Verlust

IRENE ZÜCKER, Genf

„1983 wird für die Asuag-SSIH-Gruppe als Jahr der großen Veränderungen, aber auch als ein Jahr voller neuer Probleme in Erinnerung bleiben“, so leitet Verwaltungsratspräsident François Milliet den Geschäftsbericht 1983 ein. Die im Dezember mit Finanzsprüfern der Banken zur 1983/84 (März) einen Gewinn in Höhe von 990 Mill. Pfund (3,74 Mrd. DM) erzielt. Das sind zwar weniger als die 1,031 Mrd. Pfund im Jahr zuvor. Aber die Geschäftsführung erklärt den leichten Rückgang damit, daß die Fernmeldegebühren in den zwei Jahren bis zum November 1983 eingefroren waren. Die Umsatzerlöse der erreichte 14,4 Prozent (Umsatz 6,876 Mrd. Pfund). Die Kostenanteile konnten um 5,8 Prozent reduziert werden, vor allem weil die Mitarbeiterzahl um 4800 auf 241 000 verringert wurde.

Insgesamt hat die neue Gruppe das letzte Jahr etwas besser bewältigt als die gesamte hevetische Uhrenindustrie. Die finanziellen Ergebnisse sind insgesamt jedoch alles andere als befriedigend. Der Konzernumsatz von 1,77 Mrd. DM liegt rund 14 Prozent unter dem Wert, den die beiden getrennt arbeitenden Gesellschaften 1982 erwirtschaftet hatten. Der konsolidierte Gesamtverlust von 211 Mill. DM entstand zur Hälfte aus betrieblichen Aktivitäten und zur Hälfte aus außerordentlichen Aufwendungen. Zur Neutralisierung des Verlustes werden die bei der Sanierung dafür vorgesehenen Pauschalrückstellungen und Reserven herangezogen.

In der Gruppe Fertigungsprodukte erzielte 1983 nur Rado, GWC und Endura befriedigende finanzielle Ergebnisse. Auch Hamilton/Lancaster schreibt schwarze Zahlen. Dagegen

erwirtschafteten das Flaggschiff Omega sowie Longines, Eterna, Certina und Mido rote Zahlen, während Tissot bei leichten Umsatzeinbußen ausgiebiges abschloß. Ein „alle Erwartungen übertreffender Erfolg“ war die Billigmarke Swatch, von der zwischen der Lancierung im Frühjahr 1983 bis Ende des Jahres 1,1 Mill. Stück verkauft wurden. Der Konzernbereich Werke und Bestandteile vermochte sich im abgelaufenen Jahr geringfügig zu verbessern, während das Profit-Center Industrieprodukte keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielte.

Noch verfügt Asuag-SSIH auch nach dem erlittenen Substanzverlust über Rückstellungen und Reserven, so daß ein Auffragnetz von rund 611 Mill. DM vorhanden zu sein scheint. Die stillen Reserven hingegen sind aufgebraucht. Die Fusion im Dezember 1983 war für die Zukunft des Konzerns zwar wichtig, die getroffenen Maßnahmen konnten jedoch noch keine meßbaren Resultate bringen. Für das laufende Jahr wird von der Geschäftsleitung nochmals mit einem Verlust gerechnet, obschon sich in den ersten vier Monaten 1984 die Umsätze und Ergebnisse der wichtigsten Gesellschaften des Konzerns positiv entwickelten. In der Schweizer Uhrenindustrie stiegen im ersten Quartal die Exporte um 11 Prozent. Dennoch: Der Uhrenkoloss krankt an ungenügenden Verkäufen, Werbe- und Marketinganstrengungen und er verfügt über enorme Lager veralteter Modelle. Nach wie vor gibt es im größten Schweizer Uhrenkonzern mit über 12 000 Mitarbeitern darüber hinaus keinen vollverantwortlichen Konzernleiter.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Meens Bedachungen GmbH; Herzogenrath: Alfeld (Leine): Elektro-Fischer; Dietrich u. Hermann Fischer oHG; Dietrich Fischer; Hermann Fischer; Bonn: Karin Peters, Taxiunternehmen; Bergisch Gladbach: Elke Hartmann, Ristrath; Bielefeld: HYPAR Ges. f. Industrie-Hydraulik mbH; Steinhagen: Petzold: WIMA-Innenbau GmbH; Lemgo: Essen: „Vitafrisch“ Papier-u. Kunststoff-Handels-GmbH; Frankfurt/M.: Dr. Wolf Grundstücks-Ges. mbH (L.); Friedberg: Kicker; Freizeitmode GmbH, Braunschweig: Gelahnseser; Ing. Bruno Pfeiffer GmbH; Gammarsbach: Gebrüder Frieslingsdorf GmbH u. Co. KG; Hückeswagen: Hamm: Elva Fabrikation f. Großküchen-Einrichtungen; Kirchbany & Co., Unna-Heiden; Köln: Kluth jun. GmbH, Frechen;

Stockwold Handelses. f. Schweißtechnik mbH; Lörzsch: Nachl. d. Margarete Schmitz, Schliengen-Lied; Nienburg: Werner Westermann, Kaufm.; Nordhorn: Gerhard Neundorff GmbH & Co. KG; Gerhard Neundorff Verwaltungen; mbH; Osnabrück: RSW Baudienste Vermittlung GmbH & Co. KG; Becklinghausen: Fritz W. Exner GmbH; Salzgeber: Hans-Henning Awe, Inh. d. Gaststättenbetriebe Nordseezentrum Tossens, Butjadingen 3; Schleiden: Franz Josef Gebien, Bauunternehmer, Schleiden-Schöneiffen; Stuttgart-Bad Cannstatt: KG u. Carl Alfred Burger GmbH & Co. KG; Taubertschloßheim: Fenster-Kallding GmbH, Lauda-Königshofen; Villingen-Schwenningen: Leonhard Treinen, Blumberg-Zollhaus.

Egal, welche Karten Sie haben: den gibt's nur bei uns!

Wir akzeptieren folgende Kreditkarten: American Express, Diners Club, Eurocard, und als Kreditreferenz Inter Rent, Hertz, Avis und Europcar (Rechnungsstellung).

Wenn Sie also eine dieser Karten besitzen, können Sie Ihren 190€ auch borgeloes bei uns mieten. Reservieren Sie per Ortsgespräch unter: 01 30-33 66

Gutschein
Hiermit ist die Vergabe des Sixt Budget Kreditkarten-Guthabens bestätigt. Es ist möglich, das Guthaben für den Mietpreis zu verwenden. Es ist nicht möglich, das Guthaben für den Mietpreis zu verwenden. Es ist nicht möglich, das Guthaben für den Mietpreis zu verwenden.

* Und zwar für nur 66,- (+0,49/km) oder 175,- (incl. aller km) jeweils für ganze 24 Std. Übriges: die Sixt Budget Kreditkarte bringt Ihnen eine ganze Menge Vorteile mehr!

Sixt
Autovermietung

Sixt/Budget Autovermietung GmbH
Seitzstr. 9-11, 8000 München 22
Telefon 089/736 97-1

Budget
rent a car

An allen deutschen Flughäfen und Wirtschaftszentren.
Weltweit 2.500 Stationen.

Noch sechs Tage bis zur Eröffnungsfeier der XXIII. Sommerspiele in Los Angeles – Moskau sorgt für einen Eklat um die Olympia-Fahne

Und noch ein Boykott der Sowjetunion

dp/a, Los Angeles
Dem Startverbot für die Athleten läßt Moskau nun den Fahnen-Boykott folgen. Wie am Wochenende aus sicherer Quelle bekannt wurde, wird der Olympia-Gastgeber von 1980 seiner Pflicht, die traditionelle Olympia-Fahne bei der Eröffnung der XXIII. Olympischen Spiele an den Bürgermeister von Los Angeles, Tom Bradley, zu übergeben, nicht nachkommen. Statt dessen hat Moskau die Fahne bereits dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) formlos zukommen lassen.

Mit einer solchen Verhaltensweise verstoßen die Sowjets gegen die Regel 53 der olympischen Charta. In ihr wird der Ablauf der Eröffnungszeremonie unter anderem so festgelegt: „Ein Vertreter der Stadt, die die vorangegangenen Olympischen Spiele veranstaltet hat, übergibt die offizielle Olympia-Fahne dem IOC-Präsidenten, der sie dem Bürgermeister (des neuen Olympia-Gastgebers) ausliefert.“

Diese Fahnen-Übergabe zählt seit den Olympischen Spielen 1924 in Paris zur festen olympischen Tradition. Vier Jahre zuvor hatte das Nationale Olympische Komitee (NOK) Belgiens im IOC aus Anlaß der Sommerspiele 1920 in Antwerpen die satinierte Fahne gestiftet. Der Tradition entsprechend nahm die Übergabe jeweils der Bürgermeister vor.

Die Sowjets, die in Los Angeles trotz des nunmehr doppelten Boykotts mit 53 Funktionären, Kampfrichtern und Jury-Mitgliedern vertreten sind, haben ihr Fernbleiben von den Olympischen Spielen unter anderem mit dem Bruch der olympischen Charta begründet. Sollte Moskau am Samstag tatsächlich bei seinem Fahnen-Boykott bleiben, so wäre dies ein Verstoß gegen olympisches Gesetz. Die Sowjets hatten nach der Verkündung ihres Boykotts am 8. Mai wiederholt erklärt, sie würden auch künftig zur Unterstützung der olympischen Bewegung alles tun, unter strikter Einhaltung der olympischen Charta.

Mit dem sowjetischen Fahnen-Boykott würden die bevorstehenden Sommerspiele so beginnen, wie die Moskauer Spiele vor vier Jahren beendet hatten, nämlich mit einem Eklat. Bei der Schlussfeier im Lenin-Stadion wurden entgegen den IOC-Regeln weder die Nationalhymne der USA gespielt noch das Sternchenband gehißt. Statt dessen erklang die olympische Hymne, die Stadtfahne von Los Angeles wurde aufgezogen. Weißes Haus und Kreml hatten das IOC beim Ausklang der von den Amerikanern boykottierten Spiele gleichermaßen zu dieser Regelung gedrängt.

Die zwei Sowjet-Offiziere, die bisher in Los Angeles sind, haben es am Wochenende abgelehnt, zum Boykott der Ostblock-Staaten Stellung zu nehmen. IOC-Mitglied Vitaly Smirnow: „Ich bin hier als Chef der IOC-Programmkommission. Fragen Sie nur nach Problemen, die damit zusammenhängen.“ Die 88. IOC-Vollversammlung, die morgen beginnt, wird sich mit dem Boykott-Problem und damit auch mit der Zukunft Olympias befassen.

Der olympische Fackellauf endet am Samstagabend im Olympiastadion. Dann wird die Flamme das olympische Feuer entzündet. Für einen der 6550 verkauften Staffell-Kilometer mußten die Läufer je 3000 Dollar zahlen. Das zunächst vor allem von Olympia-Offiziellen scharf verurteilte Staffellprojekt hat nun offenbar auch die meisten seiner Kritiker überzeugt.

Einer der ungewöhnlichsten Fackelträger war am Freitagabend George Christie, der Boß der berühmten „Hell's Angels“ von Südkalifornien. Eskortiert von 200 Mitgliedern seiner Motorrad-Clique lief er seine 1000 Meter in wahrhaft olympischer Manier. Den einzigen Zwischenfall registrierte die Polizei beim Abmarsch: Die 200 „Hell's Angels“ rasten bei Rot über die Kreuzung.

Und das waren die Argernisse eine Woche vor Olympia-Beginn im einzelnen: Tausende von Amerikanern bestimmen das olympische Organisationskomitee (LAOOC) mit Protest-Anrufen, weil sie die schon vor Monaten im Voraus bezahlten Tickets noch immer nicht zugeschickt erhielten.

Die Preise in der Olympia-Stadt steigen. Ein Becher Kaffee kostet jetzt schon einen Dollar.

Die Journalisten schimpfen über einen absoluten Leitungswirrwarr: Bis gestern waren viele Anschlüsse noch gar nicht oder falsch geschaltet. Zeitungen und Agenturen können Meldungen nur über Notleitungen empfangen.

Die deutsche Olympia-Mannschaft scheint sich in Los Angeles wohl zu fühlen. Zwar ist ihr Quartier im olympischen Dorf der Universität von Südkalifornien alles andere als luxuriös, aber es ist ruhig – und die Verpflegung wird als erstklassig bezeichnet. Das, was die deutschen Olympia-Hoffnungen als „ruhige Lage“ einschätzen, ist Folge der äußerst strengen Sicherheitsmaßnahmen, die auch ihre Kritiker in Los Angeles finden.

Sechs Tage vor der Eröffnungsfeier der XXIII. Sommerspiele gerät Los Angeles immer weiter in den Bann Olympias. Zehntausende begrüßten am Wochenende das olympische Feuer, das vor 74 Tagen aus Griechenland in New York eingetroffen war. Zu Beginn der letzten Woche des Stofflaufs, der in 82 Tagen über insgesamt 15 000 Kilometer führte, wurden 150 km im Zick-Zack-Kurs in der Olympia-Stadt gelaufen. Heute verläßt das Feuer wieder die Millionenstadt und kehrt erst am Tag der Eröffnungsfeier (Samstag, 28. Juli) zurück.



Das Fazit sogenannter Olympia-Tests der Leichtathleten aus der Bundesrepublik ist deprimierend. Horst Blattgerste, der Referent für Leistungssport im Verband: „Die Situation vor einem großen internationalen Höhepunkt war seit langem nicht mehr so schlecht. Wir wünschen uns, in etwa das Niveau der beiden letzten Jahre halten zu können.“ Das wäre schon viel – bei der Weltmeisterschaft in Helsinki gab es immerhin zweimal Gold, fünfmal Silber, einmal Bronze. Jetzt gibt es Formschwäche, Verletzungen und Kranke im Team der 62 Athleten.

Ost-Berlin hatte mit seinem „Olympischen Tag“ seine Schaufenster-Veranstaltung. Mit großartigen Leistungen der Athleten, die nicht in Los Angeles starten dürfen. Uwe Hohn aus der „DDR“ übertraf eine Traumgrenze der Leichtathletik: 104,80 Meter im Speerwerfen. Die Bulgarin Ludmilla Andonowa erreichte mit 2,07 m Weltrekord im Hochsprung. Martina Koch stellte ihren eigenen Weltrekord über 200 m (21,71 Sek.) ein. Große Wettkämpfe, großartige Athleten, denen zu wünschen gewesen wäre, sie dürften in Los Angeles dabei sein.

„Olympischer Tag“ und Olympische Spiele sind zwei-erlei. Die rechte Freude kam in Ost-Berlin nicht auf. Immer deutlicher wird gerade bei den „DDR“-Funktionären der Ärger über den aufgezwungenen Boykott. Sportbund-Präsident Manfred Ewald auf die Frage nach einem möglichen Boykott der Spiele 1988 in Seoul: „Lassen Sie mich bloß damit in Ruhe, wir müssen erst mal mit Los Angeles fertig werden.“ Allgemeine Einschätzung: „Das Sportsystem der „DDR“ hält, mit Mühe, einen Olympia-Ausfall aus, ein zweiter ginge an die Substanz.“

Strittmatter: Doping oder Medizin?

sid/dpa, Los Angeles
Der Start von Bahnrads-Fahrer Gerhard Strittmatter bei den Olympischen Spielen in Los Angeles ist gefährdet. Bei dem Vierer-Weltmeister aus Böhmen soll von den deutschen Meisterschaften vor zwei Wochen in Bütten ein positiver Dopingbefund vorliegen. Werner Göhner, Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR), bestätigte in München, daß ein Verfahren wegen der Einnahme von Anabolika vor dem zuständigen Sportgericht laufe.

Strittmatter war im Juni in Kopenhagen schwer gestürzt und anschließend von Professor Armin Klümper in Freiburg behandelt worden. Offenbar wurden dem 23 Jahre alten Bankkaufmann dabei Anabolika-Mittel zur schnelleren Heilung seines Beckenrisses verabreicht. „Strittmatter wird dies wohl bei der Dopingkontrolle angeben und ein Attest des behandelnden Arztes vorlegen“, meinte Göhner.

Trotzdem wird ein Sportgerichts-Verfahren eingeleitet. „Die Werte des Attestes müssen mit denen der Urinprobe übereinstimmen. Außerdem muß sich der Athlet zu dem Sachverhalt äußern und einen Gegenbeweis verlangen“, sagte der BDR-Chef.

Sollte das Verfahren kein schuldhaftes Verhalten des Athleten nachweisen können und die Anabolika-Werte des Fahrers nur auf eine ärztliche Behandlung zurückzuführen sein, ist mit einer Sperre von Strittmatter nicht zu rechnen.

Allerdings räumte Göhner ein, daß damit der Olympia-Start des Weltmeisters noch nicht gesichert sei. „Er wird dann in Los Angeles vor dem Wettkampf von Professor Donike sehr sorgfältig untersucht werden“, erklärte der Präsident.

Einer der besten Radstafelfahrer der USA ist dagegen des Dopingmißbrauchs überführt worden. Die Urinprobe von Alexi Grewal enthielt am Mittwoch nach einem Rennen im US-Bundesstaat Colorado, das der 23jährige gewonnen hatte, unerlaubte Substanzen. Grewal wurde daraufhin mit einer im internationalen Radsport üblichen 30-Tage-Sperre belegt.

Vor dem Rennen über rund 150 km, das bei 36 Grad Hitze stattfand, hatte der US-Sportler nach eigenen Angaben ein chinesisches Vitaminpräparat eingenommen. Dieses Mittel wehrt Erkältungskrankheiten ab und enthält Substanzen, die nach der Dopingliste verboten sind. „Die Aufschrift war chinesisch. Ich habe mir nichts dabei gedacht“, meinte Grewal, der beim Nationalen Olympischen Komitee der USA Einspruch gegen die Sperre einlegen will.

Seoul 1988 „keine Frage“

dp/a, Los Angeles
Das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hat am Samstag bekräftigt, daß die nächsten Olympischen Spiele wie geplant 1988 in Seoul ausgetragen werden sollen. Nach der ersten Sitzung des IOC-Führungsgremiums in Los Angeles erklärte IOC-Direktorin Monique Berlioux, es sei „keine Frage, daß die Spiele in Seoul stattfinden“. Zugleich kündigte Monique Berlioux an, das IOC werde sich in den nächsten Tagen mit der Frage beschäftigen, ob die Teilnahme für die Nationalen Olympischen Komitees (NOK) zur Pflicht gemacht werden und ein Boykott mit Sanktionen bestraft werden soll.

Gegen die Teilnahme von Fußball-Profis am olympischen Turnier in Los Angeles liegt offenbar kein Protest vor. „Wir hatten uns mit keiner derartigen Eingabe auseinandersetzen“, sagte der Schweizer Raymond Gafner nach der Sitzung der IOC-Zulassungskommission, die in Los Angeles im Abwesenheit seines erkrankten Vorsitzenden Willi Daume tagte. Wegen der Nominierung vieler Fußball-Profis durch verschiedene NOKs, darunter 17 Spieler der Bundesliga, war nicht ausgeschlossen worden, daß dagegen noch interveniert werden könnte.

Bei den Amateurboxern gibt es dagegen Streit. Eine Woche vor der kommenden Freitag angesetzten Auslosung des Olympia-Turniers lehnte der amerikanische Verband die Kampfrichter aus den Ländern ab, die wegen des Boykotts keine Boxer nach Los Angeles schicken. „Das ist ein Unding“, erklärte ein europäisches Vorstandsmitglied des Internationalen Amateur-Box-Verbandes (AIBA): „Es entspricht unseren Regeln, daß Kampfrichter auch dann von einem Land gestellt werden können, wenn dieser Verband keine Boxer meldet. Wenn die Amerikaner Kampfrichter aus dem Ostblock ablehnen, weil sie vielleicht der Meinung sind, diese Ring- und Punktrichter könnten nicht unparteiisch amtierend, dann ist es eine Diskriminierung dieser erfahrenen Richter.“

Die Entscheidung über den US-Antrag wird auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der AIBA am Mittwoch fallen.

Weltrekorde in Ost-Berlin – und die Medaillenhoffnungen der Leichtathleten aus der Bundesrepublik sinken immer tiefer



Ist das eine Pleite: Carlo Thränhardt macht sich Gedanken angesichts der miserablen Leistungen der anderen deutschen Athleten und Athletinnen in München. Und Ulrike Meyfarth (Foto, links) scheint die Bulgarin Andonowa (Mitte) mit dem Weltrekord von 2,07 m die Laune verdröben zu haben. Wie sie wird auch Uwe Hohn (rechts) aus der „DDR“ nicht in Los Angeles starten können. Er erzielte er mit 104,80 m einen neuen Speerwurf-Weltrekord.

FOTOS: AP/DPA/72

Ludmilla Andonowa: Es gab die Ära Bykowa – vorbei

sid/dpa/DW, Ost-Berlin
Mit 18 Jahren hat sie zum ersten Mal an einer Anlaufmarke gestanden, nun ist sie die beste Hochspringerin der Welt: Ludmilla Andonowa aus Bulgarien. In Ost-Berlin überquerte die 24jährige Sportstudentin aus Sofia die neue Weltrekordhöhe von 2,06 Meter. Beim Nachmessern ergab sich die exakte Höhe von 2,07 Meter – damit hatte sie ihre Körpergröße um vier Zentimeter übersprungen. Bei 1,99 Meter stand bisher ihre Bestmarke, gesprungen am Pfingstmontag im präfrischen Wörstadt. Schon damals lief auf, wie scheinbar mühelos die Bulgarin aus dem Anlauf heraus zur Latte hinaufsteigen konnte, um sie dann perfekt zu überfliegen. Im Training hatte sie dann gleich viermal die Höhe von zwei Metern überunden.

In Ost-Berlin hatte die Europa-meisterschafts-Sechste von Athen nach Sprüngen über 1,93 m, 1,96 m, 2,00 m, 2,02 m und 2,04 m dann die Weltrekordhöhe von 2,06 m auflegen lassen. Sie übersprang alle diese Höhen im ersten Versuch, scheiterte aber anschließend an der Bestmarke von 2,10 m dreimal.

Die ehemalige Weltrekordlerin, die sowjetische Weltmeisterin Tamara Bykowa (2,05 m), hatte zuvor dreimal zwei Meter gerissen, die bei empfindlicher Kühle und böigem Wind nicht zurecht kam. Aber so schlimm sei der Verlust des Rekords gar nicht, meinte sie anschließend, denn auch der neue Weltrekord gehöre ja wieder ei-

ner Rostowerin. Die Bulgarin Ludmilla Andonowa, am 5. Juni 1960 als Tochter einer Russin in Rostow am Don geboren, im Alter von zwei Monaten mit den Eltern nach Sofia übersiedelt, kam Bykowa als Elternhaus entfernt zur Welt.

Auf einen offiziellen Sprung über zwei Meter habe ich gehofft, daß es aber so hoch hinausgeht, hatte ich nie und nimmer erwartet“, sagte Ludmilla Andonowa nach ihrem Rekordsprung. War das Kokettieren mit den eigenen Möglichkeiten? Keinesfalls, beilegte sie sich zu antworten, denn schließlich trainiere sie erst seit Januar wieder. Zuvor hatte sie ein gutes halbes Jahr ausgesetzt, weil sie im Sommer vergangenen Jahres ihre Tochter Lana zur Welt gebracht hat.

Die mit dem bulgarischen Spitzen-Zehnkämpfer Atanas Semetschew verheiratete Weltrekordlerin meinte freilich angesichts der neuen Konstellation im Frauen-Hochsprung: „Wenn es mir gelungen ist, mit dieser eher mäßigen Vorbereitung Weltrekord zu springen und wenn ich außerdem bedenke, daß ich viel später mit dem Hochleistungsport begonnen habe als meine Konkurrentinnen, nämlich erst im Alter von 18 Jahren, dann muß ich mich wohl selber als großes Talent bezeichnen.“ Diese Feststellung ließ freilich nur eine Schlussfolgerung zu: „Es gab die Ära Bykowa – das ist nun vorbei. Nun gibt es die Ära Andonowa.“

Bewegungstalent Uwe Hohn: Er beherrscht den Salto vorwärts und turnt am Reck

DW/K. Bl. Ost-Berlin/München
Es war beim Olympiastart in München. Klaus Wolfermann (38), vor zwölf Jahren Speerwurf-Olympiasieger mit 90,48 Meter, hatte sich an der Spitze seines ehemaligen Triumphes eingefunden, um Klaus Tafelmeier aus Leverkusen beim Speerwerfen zu beobachten. Da erreichte ihn die Kunde vom Weltrekord des Potsdammers Uwe Hohn in Ost-Berlin: 104,80 Meter – eine neue Marke in der Geschichte der Leichtathletik war erreicht. Zum ersten Mal hatte ein Athlet das 800 Gramm schwere Gerät über 100 Meter weit geworfen. Wolfermann über den neuen Weltrekord: „Er war für mich der erste Kandidat für einen Wurf über 100 Meter.“

Natürlich möchte ich der erste 100-m-Werfer sein und hoffe es immer noch zu packen.“ Das hatte Hohn, der 23 Jahre alte Europameister von 1982, im Mai gesagt. Da hatte er gerade mit 99,52 m einen neuen Europarekord aufgestellt. Damals hatte er auch freimütig gesagt: „Das war längst noch nicht alles.“ Hohn erklärte im Ost-Berliner „Deutschen Sport-Echo“ diesen Optimismus so: „Ich muß meine Geschwindigkeit steigern, überhaupte die gesamte Anlaufgestaltung verbessern. Bei meinem Wurf von 94,82 m in Erfurt bin ich so gut wie überhaupt nicht aufgelaufen.“

Wolfermann, der sich vor dem ersten 100-m-Wurf in der Leichtathletik-Geschichte ein Video-Aufzeichnung des Hohnschen Europarekords angesehen hatte, sagt: „Hohn ist

überaus schnell, ungeheuer kräftig und dabei immer noch technisch sehr, sehr sauber. Eigentlich eine Lehrbildfigur für das Speerwerfen.“ 1,98 m groß und 116 Kilogramm schwer ist Uwe Hohn, und sein Trainer Wolfgang Skibba erzählte mal über den im märkischen Rheinsberg geborenen Rekordwerfer: „Er kann Salto vorwärts und rückwärts, er turnt hervorragend am Reck und an den Ringen, er beherrscht Ballsport – ein Bewegungstalent.“

104,80 Meter – der neue Weltrekord: Nur einen Meter vor der Anlaufbahn der Stabhochspringer bohrte sich in Ost-Berlin das Gerät in den Boden. 100,80 m gaben die Kampfrichter als erste Rekordweite an, um sich dann zu korrigieren. Auf der Anzeigetafel mußte man sich mit einem „L“ behelfen, um damit die Zahl „1“ für „104,80 m“ anzuzeigen, denn auf einen solchen Wurf war niemand vorbereitet. Hohn: „Ich habe sofort gewußt, wie der fliegt, daß das ein irres Ding wird.“ Aber die Technik, die müsse er doch noch verbessern, wolle er auch künftig weiterverfolgen. Das veranlaßte seinen Mannschaftskameraden Detlef Michel, den Weltmeister von Helsinki, zu der spöttischen Tirade: „Der glaubt wohl ernsthaft an 120 Meter.“

Hohn-Konkurrent Michel sagt aber auch: „95 Meter bleiben auch weiterhin eine Zäsur.“ Ähnliches meint auch Klaus Wolfermann im Gespräch mit der WELT. Er sagt: „Wir sollten uns angesichts des neuen Weltrekord-

des davor hüten, alle Würfe unter 100 Meter abzuqualifizieren. Die Weltspitze wird auch weiterhin bei 90 Metern beginnen, und Würfe, die in einem Bereich liegen, wie ihn jetzt Uwe Hohn erreicht hat, werden auch künftig die große Ausnahme sein. Gleichzeitig aber werden wir jetzt die Bestätigung des alten Leichtathletik-Gesetzes bekommen, wonach das Überwinden einer Schallmauer erst einmal weitere ähnliche Leistungen nach sich zieht. Der Amerikaner Tom Petranoff, der ehemalige Weltrekordler, wird dazu gehören, wenn es um Würfe über 100 Meter geht und freilich auch Detlef Michel.“

Wolfermann plädiert dafür, daß man nun das Gerät ändere, damit die Speerwerfer nicht künftig außerhalb des Stadions agieren müssen: „Das muß geschehen, in dem der Schwerpunkt des Speeres nach vorne verlagert wird.“

104,80 Meter – der neue Rekord: Werfer aus Osteuropa und aus der „DDR“ haben amsonsten ihre Bestmarken stets im Frühjahr, kurz nach dem Wintertraining erzielt. Das geschah in einer Phase, in der die Einnahme verbotener Medikamente noch nachwirkte. Im Sommer wurden diese Mittel dann wegen der Dopingkontrollen abgesetzt. Doch scharfen internationalen Kontrollen setzen sich die „DDR“-Athleten in diesem Sommer nicht aus, sie fahren schließlich nicht zu den Olympischen Spielen nach Los Angeles.

In Form gekommen sind Siebenkämpferin Sabine Everts (6,77 m im Weitsprung), Speerwerferin Ingrid Thyssen, Hammerwerfer Karl-Hans Riehm und Klaus Ploghaus, alle drei Diskuswerfer und Europameister Harald Schmid. Demnach reduzieren sich die Medaillenchancen wie folgt: Zehnkampf: Hingens, Wentz, Kirschner; 400-m-Hürden: Schmid; Hochsprung: Thränhardt; Diskuswerfen: Dammberg, Wagner; Hammer: Riehm. Bei den Frauen bleibt neben der Siebenkämpferin Sabine Everts die Kugelstoßerin Claudia Losch der Star.

Nachsatz: Für die Zukunft ist gesorgt. Der 19jährige 800-m-Meister Axel Harries wurde nachnominiert. Er führt hauptsächlich nach Amerika, um dort schon mal bei einem großen internationalen Wettkampf für die Europameisterschaften 1986 in Stuttgart zu üben. Weitblick ist eben alles.

KLAUS BLUME

Ein kläglich-verzagtes Häuflein mit Gänsehaut vor lauter Angst

Wie sollte es auch anders sein: Das deutsche Leichtathletik-Team präsentiert sich kurz vor seiner Abreise nach Los Angeles als ein kläglich-verzagtes Häuflein, dem die Angst vorm Versagen offensichtlich nur noch Gänsehaut bereitet. In München und in Stuttgart hatte der Verband am Wochenende sogenannte Olympia-Überprüfungswettkämpfe angesetzt. Was dabei herauskam, war ein getreues Spiegelbild einer ohnehin schon restlos verkorksten Saison. Ausnahmen bestätigten auch diesmal den Trend. Angesichts der hervorragenden Leistungen in Potsdam und Ost-Berlin waren die Darbietungen in München und Stuttgart oft hart an der Grenze der Feinheit.

„Die Situation vor einem großen internationalen Höhepunkt war seit langem nicht mehr so schlecht. Wir wünschen uns, in etwa das Niveau der beiden letzten Jahre halten zu können.“ Das sagte Horst Blattgerste, der Leistungsport-Referent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Der Mann muß schließlich noch immer gelinden Optimismus verbreiten, von Amts wegen. Aber vor München und Stuttgart genau hinhorchte, hörte fast nur noch Barmen und Bann.

Hochsprung-Bundestrainer Dragan Tancic über den am Rücken verletzten Europameister Dietmar Mö-

genburg: „Ich hoffe, daß er sich nun in der Sonne Kaliforniens erholt. Ich habe mit Professor Klümper in Freiburg abgesprochen, daß Dietmar deshalb bereits heute nach Los Angeles fliegt.“ Jochen Spilker, der Trainer der lange verletzten 400-m-Rekordhalterin Gaby Busmann: „Noch kann sie auf den letzten 150 Metern das Tempo nicht halten, das sie auf den ersten 200 Metern vorzulegen hat. Aber ich hoffe, ich kann jetzt nach 17-tägigem Trainingsaufenthalt in St. Moritz, der viel gebracht hat, auf die Sonne Kaliforniens setzen. Und dann darauf, daß sich sie während der olympischen Wettkämpfe von Lauf zu Lauf aufbaut.“

Was die Sonne Kaliforniens so alles auf die Schnelle bewirken soll: Wohl sogar den wundersamen Formanstieg des Langstreckenläufers Thomas Wessinghage, der in München wieder einmal hinter der übrigen deutschen Spitzenklasse herkrebste. Sportwart Otto Klappert stand derweil im Innenraum und stellte entgeistert fest: „Mein Gott, ich der wieder schlecht, mein Gott noch mal.“ Wessinghage hatte kurz zuvor gesagt: „Ich fahre auf alle Fälle nach Los Angeles und starte dort.“ Schließlich sei die Teilnahme wichtiger als der Sieg.

Traut sich dann niemand im Verband, dem Herrn Doktor frank und frei zu sagen, daß er mitnichten eine

Endkampfchance habe? Sicher nicht, schließlich war Wessinghage 1982 Europameister über 5000 Meter. Danach schaffte er zwar nichts Vergleichbares mehr, aber das spielt bei hiesigen Nominierungspraktiken keine Rolle. Hätte Wessinghage Mumm, dann würde er den Beispielen Wülbeck und Ig folgen und auf seinen Olympiastart verzichten.

Der Fall Wessinghage ist kein Einzelfall. Außer Form, erkrankt, verletzt – die deutsche Leichtathletik geht am Krückstock nach Los Angeles. Entweder plagt sie das Zitterpein (Diskuswerferin Ingrid Mancke, Langstreckenläuferin Brigitte Kraus) oder

STANDPUNKT

die (unausgesprochene) Angst vor der Blamage. Dafür dieses Beispiel: Nach dem Weltrekordsprung von 2,07 Meter der Bulgarin Ludmilla Andonowa in Ost-Berlin verzichtete Europameisterin Ulrike Meyfarth in Stuttgart nach übersprungenen 1,91 m auf die nächste Höhe. Das waren allerdings nur mäßige 1,94 m. Hatte sie Angst, schon diese Höhe zu reißen, um dann angesichts der Andonowa-Höhenflüge als große Verliererin da zu stehen?

Als der Olympiastart am Samstag

nachmittag im Stuttgarter Neckarstadion niveaulos wie ein vierklassiges Provinzportfest dahinplätscherte, versuchten sich Verbands-Spitzenfunktionäre als Fräulein vom Amt, in dem sie ausdauernd die Rufnummern der Führer Sprinters Christian Haas wählten. Der Herr Hallen-Europameister leidet nämlich an einer leichten Muskelerhärtung im Oberschenkel und hatte deshalb den geforderten Test am Freitagabend im Münchner Olympiastadion abgelehnt. Seine Staffellolegen hatten daraufhin Bundestrainer Paul Wagner aufgefordert, die Olympiaaufbereitungen, bitte, ohne Haas fortzusetzen. Wagner entsprach dem Wunsch, und Zirkelbach, Klein, Evers, und Litzke können sogar die Bronzemedaille gewinnen – ohne Haas.

Doch Haas wurden die Einzelstarts über 100 m und 200 m offener. Warum denn dieser faule Kompromiß, nachdem Haas per Mehrheitsbeschluss seiner Kameraden schon aus der Mannschaft geflogen war? Haas hat übrigens angenommen und startet über 100 Meter – Carl Lewis wird es schlaflose Nächte bereiten.

Ziehen wir Bilanz: Haas (verletzt), 400-m-Europameister Hartmut Weber (verletzt), 400-m-Europarekordler Erwin Skamrah (außer Form), 800-m-Europameister Hans-Peter Ferner (leichter Aufwärtstrend), 1500-m-Mei-

Montag, 23. Juli 1984 - Nr. 170 - DIE WELT



Carl Lewis und die hohen Wetten der Buchmacher

Mit Wetten auf Olympiasiege des amerikanischen Leichtathleten Carl Lewis machen die englischen Buchmacher derzeit ein großes Geschäft. Der Kurs auf den Gewinn von vier Goldmedaillen (100 m, 200 m, 4x100 m, Weitsprung) beträgt nur 17:10. Bei drei Goldmedaillen steht der Kurs 50:10, bei zwei ersten Plätzen gibt es 200:10 und bei nur einem Olympiasieg 2500:10. Sollte Lewis leer ausgehen, bieten die Buchmacher einen Wettkurs von 10 000:10 an. Voraussetzung für jede Wette ist allerdings, daß der Amerikaner an allen vier Wettbewerben teilnimmt.

Privatwohnung: Die Stars der amerikanischen Olympia-Mannschaft dürfen nun doch private Unterkünfte beziehen. Wie Don Miller, der Exekutiv-Direktor des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der USA, erklärte, werde gewissen Athleten bei Vorliegen gerechtfertigter Umstände zugestanden, außerhalb des Athletendorfes zu übernachten. Außerdem gebe es in den Quartieren der Amerikaner keine Bettkontrolle. Das NOK reagiert damit auf die Ankündigungen von Carl Lewis und Mary Decker, nicht mit den anderen Mannschaftskameraden ins Olympia-Dorf einzuziehen.

Gesundheit: Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, zeigte sich erstmals nach seinem Krankenhausaufenthalt wieder in der Öffentlichkeit. Beim Leichtathletik-Sportfest in München saß Daume auf der Tribüne. Daume hat von den Ärzten allerdings noch keine Erlaubnis bekommen, nach Los Angeles zu fliegen, wo er an Arbeitssitzungen teilnehmen möchte.

Protest: Erfolg hatte Jürgen Kozel, der Schwimmwart des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), mit einem Protest gegen die Einteilung des Trainingsplanes. Nach der ursprünglichen Festlegung waren Kanadier und Amerikaner durch das Organisationskomitee bei den Übungszeiten im Schwimm-Stadion eindeutig bevorzugt worden.

Zulassung: Über die Startberechtigung von sieben bis acht Athleten muß in der Zulassungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) noch entschieden werden. Nach Auskunft von IOC-Sportdirektorin Monique Berlioux gehört die Langstreckenläuferin Zola Budd nicht dazu. Die frühere Südafrikanerin hatte erst vor kurzem die britische Staatsangehörigkeit erhalten. Dagegen bestätigte Berlioux, daß Journalisten aus Südafrika keine Akkreditierung erhalten könnten, weil es in deren Land kein Nationales Olympisches Komitee gebe.



Michael Groß: Kopfverband als Folge des Sonnenbadens

Weltrekordler Michael Groß ist erstes Opfer der kalifornischen Sonne. Der Offenbacher leidet unter einer Sonnen-Allergie, die mit Teersalbe behandelt wird. Deshalb erschien er auch mit einem weißen Kopfverband im olympischen Dorf. Die 24 deutschen Schwimmer haben ein 14tägiges Trainingslager im Klub „Los Caballeros“ in Fountain Valley außerhalb von Los Angeles abgeschlossen. Fragen nach der Allergie beantwortet Groß nur kurz: „Nichts Schlimmes, ich kann voll trainieren.“ Groß ist

Leichter Optimismus bei den Olympia-Profis

Die Bundesliga-Profis scheinen die Lektion von der Europameisterschaft in Frankreich, als nach kühnen Prognosen eine peinliche Pleite folgte, begriffen zu haben. Nach Abschluß der dreiwöchigen Vorbereitung für das olympische Turnier in Los Angeles redet jedenfalls niemand von einer Medaille, alle üben sich vielmehr in Bescheidenheit. „Unser erstes Ziel ist es, in unserer Gruppe als erster oder zweiter weiterzukommen“, sagt der für die Auswahl verantwortliche DFB-Trainer Erich Ribbeck. Gut eine Woche vor dem Auftaktspiel gegen Marokko (30. Juli) steht das sportliche Abschneiden endlich im Vordergrund.

Vergangenheit ist das Scheitern in der Qualifikation gegen Frankreich, vergessen der Ärger mit den Vereinen, als sich der DFB nach dem Boykott des Ostblock-Teams UdSSR, CSSR und DDR im Nachrückverfahren doch zur Teilnahme entschloß. Bis nach den Spielen auf Eis gelegt wurde das Rätselraten um Ribbecks Zukunft beim Verband, nachdem er bei der Nachfolge des zurückgetretenen Bundestrainers Jupp Derwall übergangen wurde.

Zwölf Jahre nach dem gescheiterten Versuch, im eigenen Land mit sogenannten Olympia-Amateuren wie Uli Hoeneß (heute Bayern-Manager) oder Bernd Nickel (einst Eintracht Frankfurt) zum Erfolg zu kommen, sollen es diesmal lupenreife Profis besser machen. Auch die Brasilianer, zweiter Vorrundengegner,

Der Lange und die Polizisten

Chinesen gelten allgemein nicht gerade als Riesen. Doch das Riesenschicksal wird auch in Los Angeles für Überwachungen sorgen. Die drei Polizisten im olympischen Dorf von Los Angeles haben ihre schon hinter sich. Lo-cheng stellten sie sich zusammen mit dem Basketballspieler Hu Zhongbo den Fotografen. Der Mann ist immerhin 2,16 Meter groß, Basketball ist Volkssport in China. FOTO: AP

Handball: Ziel bleibt Platz sechs Hockey: Stärker als im Jahr zuvor

In dieser Form ist die deutsche Mannschaft sogar ein Medaillen-Kandidat, diesen Satz hat Sead Hasanefendic gesagt, jugoslawischer Nationaltrainer der Schweiz. Aber Handball-Bundestrainer Simon Schobel läßt sich nach den 15:13 und 20:16-Erfolgen über die Schweiz nicht unter Erfolgsdruck setzen. Für Schobel ist das Nationalteam „das Beste, was wir im deutschen Handball zuletzt gesehen“, aber Medaillenhoffnungen betrachtet er als „zu hoch gegriffen“. Schobel: „Der sechste Platz und damit die Qualifikation für die A-Weltmeisterschaft 1986 in der Schweiz ist nach wie vor unser realistisches Ziel.“

Acht Spiele ohne Niederlage läßt das Nationalteam von besseren Zeiten träumen. Schobel aber bleibt auf dem Boden der Tatsachen. Vorwerfen lassen will er sich ohnehin nichts: „Ich habe alles Menschenmögliche getan, was in der boykottbedingten kurzen Vorbereitungszeit zu tun war.“ Die ersten Spiele gegen die USA und Spanien werden für Schobel die Schlüsselspiele sein.

Hockey: Stärker als im Jahr zuvor

Am Mittwoch fliegt das deutsche Hockey-Team der Herren nach Los Angeles. In den beiden letzten Testspielen am Wochenende bewies die Mannschaft von Bundestrainer Klaus Kleiter, daß sie für das Hockey-Turnier gut gerüstet ist. Innerhalb von 24 Stunden wurde Polen in Ludwigshafen zweimal mit 3:0 besiegt. Bester Spieler im zweiten Spiel war der Kölner Stefan Blücher, der alle drei Treffer erzielte. Die Rückkehr des am Freitag wegen einer Verletzung fehlenden Rekordnationalspielers Michael Peter (Heidelberger) macht sich ebenfalls positiv bemerkbar. Das Fazit von Klaus Kleiter: „Nun vor haben wir gegen die Polen so dominiert wie diesmal. Ich glaube deshalb, daß wir im Augenblick stärker sind als in den vergangenen Jahren.“

Hugo Budinger, früherer Nationalspieler und heute Sportwart des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), meinte: „Wir verfügen über eine gesunde Mischung aus erfahrenen und talentierten Spielern.“

TOUR DE FRANCE / Die Triumphfahrt des Franzosen Laurent Fignon



Tour-Regenleiter Albert Bouvet scheint dem überlegenen Tour-Sieger Laurent Fignon die Richtung anzugeben. Dort geht es zur Spitze, dort gehören Sie hin, Monsieur. FOTO: AFP

Paris umjubelt blonden Studenten der Tiermedizin mit Nickelbrille

Seit gestern hat Eddy Merckx, belgischer Radsport-Kaiser vergangener Zeiten, einen Nachfolger gefunden. Der erst 23 Jahre alte Franzose Laurent Fignon gewann im Stile des „Kannibalen“, wie Merckx genannt wurde, die 71. Tour de France über 4030 Kilometer und wiederholte damit seinen Vorjahreserfolg. Merckx, gemeinsam mit Jacques Anquetil (Frankreich) mit fünf Siegen Rekordgewinner, gelang zum Vergleich erst im Alter von 24 Jahren der erste Tour-Erfolg.

Wichtiger jedoch war für Fignon, daß diesmal Frankreichs Radsport-Heros Bernard Hinault dabei war und von ihm förmlich deklariert wurde. Der 29 Jahre alte Breton hatte im vergangenen Jahr aufgrund einer Knie-Operation auf eine Tour-Teilnahme verzichten müssen. Immerhin war Hinault, der sich dennoch in guter Form präsentierte, der einzige ernstzunehmende Gegner des französischen Meisters.

Hunderttausende auf den Champs-Élysées in seiner Heimatstadt Paris jubelten dem Blondschoff mit der Nickelbrille zu, der die Tour durch Frankreich fast nach Belieben beherrschte. Zwölf Monate zuvor war sein Sieg noch als Zufallserfolg abgetan worden. „Mich hat gewundert, daß jeder sagte, Hinault sei ja nicht dabei gewesen. Deshalb wollte ich es allein, auch Bernard, beweisen“, sagte Fignon. Das ist ihm gelungen, denn Bernard Hinault, sein großer Gegenspieler, sagt heute: „Ich weiß, es wird jetzt immer schwerer für mich, die Tour zu gewinnen. Aber wenn ich gesund bleibe, bin ich auch im nächsten Jahr dabei.“

Der Zweikampf Fignon-Hinault entbehrte aber nicht nur deshalb großer Brisanz. Bis zum vergangenen Jahr war der ehemalige Student der Veterinär-Medizin (im dritten Semester abgebrochen) sogenannter Tour-Sieger des viermaligen Tour-Siegers. Vom sportlichen Leiter des Renault-Rennstalls, Cyrille Guimard, war der Amateur Fignon 1981 bei der Korsika-Rundfahrt entdeckt worden. Bereits zwei Monate später unterschrieb er einen Prof-Vertrag und wurde Wasserträger, wie die Helfer genannt werden, bei Hinault.

Beim großen Duell dieser 71. Frankreich-Rundfahrt steigerte Laurent Fignon die Dosierungen der bitteren Niederlagen für Hinault von Tag zu Tag. Beim Prolog am 29. Juni zum Auftakt in Paris ließ Fignon

noch dem großen Bretonen den Vortritt: Wenigstens für einen Tag durfte Hinault das gelbe Trikot tragen. Zum ersten Mal mußte er dann dem sechs Jahre Jüngeren beim Einzel-Zeitfahren in Le Mans den Vortritt lassen (49 Sekunden Vorsprung), dann bei der ersten Pyrenäen-Etappe in Guzet-Neige (52 Sekunden) und beim Berg-Zeitfahren in La Ruchère (33 Sek.). Dann folgte Fignons entscheidender Angriff: 2:56 Minuten in Alpe d'Huez, 2:58 Minuten in La Plagne. Innerhalb von drei Tagen war Hinaults Schicksal besiegelt. Seit letztem Sonntag (La Ruchère) siegte Fignon im Zwei-Tage-Rhythmus: Dienstag (La Plagne), Donnerstag (Crans Montana), Samstag (Villefranche).

Er hätte es noch öfter schaffen können, meint zumindest sein Mannschaftskamerad Pascal Jules, der ihn schon aus Amateurenzeiten kennt: „Hinault ist schon ehrgeizig, aber Laurent, das habe ich noch nicht erlebt. Wenn er gewollt hätte, hätte er jede einzelne Etappe gewinnen können.“

Der passionierte Taucher und Schwimmer trat erst 1983 ins Rampenlicht, als er Rang sieben bei der Spanien-Rundfahrt belegte. Völlig überraschend sicherte sich Laurent Fignon, der auch Mathematik und Physik studierte, im gleichen Jahr den Sieg in der Tour de France.

In dieser Saison bestätigte er das Bravourstück mit einem zweiten Rang hinter Stunden-Weltrekordler Francesco Moser aus Italien beim 67. Giro d'Italia sowie dem französischen Meisterstück. Ohne sein Wunder-Rad hätte Moser nicht gewonnen, erklärte Fignon, dem im abschließenden Einzelzeitfahren der Sieg bei der Italien-Rundfahrt noch entrischen wurde. Diese Niederlage wurmt ihn immer noch. Dennoch hat er den Sprung in den Prof-Radsport, dem er sein Studium opferte, nicht bereut. Vom Elternhaus finanziell abgesichert (sein Vater leitet eine Metallfabrik), mußte Fignon allerdings in den ersten Jahren sportlich viel Leihgeld bezahlen. „In diesem Metier muß man gut lügen können, wenn man Erfolg haben will. Mein größter Fehler ist meine Ehrlichkeit“, sagte Fignon.

Sein nächstes Ziel ist die Straßen-Weltmeisterschaft in Barcelona (2. September), wo er auch Revanche an Italiens Heroes Moser nehmen kann. Außerdem fehlt ihm noch ein großer Erfolg in einem Ein-Tages-Rennen. Seine Klasse als Etappenfahrer hat der gebürtige Pariser eindrucksvoll

unter Beweis gestellt - Fignon hat es in den Beinen, Radsport-Geschichte zu schreiben, denn seine Karriere liegt eigentlich noch vor ihm.

Im Schatten Fignons, der dieses Jahr die Siegesfeier in seinem Heimatort Tourman en Briq ganz sicher nachgeliefert bekommt, nach dem man sie im Vorjahr vergessen hatte, strampelte sich der gleichaltrige Greg Lemond (USA) hoch. Der Weltmeister und Tour-Neuling, Dritter im Gesamtklassement, hat eine ähnliche rosige Zukunft wie sein Mannschaftskapitän vor sich. Ohne seine vierzehntägige Bronchitis - dazu scheuerte er sich in der Cluthitze der Pyrenäen die Füße blutig - hätte



„Ich weiß, es wird jetzt immer schwerer für mich.“ - Fignon FOTO: AP

Renault-Chef Cyrille Guimard in Paris sicher die beiden ersten Plätze für sich reklamieren können.

Aufgeben - das kam für den einzigen deutschen Teilnehmer Raimund Dietzen nicht in Frage, obwohl er auch hinter eigenen Erwartungen blieb. Offensichtlich hatte der deutsche Straßenmeister als Dritter der Spanien-Rundfahrt da schon zu viel Kraft verloren und sich von dem Ergebnis etwas blenden lassen. „Vor allen Dingen in den Bergen wollte ich was bringen. Obwohl Raimund Dietzen sich nicht unter den ersten 60 platzieren konnte, gebührt dem 24jährigen Trierer doch alle Anerkennung für sein Durchhalten.“

TENNIS

Australien stürzte den Favoriten

sid, São Paulo

Pokalverteidiger CSSR und der nur an Nummer acht gesetzte Deutschland-Bezwinger Australien bestreiten das Endspiel um die offizielle Mannschafts-Weltmeisterschaft der Tennis-Damen beim mit 260 000 Dollar dotierten 23. Federation Cup-Turnier im brasilianischen São Paulo.

Die Tschechoslowakinnen erreichten ihr drittes Endspiel nach 1975 und dem Vorjahr, als sie Deutschland in Zürich mit 2:1 bezwangen, durch ein 3:0 über das an Nummer sieben eingestufte Jugoslawien. Die Australierinnen, bisher sieben Mal Cupsieger, zogen mit 2:1 gegen den einmaligen Rekordgewinner und hohen Favoriten USA in ihr 16. Pokalendspiel ein.

„Daß wir wieder gut vorbereitet sind, beweist die Tatsache, daß wir bisher noch keinen Punkt abgegeben haben“, freut sich die Weltranglisten-Dritte und Wimbledon-Finalistin Hana Mandlikova auf die Wiederholung des Endspiels von 1975, als die CSSR (damals noch mit der heutigen US-Staatsbürgerin Martina Navratilova) gegen die Australierinnen in Aix-en-Provence mit 3:0 triumphierte.

Die 23jährige Frager Supertechnikerin überwand gegen die tags zuvor 28 Jahre alt gewordene Mima Jausovec bei einem Rückstand von 3:4 im Schlußsatz einen kritischen Moment, ehe sie sich mit 2:6, 6:3, 6:4 durchsetzte. Auch die beiden anderen Spiele gingen über die volle Distanz. Die 19jährige Helena Sukova hatte wie so oft mit 2:6, 6:1, 7:5 gegen Sabrina Goleas mehr mit sich selbst als mit der Gegnerin zu kämpfen. Iva Budarova/Marcella Skuherska gewannen das bedeutungslose Doppel gegen Mima Jausovec und Renata Sasak mit 6:4, 4:6, 6:4. Zuvor hatte das CSSR-Quartett Veneziela, Griechenland und Frankreich ebenfalls klar mit 3:0 ausgeschaltet.

„Lobt lieber die beiden Youngster“, lachte die 31 Jahre alte Wendy Turnbull nach dem australischen 2:1 über den die ganze Woche über bereits wankenden Favoriten USA. Die Weltranglisten-Zweite machte mit der zehn Jahre jüngeren Elizabeth Sayers, die wie beim 2:1 im Viertelfinale gegen Deutschland über sich hinauswuchs, zwar erneut den entscheidenden Punkt im Doppel durch ein sicheres 7:6, 6:4 über die Amerikanerinnen Kathy Jordan/Anne Smith. Doch zuvor hatte „The Rabbit“ (Das Kaninchen) ihr erstes Einzel im Pineheiros Club gegen die in der Welt sieben Plätze höher rangierende Kathy Jordan ebenso deutlich mit 3:6, 6:7 verloren, so daß erneut die Glanzform der 21jährigen Rechtschänderin Anne Minter aus Melbourne den Ausschlag geben mußte.

Die 89. der Weltrangliste bezwang die 78 Plätze vor ihr rangierende Sandplatz-Spezialistin Kathy Horvath ausgerechnet auf Asche in knapp einer Stunde mit 6:3, 6:4. Den einzigen Satzverlust hatte sich Anne Minter beim 3:0 zum Auftakt gegen die Argentinierin Emilee Raponi (2:6, 6:4, 6:0) geleistet. Beim 3:0 gegen Belgien schlug sie Kathleen Schuurmans 7:5, 6:2 und im Viertelfinale die Australierin Petra Kuppel mit 6:4, 6:4.

Björn Borg hat über Henri Leconte gesagt: „Wenn er konstant spielt, kann er ein ganz Großer werden.“ Gestern hat der 21 Jahre alte Franzose aus Paris das 68. Weissenhof-Turnier in Stuttgart gewonnen. Sein erstes Spiel bestritt er in Stuttgart gegen Björn Borg.

Im Finale hatte der Amerikaner Gene Mayer beim 6:7, 0:6, 6:1, 1:6 gegen den Franzosen keine Chance. Henri Leconte erhielt für seinen Sieg ein Preisgeld von rund 53 000 Mark.

NACHRICHTEN

Europacup für Wahl

Bourg-St. Maurice (sid) - Doppelter Erfolg hatte die Düsseldorferin Karin Wahl beim Europacup-Finale der Wildwasser-Abfahrer in Bourg-St. Maurice (Frankreich). Die Dritte der letzten Weltmeisterschaft gewann im Einer-Kajak die Titel in der Einzel- und Mannschaftswertung.

Gewichtheben: Rekorde

Schwed (sid) - Bei den „DDR“-Meisterschaften der Gewichtheber verbesserten Andreas Behm und Joachim Kunz zwei Weltrekorde im Leichtgewicht. Behm (Stralsund) erhöhte die Bestmarke im Zweikampf von 345,0 Kilogramm auf 352,5 (156/197,5) und Kunz (Karl-Marx-Stadt) übertraf im Stoßen mit 198,0 Kilo seine eigene Bestmarke um zwei Kilogramm.

Ohne Maradona

Barcelona/Neapel (sid) - Der AC Neapel hat die erste Rate der Ablösumme (22 Millionen Mark) für den argentinischen Fußballstar Diego Maradona in Höhe von 9,5 Millionen Mark an den FC Barcelona überwiesen. Der italienische Klub verweigert allerdings seinem neuen Spieler die Freigabe für Freundschafts-Länder-

sie. Somit wird Maradona voraussichtlich auch am 12. September beim Länderspiel der Argentinier gegen Deutschland in Düsseldorf fehlen.

UdSSR deklariert

Budapest (sid) - Die sowjetischen Florettfechterinnen erlitten im Finale des Turniers der sozialistischen Länder in Budapest gegen Ungarn mit 2:9 die höchste Niederlage seit 28 Jahren.

Rallye: Sieg für Röhrli

Heidelberg (sid) - Der zweimalige Rallye-Weltmeister Walter Röhrli gewann die 5. ADAC-Rallye Schloß Heidelberg mit einem Vorsprung von fast zehn Minuten. Der Regensburger fuhr das nicht zur Deutschen Meisterschaft zählende Rennen als Test für seinen Audi Quattro, mit dem er in den Läufern zur Weltmeisterschaft wegen technischer Defekte schon mehrmals ausgefallen war.

Derwall erhielt Freigabe

Wiesbaden (sid) - Der ehemalige Bundestrainer Jupp Derwall erhielt von Hermann Neuburger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), mündlich die Freigabe aus sei-

nem bis 1986 laufenden Vertrag. Derwall will schon in dieser Woche seine Arbeit bei Galatasaray Istanbul aufnehmen.

„DDR“-Turniersieger

Magdeburg (sid) - Im Finale des internationalen Handball-Turniers in Magdeburg kam die „DDR“ mit 18:17 erstmals nach drei Jahren wieder zu einem Erfolg über Weltmeister UdSSR.

Schmid verlor Rekord

Moskau (sid) - Europameister Harald Schmid verlor seinen Junioren-Europarekord über 400 Meter Hürden (49,81) an den sowjetischen Läufer Oleg Budko. In Moskau unterbot der 18 Jahre alte Budko in 49,27 Sekunden die Bestzeit des Deutschen aus dem Jahre 1976 um 34 Hundertstel.

Erfolg im Nationenpreis

Falsterbo (sid) - Die deutsche Equipe gewann beim internationalen Reithurnier in Falsterbo (Schweden) den Preis der Nationen. In der Besetzung Karsten Huck, Bernhard Kamps, Peter Weinberg und Michael Rüping siegte das deutsche Team mit 4,25 Fehlerpunkten vor Österreich (24,5).

5000. Sieg für Wewering

Recklinghausen (sid) - Heinz Wewering erreichte auf seiner Hausbahn in Recklinghausen im Sulky von Oroya seinen 5000. Sieg als Trabrennfahrer.

Rudern: Zweimal Bronze

Jönköping (dps) - Die „DDR“ stellte bei den Ruder-Weltmeisterschaften der Junioren in Jönköping mit elf Titeln die erfolgreichste Mannschaft. Für den Deutschen Ruder-Verband (DRV) gab es zweimal Bronze.

Westphal ausgeschieden

Boston (sid) - Der für Neuss spielende Pinneberger Michael Westphal schied im Bestzeit der Tennis-Grand-Prix-Turniers in Boston aus. Gegen Andres Gomez unterlag er mit 1:6 und 5:7.

Rad: Stambula überlegen

Bielefeld (dps) - Der Solinger Ralf Stambula gewann auf der Radrennbahn in Bielefeld ein Steher-Rennen über 50 Kilometer überlegen mit 30 Meter Vorsprung vor Gerald Schütz (Singen).

FUSSBALL

Völler: Vertrag ist unterschrieben

sid/dpa, Bremen
Mit gebrochener Hand hat Rudi Völler einen Schlussstrich unter alle Spekulationen gezogen. Genau 19.23 Uhr war es, als am Samstag die Vertragsverlängerung des Mittelstürmers der Nationalmannschaft live von Radio Bremen übertragen wurde. Völler unterschrieb trotz Gipsmanschette am rechten Unterarm einen Vertrag, der ihn bis zum 30. Juni 1987 an Werder Bremen bindet. Völler: „Ich war entschlossen, zum AC Mailand zu gehen. Barcelona und Tottenham haben mich dagegen nicht interessiert.“ Werder-Manager Willi Lemke hatte die flüchtige Show inszeniert. Völler wurde im Mercedes vor das Bremer Szene-Café „Casablanca“ vorgefahren. Drinnen warteten ein Fernsehteam sowie rund 40 Götter und Freunde auf den großen Augenblick. Anschließend gab es Pils, nur Völler nippte an einer Cola.

In den nächsten drei Jahren wird Rudi Völler rund 1,8 Millionen Mark, die der Verein und Götter aufbringen, verdienen. Völler: „In Mailand oder Barcelona hätte ich ein Mehrfaches dessen netto verdienen können.“ Ausschlaggebend für seinen Entschluss war wohl der starke Einfluss von Trainer Otto Rehhagel. Völler: „Er hat mich davon überzeugt, daß ein sofortiger Wechsel ins Ausland zu früh wäre. 1987 bin ich 27 Jahre alt und habe dann immer noch alle Möglichkeiten.“

FORMEL 2

Mike Thackwell Europameister

sid, Misano
Der Neuseeländer Mike Thackwell sicherte sich bereits im achten von elf Läufen die Europameisterschaft in der Formel 2. Im italienischen Misano fuhr er mit seinem Ralt-Honda den sechsten Saisonsieg heraus und liegt in der Gesamtwertung uneinholbar mit 60 Punkten in Führung.

Der einzige, der Thackwell den Titel noch hätte streitig machen können, war dessen Teamgefährte Roberto Moreno. Doch der 25 Jahre alte Brasilianer, in Misano Trainingschampion, schied mit Motorschaden frühzeitig aus.

Zum sechsten Mal in dieser Saison fuhr der Münchner Christian Danner in die Punkteränge. Mit seinem March-BMW belegte er den sechsten Platz und liegt nun im Gesamtklassement mit 19 Punkten auf Rang vier.

Nach dem Rennen erklärte Thackwell zu seinem bisher größten Erfolg: „Richtig zufrieden mit sich ist man doch nie. Es ist eigentlich ein endloser Kampf, aber welchen Sinn hätte er sonst, sich anzustrengen.“ In der Reihe der Formel-2-Europameister wird der 23 Jahre alte Neuseeländer, der 1980 als bisher jüngster Fahrer in der Formel 1 ein einziges Rennen bestritten hatte, der letzte sein. Der 1967 ins Leben gerufene Wettbewerb wurde vom Internationalen Automobil-Sport-Verband (FISA) aus dem Kalender gestrichen.

FORMEL 1 / Chemische Analyse im Mittelpunkt der Streits um Ausschluss

Tyrrell: Kampf ums Überleben

H. P. BRÜNIC, Brands Hatch
Wird das letzte Drittel der Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 ein Tauziehen zwischen dem von der Teilnahme ausgeschlossenen Tyrrell-Team und dem internationalen Verbund FISA? Ken Tyrrell, ehemals Holzgroßhändler und Teamchef von Jackie Stewart, heute Arbeitgeber von Stefan Bellof, glaubt, den Streit noch vor dem Großen Preis von Deutschland am 5. August in Hockenheim verhindern zu können. In einem eindrucksvollen Plädoyer machte der 57 Jahre alte Tyrrell am Rande des englischen WM-Laufes in Brands Hatch seinen Standpunkt klar und legte Argumente vor, denen sich seiner Meinung nach die FISA beugen muß.

Für Ken Tyrrell ist der Streit mit der FISA ein Kampf ums Überleben. „Wir haben nur Autos für die Formel 1, aber für keine andere Sparte des Motorsports“, sagte er. Mit der WM-Teilnahme verdient er für sich und seine etwa 45 Mitarbeiter den Lebensunterhalt. Tyrrell kann nicht auf Entwicklungsaufträge aus der Industrie zurückgreifen wie das Williams-Team (von Austin Rover), das Tyrrell-Team ist auch nicht wie Ferrari Bestandteil eines großen Konzerns (Fiat) oder gar die Sportabteilung eines staatsbetriebenen Unternehmens wie Renault.

Fünf Regelverstöße wurden Tyrrell vorgehalten, doch für den Engländer reduziert sich das Problem auf die Frage, ob in den umstrittenen Wasser-

tanks seiner Wagen tatsächlich Wasser oder aber Benzin war. Tyrrell: „Wir brauchen keine zusätzlichen Benzintanks, denn der Verbrauch unserer Wagen liegt deutlich unter der vorgeschriebenen Höchstmenge von 220 Litern.“ Wenn in den Tanks aber nur Wasser war, dann hat er auch nicht gegen das Verbot des Nachtankens verstoßen, sondern, wie bei Bellof und dem Engländer Martin Brundle bei mehreren Rennen geschehen, Wasser für die Wassereinspritzung des Motors (für Innenkühlung und höhere Leistung) nachgefüllt.

Dann aber sind die ebenfalls beanstandeten und zu den Reservoiren führenden Leitungen für Wasser und nicht für Kraftstoff bestimmt und müssen also auch nicht die Vorschriften für Benzineinleitungen erfüllen. Nun streiten sich Tyrrell und die FISA darum, welche Flüssigkeit in den als Wassertanks ausgewiesenen Behältern war. „Die von uns in Auftrag gegebenen Analysen der Proben, die nach dem Grand Prix in Detroit aus Brundles Wagen entnommen wurde, ergaben unter anderem 27,5 Prozent Kohlenwasserstoff“, erklärte FISA-Präsident Balestra. Also eine Substanz, die ein wichtiger Bestandteil von Benzin ist.

Doch laut Tyrrell hat die FISA nur den Anteil von Kohlenwasserstoff unter den Fremdstoffen im Wasser angegeben. „Nach einer Untersuchung,

die wir noch am Mittwoch um 22 Uhr englischer Zeit, nachdem das FISA-Urteil feststand, beim gleichen Institut haben durchführen lassen, ergibt sich nur ein Anteil von einem Prozent Kohlenwasserstoff, soviel etwa, wie auch im Leitungswasser vorkommt“, erklärte Ken Tyrrell. Sein Sohn Bob legte das entsprechende Fernschreiben vom Southwest Research Institute in San Antonio/Texas vor.

Bob Tyrrell: „Die FISA muß unsere Analyse anerkennen, alles andere wäre eine Rechtsverdringung. Wir hoffen, daß der Ausschluß, uns von der Weltmeisterschaft auszuschließen, so bald wie möglich zurückgenommen wird.“ In Brands Hatch dürfen Bellof und der Schwede Stefan Johansson als Ersatz für den verletzten Brundle nun aufgrund einer einstweiligen Verfügung antreten. Ken Tyrrell kündigte allerdings an, daß er notfalls in jedem Land, in dem in diesem Jahr noch ein WM-Lauf gefahren wird, versuchen wird, einen gleichlautenden Gerichtsbescheid zu erreichen.

In Brands Hatch (das Ergebnis des Rennens stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest) konnten Bellof und der Schwede Stefan Johansson als Ersatz für den verletzten Brundle aufgrund einer einstweiligen Verfügung am Rennen teilnehmen. Es besteht die Möglichkeit, daß die FISA dem Rennen nachträglich den WM-Status aberkennt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Interfoto-Runde, vierter Spieltag:
Gruppe 1: Lyngby Kopenhagen - St. Gallen 1:1. - Gruppe 2: Bank Ostrau Aarhus 1:2. Lilleström - Aue 1:1. - Gruppe 3: Brøndby Kopenhagen - Herfølde 4:0. FC Lüttich - Düsseldorf 0:1. - Gruppe 4: Odense - Braunschweig 1:1. Deventer - Standard Lüttich 1:1. - Gruppe 5: Magdeburg - Stockholm 0:2. Zabrze - Nürnberg 1:0. - Gruppe 6: Malmö - Karl-Marx-Stadt 3:0. Graz - Luzern 1:0. - Gruppe 7: Göteborg - Viktoria 3:0. - Gruppe 8: Linz 2:0. - Gruppe 9: Welling - Jerusalem 1:0. Admira/Wacker Wien - Nantanya 0:0. - Gruppe 10: Zürich - Perencvaros Budapest 1:0. Trava - Klagenfurt 2:1. - Gruppe 11: Wacker Innsbruck - Kattowitz 0:0. Václav - Oslo 1:1. - Freundschaftsspiele: Köppern - 1. FC Köln 0:0. Mainz - Bayern München 0:4. Bremerhaven - Solingen 0:4. Hamburg - Bochum 1:1. - Gruppe 12: Dortmund 3:1. Bayreuth - Nationalmannschaft China 1:2. Kirchellen - Schalke 3:7. Damm - Fort Köln 0:5. Eintracht - Solingen 1:0. Spitzberg - Münster 3:0. - Gruppe 13: Lathen - Hannover 1:5. Havelse - St. Pauli 0:1. Schweinfurt - Hamburger SV 0:1. Wanger - Offenbach 2:3. Tullingen - Vödingen 2:0. Wacker - Leverkusen 0:1. Goslar - Duisburg 0:5. Bocholt - Oberhausen 0:5. Lampertheim - Eintracht Frankfurt 0:5. Fürth - Hamburger SV 1:2. Böttingen - Stuttgart Kickers 1:3. Bremerhaven - Solingen 0:4. Spandau - Hertha BSC 0:10. Bingen - VfB Stuttgart 0:4.

LEICHTATHLETIK

Olympiade in München, Männer:
100 m B-Lauf: 1. Bastians (Wattencheid) 10,37. - 400 m: 1. Paul (Trinidad) 45,13 Sek. - 2. Schmidt (Gelnhausen) 45,48. 3. Stannert (Großschell) 45,94. - 800 m: 1. Mays (USA) 1:45,68 Min. - 2. Harries (Furtwangen) 1:46,04. - 1000 m: 1. Ferner (Ingolstadt) 2:17,83 Min. (DLV-Jahresbestzeit). - 2000 m: 1. Becker (Wolfsburg) 5:08,00 Min. - 2. Mankemeyer (Wattencheid) 5:02,31. - 400 m Hürden: 1. Amador Diaz Ba (Senegal) 49,11 Sek. - 4x100 m: 1. DLV-Staffel (Zirkelbach, Koffler, Evers, Löhke) 39,02. Hochsprung: 1. Thirnhart (Köln) 2,28 m. - Dreisprung: 1. Cannon (USA) 17,04 m. - 2. Bouchen (Düsseldorf) 16,94. - Diskus: 1. Danneberg (Wedel/Pinneberg) 65,36 m. - 2. Wagner (Mainz) 64,02. - Frauen: 100 m (Windstille): 1. Guegel (Sindelfingen) 11,24 Sek. (DLV-Jahresbestzeit). - 800 m (Rückenwind 0,4 m/Sek.): 1. Guegel 22,72. - 400 m: 1. Thimm (Köln) 50,87 Sek. - 2. Bußmann (Hamm) 50,98. - 800 m: 1. Gerdes 2:01,79 Min. - 2. Kraus (Belgie Köln) 2:02,93. - 100 m Hürden (Rückenwind 0,7 m/Sek.): 1. Kalek (Pöhl) 12,82 Sek. - 2. Oker (Leverkusen) 13,10. - 4x100 m: 1. DLV-Nationalstaffel (März, Schabinger, Guegel, Thimm) 43,17 Sek. (DLV-Jahresbestzeit). - Hochsprung: 1. Meyerth (Köln) 1,94. - Kugelstoßen: 1. Losch (Fürth) 19,90. - Olympiade in Stuttgart, Männer: 4x100 m: 1. DLV-Nationalstaffel (Zirkelbach, Klein, Evers, Löhke) 39,82 Sek. - 110 m Hürden: 1. Schoch (Kornwestheim) 13,87 Sek. - 2. Kratschmer (Mainz) 13,95. - 400 m Hürden: 1. Scholz (Frankfurt) 49,45. - Stabhoch: 1. Lohre (Kornwestheim) 5,50 m. - Kugelsto-

BOXEN

Berufsboxen in Stuttgart: Schwergewicht: Graf (Mannheim) 15-0-Sieger 2. Rd. - an den Oelelaar (Holland).
Nationale Deutsche Amateurneisterschaft in Gütersloh (Standard 72), Herren, 36-Jahres-Qualifikation für die besten 16: 1. Dekorsy (Stuttgart) 74:68-142 Schläge. 2. V. Pögel (Hamburg-Falkenstein) 74:71-145. 3. Beter (Braunschweig) 72:78-145. 4. Vogel-sang (Hannover-Waldorfer) 70:74-149. 5. Hausmann (Ratingen) 71:78-149. ... 25. Ticheweldiger (Darmstadt) 77:79-156. - Achtelfinale u. a.: Hübner (Hübbel) - Beter (Frankfurt) 19. Grün, Redlefsen (Gießen) - Meyer (Braunschweig) 5:3. Thielmann - Eike (Hübbel) 2: auf. - Halbfinale: Stamm - Hübner 4:3. Thielmann - Redlefsen 5:4. - Damen: Qualifikation: 1. Koch (Hannover) 76:78-148. 2. Hausmann (Ratingen) 78:78-154. 3. Peter (Regensburg) 69:75-154. 4. Um-sen (Hannover-Waldorfer) 81:77-158. 5. Bex (Hannover) 79:78-158. 6. 7. Ticheweldiger (Köln) (Feldkamp) 81:78-152 und Lampert (Kronberg) 83:78-158. - Achtelfinale u. a.: Fink (Bad Orb) - Knödler 2:1. Bockelmann (Frankfurt) - Hausmann 19. Grün, Beer (Hannover) - Um-sen 1: auf. Koch - Stenert (Frankfurt) 3: auf. - Viertel-nale: Bockelmann - Fink 3:2. E. Peter - Lampert 2:1. Grün, Beer - Bex 1: auf. Koch - Eike-Huth (Kronberg) 19. Grün, Halbfinale: Peter - Bockelmann 7:4. Koch - Beer 3:2.

RAD

71. Tour de France, 21. Etappe, Crans-Montana-Villafraiche (220,5 km): 1. Hoste (Belgien) 6:28:07 Std. 2. Bangev (Holland) 6:30:00. 3. Kelly (Irland) 6:30:00. 4. Hignault (Frankreich) 6:30:00. 5. Manders (Holland) 6:30:00. 103. Dietzen (Deutschland) alle gleiche Zeit. - 22. Etappe, Einzelzeitfahren: Villafraiche-Villafraiche (51 km): 1. Pignon (Frankreich) 1:07:19. 2. Kelly (Irland) 48:100 schlechter. 3. Hignault 1:07:25. 4. Lemond (USA) 1:08:00. 5. Anderson (Australien) 1:08:43. ... 108. Dietzen 1:16:45. - Gesamtwertung: 1. Pignon 106:40 Std. 2. Hignault 106:45. 3. Kelly 107:19. 4. Manders 107:44. 5. Miller (Schottland) 107:45. 6. Kelly 107:55. 7. Arroyo (Spanien) 107:55. 8. Simon (Frankreich) 107:57. 9. Munoz (Spanien) 108:18. ... 64. Dietzen 1:49:31 Min. zur.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 10, 14, 16, 35, 46. Zusatzzahl: 34. - Spiel 77: 9, 6, 1, 3, 3, 0, 9. (Ohne Gewähr).

Galopp: Francome - ein Weltmeister, der auch mal Pferde abbremst

KLAUS GÖNTZSCHE, Neuss
Sein 1038. Rennen gewann am Samstag auf der Galopprennbahn in Neuss Hindernis-Jockey-Weltmeister John Francome (31) aus Lambourne in England im Sattel des siebenjährigen irischen Wallachs Dickie Murray. Francome bestritt sein erstes Rennen auf einer deutschen Bahn. Der weltbeste Hindernisreiter imponierte durch taktisches Geschick, denn sein Pferd war keinesfalls so gut, daß es von der Klasse her den 13 Gegnern aus Deutschland und der Schweiz von vornherein überlegen gewesen wäre.

Francome war bereits am Donnerstagabend nach Neuss gereist und hatte mit Dickie Murray trainiert. Francome vor dem Rennen: „Ich bin skeptisch. Wenn wir im Geld sind, wäre es schon gut.“ Er gewann mit einer dreiviertel Länge Vorsprung vor My Best und dem Führer Tomar, der aber nicht ganz gesund das Rennen beendete. Siegräme für den Besitzer: 10 000 Mark.

John Francome, sechsfacher Champion in England, hatte am 28. Mai 1984 in Fontwell den All-Time-Rekord von Stan Mellor verbessert. Ihm gelangen vor zwölf Jahren 1035 Siege. Francome ritt an diesem Tag mit Don't Touch den 1036. Sieger. Am 12. April 1984 war er in Cheltenham Weltmeister der Hindernisreiter geworden. Trotz seines Rekordes

war der Porsche-Fahrer für die Wetter auf der Insel nicht immer eine Bank. Seit 1980 stand er insgesamt neun Mal vor Sportrichtern. Er wurde verdächtigt, die Pferde nicht ausgeritten zu haben. 1978 ist er aufgefallen, weil er dem Buchmacher John Banks Tipps gab, es kostete 750 Pfund Strafe. Banks wurde für drei Jahre von den Rennbahnen verboten. Zuletzt mußte Francome sogar 10 000 Mark Strafe zahlen, da er am 10. Februar 1984 in Newbury das Pferd Easter Lee gebremst hatte. Etwa zum gleichen Zeitpunkt fielen der Zeitung „Daily Mirror“ auch 38 Tonbänder in die Hände - mit 20 Stunden Aufzeichnungen von Telefongesprächen Francomes. Der Inhalt sollte mehr

als delikat sein. Auf die Frage danach antwortete er in Neuss lässig: „Das hat sich alles erledigt.“

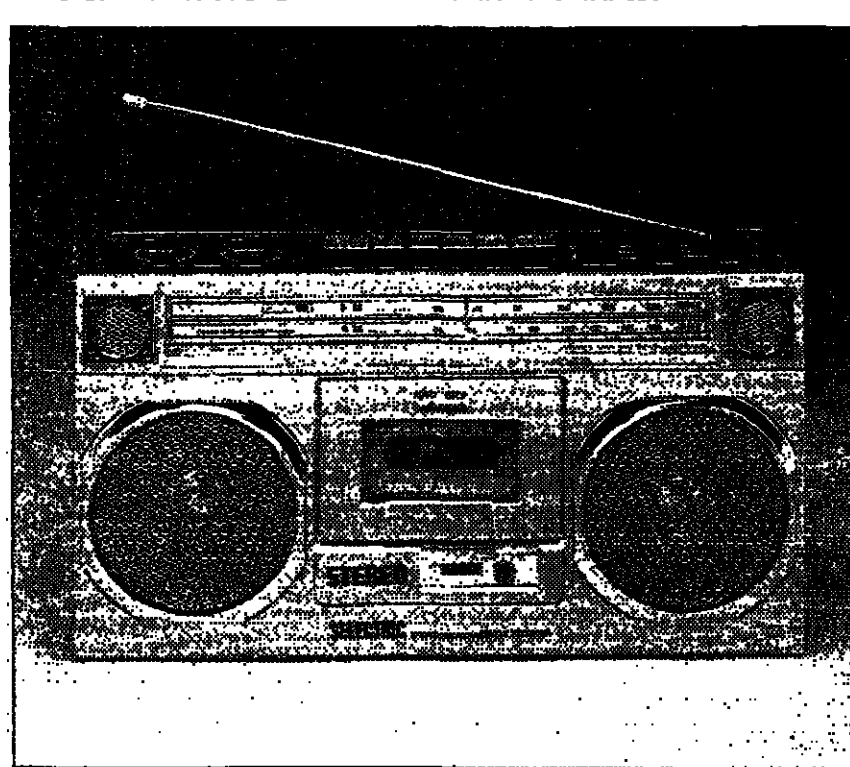
Aufgehört wurden in Neuss auch die zunächst schleierhaften Gründe, warum Dickie Murray ausgerechnet an diesem vergleichsweise harmlosen Samstag-Renntag überhaupt lief.

Sein Besitzer Walter Ernest Norton (64) aus London ist deutscher Abstammung. Da der Großvater 1906 einmal das Alte Badener Jagdrennen in Ifezheim gewann, wollte der Enkel dies auch versuchen. Vor einigen Jahren ließ er dort auch ein Pferd satteln, das aber mit dem Kurs Probleme hatte. So wollte er Dickie Murray diesmal Chancen zum Eingewöhnen auf einer deutschen Bahn bieten.

Das WELT-Angebot:

Eine attraktive Dankeschön-Prämie,

wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.



Stereo-Radio-Recorder

MW und UKW, Stereo/Mono-Schalter, Recorder mit Bandzählwerk, 2 eingebaute Mikrophone, Netz- und Batteriebetrieb, Kopfhörerbuchse

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.
Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler:
Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung von Ehepartnern oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbilligte Studenten-, Schüler- und Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt werden.

Hinweise für den neuen Abonnenten:
Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen. Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Vertrieb, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36. Telefon: 347-45 56

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen:
Bitte schicken Sie mir als Prämie:
☐ den Stereo-Radio-Recorder
☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers: _____

Siraß/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift des Vermittlers: _____

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsgeld für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.

Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: _____

Siraß/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

0-165



Faszination Technik: Erleben, was die Welt verändert.

hobby, das Magazin der Technik. Kompetent, präzise, unterhaltend. Holen Sie sich das neue Heft bei Ihrem Zeitschriftenhändler DM 5,-

hobby jetzt neu. Monatlich.

DM 5,-
hobby
magazin der technik
Erleben, was die Welt verändert.
Neues Transportsystem
Schwerlast per Zeppelin

Pankraz, Johnson und das Rumpelstilzchen

Als Meister der Genauigkeit wurde der verstorbene Schriftsteller Uwe Johnson in einigen Artikeln gefeiert, die jetzt zu seinem fünfzigsten Geburtstag erschienen. Pankraz wunderte sich darüber, kannte er Johnson doch eher als Mann der Mutmaßungen, des literarischen Halbschattens, der keineswegs überpräzisen Ansprüchen und Camouflagen. Nun mußte er plötzlich Elogen wie diese über ihn lesen: „Genauigkeit, das habe ich bei der Lektüre der Johnsonschen ‚Jahrestage‘ gelernt, ist ein anderes, vielleicht das zeitgemäße Wort für Wahrheit... ist eine Bedingung der Humanität. Genauigkeit wird nahezu identisch mit Moral.“

Das ist doch ein ziemlich starker Tobak, der auch dadurch nicht genießbarer wird, daß er sich ausschließlich auf den Johnson-Roman „Jahrestage“, genauer: auf die New Yorker Ortsbeschreibungen in diesem Roman, bezieht. Präzise Topographie ist noch lange keine Poesie. Wenn einer jubiliert, er habe nach der Lektüre der „Jahrestage“ auf Anhieb dieses oder jenes New Yorker Wohnviertel identifizieren können, so kann man ihm entgegenhalten: Diese Identifizierungsmöglichkeit besteht auch nach einem gründlichen Studium der einschlägigen Katasterkarten. Ein Dichter ist nicht dazu da, den Katasterbeamten Konkurrenz zu machen.

Pankraz vermutet denn auch, daß die vielgerühmte Genauigkeit Johnsons bei der Beschreibung diverser New Yorker Örtlichkeiten, seine topographische Instanz, die sich beispielsweise auch darin niederschlägt, daß seitensweise aus der „New York Times“ zitiert wird, im Grunde etwas ganz anderes meint als den Eros der Präzision. Leicht denkbar, daß die topographische Genauigkeit gerade poetische Rastlosigkeit kaschiert, ein Sich-Verschanzen hinter Orts- und Zeitfakten, die ganz äußerlich sind und die deshalb nie und nimmer an das, was wirklich verhandelt werden soll, heranreicht, nicht das mindeste zu seiner Erhellung beitragen.

Genauigkeit kann im poetischen Geschäft auch verbergen und auf falsche Fährten führen. Eine bestimmte Schule der Kommunikationswissenschaft behauptet sogar, die Sprache überhaupt sei allzu großer Genauigkeit abhold und nur deshalb könne es sprachliche Kommunikation geben. Denn jeder Mensch sehe die Welt verschieden, empfinde und verstehe sie verschieden; die Sprache müsse diese Verschiedenheit Rechnung tragen und Raum geben, indem sie ihre Begriffe „einigermaßen unscharf“ fasse. Nicht übergroße Genauigkeit, sondern ein gewisser diffuser Spielraum sei Bedingung sprachlicher Humanität.

Daran ist zweifellos viel Wahres. Man betrachte nur die Politik: Jeder interpretiert da die großen Leitbegriffe, Freiheit und Gerechtigkeit, Frieden und Sozialismus, anders, aber die Leitbegriffe sind in sich elastisch genug, um alle diese verschiedenen Interpretationen zu decken und aufzusaugen. Sie werden dadurch erst wirklich politisch wirksam, integrieren und separieren. Deshalb ja auch der sogenannte Kampf um die Begriffe. Wer sich als Politiker auf eine zwar präzise, aber mehr oder weniger priva-

Pankraz

Richard Donners Filmkomödie „Das Spielzeug“

Bei Donald Duck gelernt

Unter dem Titel „Das Geschenk“ ist die Geschichte vor zehn Jahren bereits einmal mit Pierre Richard verfilmt worden. Ein kleiner Junge, vom reichen Papa zugleich verwöhnt und vernachlässigt, wünscht sich als Spielzeug zwecks Abwechslung einen lebendigen Mann. Der Wunsch wird ihm erfüllt, ein komischer Kerl kommt ins Haus, und das Chaos bricht aus: Während einer sich steigenden Klamauke werden der Junge und sein Hofmann unzertrennliche Freunde, hecken bombastische Streiche zur Belehrung des geschäftsbesseren Vaters aus; und wirklich, wenn alle Torten verloggen sind, hat jeder an Menschlichkeit gewonnen.

Was für Pierre Richard nur eine weitere Station auf dem Abstieg vom „Großen Blondinen mit dem schwarzen Schuh“ bedeutete, hat Amerikas Star-Komiker Richard Pryor (zuletzt in „Superman III“) mit gelinder Kritik am amerikanischen Traum versehen. Er zeigt einen typischen schwarzen Underdog in pikaresken Abenteuer mit der weißen Gesellschaft. Die Geschichte spielt nun in Louisiana und beginnt in einem Vorstadtghetto. Der arbeitslose Journalist Jack Brown ist mit einer militanten Bürgerrechtlerin verheiratet. Zwei schwarze Demonstranten schicken sie ihn auf Jobsuche, denn das brüchige Haus steht bereits auf der Versteigerungsliste.

Nachdem er drohend auf Anti-Diskriminierungsgesetze hingewiesen hat, bekommt Jack einen Job als Servicemädchen (also Gelegenheitsarbeit) in einer Kleiderboutique, um seinen Putzfrauen in der Spielzeugabtei-

lung eines Warenhauses (wo er sich mit allerlei Automaten und Aufblasbaren balgt). Hier wird er vom Sohn des millionenschweren Inhabers von halb Louisiana entdeckt; klein Eric darf sich ein neues Spielzeug wünschen, und so wünscht er sich den schwarzen Mann. Der bekommt einen schönen Scheck, und dann geht es rund. Der Butler trinkt und zittert. Die Gouvernante kauft und wittert nymphomane Chancen. John und Eric, bald verbunden, ruinieren zunächst das Spielzimmer, dann das Haus und seine Insassen, schließlich den guten Ruf des Patriarchen, der mit seinen Untergebenen ungewiss wie in goldener Sklaverei in Sozialschüssel gekippt.

Eine weiß dominierte Gesellschaft aus der Sicht eines schwarzen Picaro. Weit vom Bürgerrechts-Heroismus entfernt mogelt er sich so durch. Richard Pryor ist ein Clown mit traurigen Augen, ein ewiger Verlierer, ein Grimassenschneider, ein sympathischer Schüler von Donald Duck. Richard Donner („Das Omen“) läßt ihn gewähren, inszeniert – mit virtuoser Unterstützung von Kameramann Laszlo Kovacs – schnell, pointiert, insgesamt allerdings zu laut. Wer nicht mag, braucht die politischen Spitzen unter dem Teppich von Fäzzen und tösendem Unfug nicht zu spüren und hat immer noch eine vitale, kinderfreundliche Sommerkomödie. DIETMAR BITTRICH

Schwerer Junge mit zerbrechlicher Seele – Emil Jannings wäre heute hundert Jahre alt geworden

Sein erstes Brot verdiente er auf See

Curt Tucholsky nannte ihn liebevoll „Plüsch-Otto“. Das war, weil dieser Trumm von einem Schauspieler immer wieder so innig und unschuldig in die Welt blickte konnte. Tucho war mit Jannings und dessen Frau, Gussy Holl, die eine der bezaubernden Dilettanten Berlins gewesen war, eng befreundet. „Plüsch-Otto“ konnte, schien es, alles spielen, am allerbesten jedoch schwere Jungs mit zerbrechlicher Seele.

Vor 100 Jahren wurde er geboren. Sein Geburtsort liegt im dunkeln. Die einen sagen, er sei in Rorschach zur Welt gekommen; die anderen verleihen seine Geburtsstätte nach Brooklyn in New York. Sicher ist allein, daß er sein erstes hartes Brot auf See verdiente. Er war Schiffsjunge gewesen, ging an Land und kam im schlesischen Görlitz ans Theater. Das war 1905.

Er hat, genau wie Werner Krauß, sein großer gleichaltriger Konkurrent und Bühnenkamerad, keinerlei Bühnenausbildung genossen, wenn nicht sofort auf der Bühne selbst. Was er später konnte, hatte er sich mit viel Geduld und Ausdauer von seinen Kollegen abgekauft. Am Beginn seiner Laufbahn jedoch wurde er gnadenlos ins tiefe Wasser geworfen und mußte schwimmen.

Er rackerte sich sieben Lehrjahre an einer Wanderschmüre ab, ging dann in feste Engagements nach Halle, dann nach Glogau und Breslau, nach Darmstadt, Bremen und endlich nach Berlin. 1918 war er am Königl. Staatstheater gelaufen. Max Reinhardt wurde auf ihn aufmerksam und holte ihn an sein Deutsches Theater herüber. Der Erste Weltkrieg war noch nicht zu Ende, da war Jannings schon als einer der ersten Kraft- und Saft-Spieler der deutschen Szene fest etabliert.

Er muß eine ungeheuerliche Bühnenpräsenz besessen haben. Wenn er kam, flutete die Szene von Vitalität schier über. Ein großer „Verwandler“ war er freilich nicht. Er konnte nicht, wie etwa Werner Krauß, sein Gesicht und seine Spielgestalt jedesmal total erneuern und verstellen. Er blieb, was er auch zu spielen hatte, immer der dicke, schwere Emil. Aber konnte alle Bühnengestalten, derer er sich annahm, eben auf seine Tonlage, auf seine Persönlichkeit, auf seine dämonische Erscheinung trimmen. Er



Paraderolle für einen großen Charakterdarsteller: Emil Jannings als rüder und pffiffiger Dorfrichter Adam in dem Film „Der zerbrochene Krug“

spielte den Kronen in der „Antigone“ von Hasenclever ebenso grimmig und grausam, wie er in Hauptmanns „Biberpelz“ den Wehrhahn zu einer überwältigend komischen Spottgestalt werden ließ.

Er muß bei Grabbe (in „Spaß, Ironie und tieferer Bedeutung“) von einer geradezu sattem, gefährlichen Komik gewesen sein, wie dann ein total rollendeckender „Fuhrmann Henschel“ bei Hauptmann. Ich habe ihn noch, als er zum letzten Male vom Film auf die Bühne zurückkehrte, in der Alten Berliner Volksbühne am Bülowplatz als Kleists Dorfrichter Adam gesehen. Das ist schier fünfzig Jahre her. Ich sehe ihn noch genau vor mir, wie listig und rüde er in dieser Paraderolle knirschte und knackelte, wie er pffiffig war und listig, und wie er am Ende die Komödie fast tragisch auslaufen ließ. Er kante seine Worte. Er durchgegeistete seine schwerfällige Figur. Er war einfach unvergessbar.

Früh war er ins damals noch dubiose Filmgeschäft eingestiegen. Ernst Lubitsch, der wie er von Max Reinhardt Ensemble in die Dachbodenateliers der Unteren Friedrichstraße

entwichen war, holte Jannings zum Kintopp. Der dicke Emil wurde, als Charakterdarsteller, zum ersten deutschen Leinwandstar.

Neben der Henny Porten und der Pola Negri erschien er in all den großen Historienepiken. Er war der Leinwand-Nero nach einem Drehbuch von Gabriele d'Annunzio. F. W. Murnau ließ ihn den Mephisto in seiner stummen, expressionistischen „Faust“-Fassung spielen. Murnau war es schließlich auch, der ihn in seinen inzwischen klassisch gewordenen, stummen „Tartuffe“ holte, und er nahm ihn mit sich nach Hollywood, wo Emil Jannings 1927 als erster Deutscher den Oscar erhielt.

Das war für seine darstellerische Leistung im Film „Der Weg allen Fleisches“ nach einer Novelle von Somerset Maugham. Doch der amerikanische Traum dauerte nicht lange. Jannings' starker deutscher Akzent im Englischen überstand die Umstellung auf den Tonfilm in den USA nicht. Er kehrte, in Amerika zwar ein Weltstar geworden, aber dort trotzdem immer fremd geblieben, nach drei Jahren großer Erfolge, 1928, nach Deutschland zurück, stand hier ne-

ben Marlene Dietrich in Sternbergs „Blauem Engel“ vor der Kamera, war in vielen großen und manchen fragwürdigen Filmen in Hauptrollen zu sehen. Er war ohne Frage ein machtvoller Mime.

Goebbels machte den Wunderspieler und Weltstar zum unbestrittenen Herrscher über eine ganze große, eigene Filmproduktion, und Jannings war dieser Versuchung nicht gewachsen. Er starb 1950, vom deutschen Theater und vom Film tragisch gemieden, einsam am Wolfgangsee, wohin er sich von der Welt zurückgezogen hatte.

Der deutsche Film hat ihm so viele grandiose Leistungen verdankt. Er war eine Jahrhunderterscheinung. Er war, so deutlich und einseitig ihn seine Natur ausgestattet zu haben schien, dennoch immer des kühnen Sprunges über den eigenen schweren Schatten fähig. Er war ein großer Gestaltenprägen und eine schier darstellerisch unersetzliche, schöpferische Erscheinung. Man gedenke seiner mit Nachsicht – und mit Bewunderung noch heute!

FRIEDRICH LUFT

Gegen Medienmonopol und geistige Indoktrination: Der Freie Deutsche Autorenverband in Berlin

„Gewalt darf niemals verniedlicht werden“

Mit einer Krazniedlerung in der Gedenkstunde Berlin-Platz ist ein dreitägiger deutscher Kongress des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ (FDA) in Berlin zu Ende gegangen. Zeitpunkt und Ort der Tagung, an der rund 100 Autoren und Künstler aus der „DDR“ (allerdings nur solche, die inzwischen in der Bundesrepublik leben) und dem freien Teil Deutschlands teilnahmen, waren nicht zufällig.

FDA-Präsident Hubertus Prinz zu Löwenstein hob hervor, daß Thomas Manns Wort „Der Geist kann nur frei sein, oder er kann nicht sein“ das Leitmotiv des Kongresses sei. Obwohl dieser Satz auf das NS-Regime bezogen sei, treffe er „genauso auf die heutigen Zustände im geteilten Deutschland und im geteilten Berlin zu“.

Löwenstein warnte vor einer Verharmlosung des kommunistischen Regimes in Ost-Berlin. Die „Pilgerfahrten“ zu Erich Honecker erinnerten „schon peinlich“ an ähnliche Besuche zu Hitler und zu Göring in den 30er Jahren. Die „Verniedlichung jenes auf Gewalt beruhenden Gebildes“ könnte zu einer „falschen Art der Wiedervereinigung führen“, nämlich

„zum Aufgesetzwerden unserer freiheitlichen Demokratie durch den Ostberliner Zwangstaat“.

Der FDA-Präsident unterstrich, daß es „irreführend und rechtswidrig“ sei, wenn heute oft von „DDR“-Bürgern gesprochen werde, zum Teil auch von offizieller Seite. „Es gibt nur deutsche Staatsbürger, von denen ein Teil in der DDR wohnt.“ An die zahlreichen Kollegen von drüben und die neuentlassenen politischen Häftlinge, die als Gäste des Kongresses teilnahmen, richtete Löwenstein die Worte: „Ihr seid nicht Emigranten im üblichen Sinne. Ihr seid nicht, wie wir unter Hitler, in ein fremdes Land gekommen, sondern als deutsche Staatsbürger aus Mitteldeutschland nach dem Westen.“

Karl Steinbuch übte herbe Kritik am „Mißbrauch“ der Freiheit in den westdeutschen Medien. Politische Meinungen würden von einer „Minderheit der Mehrheit indoktriniert“. So sei aus unserer Demokratie eine „manipulierte Demokratie“ geworden, ein „Kunstprodukt meinhaltender Demagogen, die sich um die Folgen ihres Tuns kaum kümmern“. Produkte einer solchen „Manipulation“ seien u. a. die „Bildungs-

reform“, die unser einst hochwertiges Bildungssystem „auf ein unsäglich niedriges Niveau heruntergewirtschaftet“ habe, der Kampf gegen die Kernenergie, der „Wald und Wirtschaft schadet“, sowie der Kampf gegen die Nachrüstung, der „den Frieden unsicherer“ mache.

Enno von Loewenstern erklärte in seiner Festrede, es sei nicht „der Geist, der hier links steht, wohl aber die Medienmacht“. Es sei deshalb eine „bedrückende Verknüpfung der nationalen wie der moralischen Prioritäten, wenn wir zwar stets gepflegt von den Menschen drüben reden, in der Praxis aber hauptsächlich um das Wohlwollen der Unmenschen drüben bemüht sind“. Auch Loewenstern kritisierte den „gewaltigen antidemokratischen Block“ inmitten unseres sonst so freiheitlichen Staatensystems, der diesen Staat systematisch vergifte und gegen den kein Markt funktionieren könne, weil dieser Block das Meinungsmonopol habe.

Deshalb sei es an der Zeit, dem freien Fernsehen grünes Licht zu geben, damit mit der Fernsehfreiheit auch ein „freiheitliches Klima“ heraufzubeugen könne. An die Autoren

richtete von Loewenstern den Appell: „Wenn die Wende mehr als nur eine Hoffnung sein soll, dann kommt es auch auf Sie an. Der Dichter steht auf keiner höheren Warte als auf den Zinnen der Moral.“

Stellvertretend für die anwesenden Autoren aus der „DDR“ (darunter Eilen Thiemann, Julika Oldenburg u. a.) berichtete Siegmund Faust über die schwierige Lage der illegalen „Samisdat“-Literatur in der „DDR“. Im Gegensatz zu Polen etwa, wo mit zum Teil modernen Druckmaschinen eine freie Literatur zwar illegal, aber in großen Auflagen erscheinen könne, müßten in Mitteldeutschland andersdenkende Autoren unter Gefahr für sich, Familien und Freunde unter primitivsten Bedingungen in Kleinstauflagen (30-50 Exemplaren) solche unerwünschten Werke herstellen.

Faust und andere Kongreßteilnehmer regten an, auch ohne ausdrückliche Zustimmung solcher verfolgten Autoren deren Werke im Westen zu publizieren, zum Schutz der Betroffenen. An die westlichen Politiker richtete er die Forderung, bei Besuchen in der „DDR“ nach diesen Autoren zu fragen, schon aus „christlicher Nächstenliebe“.

XING-HU KUO

Der Dogenpalast in Venedig präsentiert „Die Schätze der Pharaonen“

Heiter gingen sie in die Ewigkeit

Kein Stück seiner antiken Schätze würde in Zukunft wieder auf Reisen gehen, ließ das Ägyptische Museum wissen. Wer sie sehen wollte, möge sich nach Kairo bemühen. Wenn jetzt trotzdem im Dogenpalast von Venedig „Die Schätze der Pharaonen“ mit 78 Grabbeigaben vom Neolithikum bis zur letzten der 30 Pharaonendynastien kurz vor der christlichen Ära zu sehen sind, so ist das nach langen Verhandlungen und den alten Beziehungen der Serenissima, Europas Tor zum Orient, zu Ägypten zu verdanken. Nicht zuletzt wohl auch wirtschaftlichen Abkommen und der Zusage, den erhofften Überschuss aus dem Verkauf der Eintrittskarten und des reich bebilderten Katalogs dem Museum in Kairo für einen Neubau zukommen zu lassen.

Die „Schätze“, in denselben Privaträumen der Dogen, in denen im vergangenen Jahr „7000 Jahre China“ und zuvor das märchenhafte „Gold der Skythen“ gezeigt wurden, sind auf den ersten Blick fast unscheinbar. Denn der heitere Jenseitsglaube der Ägypter gab seinen Toten die Gegenstände ihres Alltags mit auf die Reise in die Ewigkeit: kleine Stelen und Statuetten, winzige Tiergottheiten mit den Köpfen von Katzen, Ibis, Sperbern und Ottern, Schmuck und

Kosmetik, Rasierklingen und Spiegel. Im Gegensatz zu den bisherigen Wanderausstellungen mit auch im Format großer ägyptischer Kunst, sehen wir in Venedig zum ersten Mal den Alltag des antiken „Volks des Flusses“.

In jedem der goldschimmernden Dogenräume, deren Kunstwerke neben den Vitrinen ihrer ägyptischen Gäste belassen wurden, erklären Tafeln (auf italienisch und englisch) die Epochen der chronologisch angeordneten Exponate. Das liebste Stück der Venezianer ist ein 38 Zentimeter langes, mit zehn Ruderern besetztes Schiffchen aus Silber, das sie an ihre Gondeln erinnern. Zum Schönsten gehören die Schmuckstücke: Arm- und Fingerringe, Ringe mit heiligen Scarabäen, Colliers aus Gold, besetzt mit magisch leuchtenden Rubinen und Lapislazuli, Ohrhänge mit feinen Perleketten. Sie sind so zeitlos und edel, daß sie leicht heutige Goldschmiede zu inspirieren vermögen.

Das allerschönste Stück aber ist ein kleiner Frauenkopf aus Alabaster, der als Deckel einer Vase diente. Bei seinem Raffinement denkt man an die Bilder Klimts, die zur Zeit in der Ausstellung der „Wiener Sezession“ im Palazzo Grassi am Canale Grande gastieren. Seine Ausdruckskraft erin-

nernden Kopf der Nofretete in Berlin. Der Katalog unterrichtet, daß das Köpfchen aus der Zeit Echnatons, des Gatten der Nofretete stammt, der als Erster die Kunstradition Ägyptens durchbrach. Er ließ sich nicht, wie alle anderen Pharaonen mit einem athletischen Körper darstellen, sondern so schmal und schulgroß und gebeugt und langschädlig, wie er war.

Das Abbild dieses Philosophen unter den Herrschern am Nil, der im Ton von Davids Psalmen und des Franziskus Sonnengesang die Liebe zu den Menschen und zur Natur gepredigt hat, blieb in Kairo. Denn sein Museum wollte nichts Weltberühmtes nach Venedig entsenden, sondern mit seiner Auswahl die „versunkene Zivilisation“ am Nil menschlich nahebringen.

Nur im letzten Raum, in dem eine Mumie und ihre bunte Hülle aus dem Besitz der armenischen Mönche der Laguneninsel „degi Armeni“ zu sehen ist, rückt das Totenreich der Pharaonen wieder in die hierarchische Ferne, in die der schon von den Griechen bestaunten und mit seltsamen Namen versehenen Wunder am Nil immer für uns lebten. (Bis Ende Dez.; Katalog Mondadori, 20 000 Lire.)

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

De Bruyns neuer Roman nicht in der „DDR“

dpa, Berlin
Günter de Bruyns Roman „Neue Herrlichkeit“, der bereits im Frühjahr in der Bundesrepublik als Lizenzausgabe des Mitteldeutschen Verlages Halle herausgekommen ist (vergl. DIE WELT vom 21. April), darf in der „DDR“ nicht erscheinen. Der Vertrag zwischen dem Ost-Berliner Autor und dem „DDR“-Verlag ist inzwischen gelöst worden. Noch in der gerade ausgelieferten Juli-Ausgabe der vom „DDR“-Schriftstellerverband herausgegebenen Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ war das Buch als Neuerscheinung angekündigt worden. Vor gut einem Jahr hatte die NDL auch einen Vorabdruck daraus gebracht, nachdem Ende 1982 schon Auszüge in der Zeitschrift „Sinn und Form“ veröffentlicht worden waren. Erst vor wenigen Tagen war bekannt geworden, daß auch Gabriele Eckarts mehrfach angekündigtes „Werder-Buch“ mit Tonbandprotokollen nicht publiziert werden darf. Im Frühjahr waren daraus, ebenfalls in „Sinn und Form“, zwei Auszüge abgedruckt worden.

IAPS-Konferenz über „Umwelt und Handlung“

DW, Berlin
Zur 8. Internationalen Konferenz der „International Association for the Study of People and their Physical Surroundings“ (IAPS) kommen vom 25.-29. Juli 1984 in der Berliner Hochschule der Künste über 200 Sozialwissenschaftler und Umweltplaner aus 27 Ländern zusammen. Sie werden ihre Arbeiten zum Thema „Umwelt und Handlung“ zur Diskussion stellen. Die Konferenz erhofft sich, daß mit Hilfe eines besseren Verständnisses der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt Veränderungen der Umweltbedingungen in eine positive Richtung möglich werden.

Antikes Grab bei Korinth entdeckt

AFP, Athen
Ein Grab aus dem vierten vorchristlichen Jahrhundert ist in Hiomodion bei Korinth (Peloponnes) entdeckt worden. Das mit einer Marmorplatte bedeckte Grab von 1,80 Meter Länge und 0,60 Meter Breite wurde bei Arbeiten für eine Bewässerungsanlage zufällig zutage gefördert. Es enthielt eine Urne und einen Kupferspiegel. In die Grabplatte waren als Insignien zwei Löwenköpfe eingraviert.

Pollock-Witwe vererbt ihren Kunstbesitz

AFP, New York
Die am 20. Juni verstorbene amerikanische Malerin Lee Krasner, eine der einflussreichsten Künstlerinnen des abstrakten Expressionismus, hat fast ihren gesamten Besitz im Wert von rund zehn Millionen Dollar an die Pollock-Stiftung für nichtlebende Künstler vererbt. Lee Krasner, die Witwe des Malers Jackson Pollock (1912-1956), vermachte außerdem dem New Yorker Museum of Modern Art ein Gemälde ihres Mannes im Werte von 400000 Dollar.

Ruhrbistum eröffnet eine „Video-Galerie“

dpa, Essen
Unter dem Motto „Gute Filme für bessere Unterhaltung“ ist die erste katholische „Video-Galerie“ im Ruhrbistum in Essen eröffnet worden. Von Kinder- und Jugendfilmen bis zum Genre Abenteuer, Krimi und Western werden Stücke angeboten, die in den meisten Videotheken nicht vorhanden sind. Ausleihen kann jeder, der die Benutzungsordnung anerkennt. Die Essener Galerie ist eine von 24 Stellen in westdeutschen Bistümern, in denen das Video-Experiment gestartet wird.

Karlsbader Filmfestival verleiht „Kristallkugel“

AFP, Karlsbad
Die „Kristallkugel“, der große Preis des 24. Filmfestivals der böhmischen Stadt Karlsbad, ist dem sowjetischen Filmregisseur Sergei Gerasimow für seinen Film „Leo Tolstoi“ verliehen worden. Die Preise für die besten weiblichen Darstellerinnen erhielten die Deutsche Marie Colbin für ihre schauspielerische Leistung in dem Film „Der Fall Bachmeier“ und die Argentinierin Susa Pecora für den Film „Camila“.

Förderungsstipendien für Fotografie

DW, Essen
Die Fotografische Sammlung im Museum Folkwang konnte zum dritten Mal mit Unterstützung der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung drei Stipendien für zeitgenössische Fotografie vergeben. Je 8000,- DM erhalten Hans-Martin Küsters, Michael Schmidt und Wolfgang Voss. Unter dem Thema „Gastland Bundesrepublik“ beteiligten sich 67 Personen an der Ausschreibung.

